

# Stenographischer Bericht

über die

## 32. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 20. November 1922.

### Inhalt:

#### Personalien:

Neuwahl eines Vertreters und eines Ersatzmannes in das Kuratorium des Kriegsbeschädigtenfonds . . . . . 875

#### Mitteilungen:

Zuschrift des Bundespräsidenten in Angelegenheit des vom Landtagspräsidium anlässlich des Unglückes in Blumau ausgesprochenen Beileids.

Zuschrift des burgenländischen Landtages mit Begrüßung des steiermärkischen Landtages anlässlich der 1. Tagung.  
Dankeskundgebung für das ausländische Hilfswerk.

Zuschrift des Bezirksgerichtes Leibnitz um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Gartner.

#### Auflage:

Beilagen Nr. 303 bis 314 und 316 bis 318 . . . . . 841

#### Zuweisungen:

Beilagen Nr. 304 und 308 an den Straßen- und Brückenbauauschuß . . . . . 841

Beilage Nr. 305 an den Fürsorgeauschuß . . . . . 841

Beilagen Nr. 306, 307, 314 und 316 an den Gemeinde- und Verfassungsauschuß . . . . . 841

Beilage Nr. 309 an den Eisenbahnauschuß . . . . . 841

Beilage Nr. 310 an den volkswirtschaftlichen Auschuß . . . . . 841

Beilagen Nr. 311, 312 und 317 an den Unterrichtsauschuß . . . . . 841

Beilagen Nr. 313 und 318 an den Finanzauschuß . . . . . 841

Zuweisung von nichtgedruckten Berichten der Landesregierung und der Petitionen Nr. 128 und 129 an den Finanzauschuß, sowie an den Gemeinde- und Verfassungsauschuß und an den Unterrichtsauschuß die Nachtragsberichte zu Landtagsbeilage Nr. 311 und 312 . . . . . 841

#### Verhandlungen:

Beilage Nr. 263 Mündlicher Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses.  
Berichterstatter Abg. Zenz . . . . . 875

Annahme des Ausschußantrages . . . . . 875

Beilage Nr. 303. Mündlicher Bericht des Fürsorgeausschusses.  
Berichterstatter Abg. Mikola . . . . . 876

Redner: Vandeschauptmannstellvertreter Bongrah . . . . . 876

Abg. Tausk . . . . . 877

„ Hartleb . . . . . 878

Annahme des Ausschußantrages und des Zusatzantrages des Abg. Hartleb . . . . . 879

#### Mitteilungen des Vorsitzenden:

Anfragen (siehe Verzeichnis).

Tagesordnung der nächsten Sitzung . . . . . 879



## Verzeichnis der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anfragen:

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Machold, Pongraß, Refel, Oberzaucher, Regner und Genossen an den Landeshauptmann wegen der Vorgänge bei der Verhaftung von sieben Judenburger Vertrauensmännern der Arbeiterschaft.	
Begründung: Landesrat Machold	841, 872
Beantwortung durch den Landeshauptmann	850
Redner: Abg. Enserer	854
Landesrat Dr. Sübler	854
Präsident Regner	857
Landeshauptmannstellvertreter Dr. Uhrer	859
Landesrat Refel	861
Abg. Hartleb	864
„ Bichler	866
Landesrat Oberzaucher	869
Abg. Wihany	871
Landesrat Riegler	872
Anfrage der Abgeordneten Hartleb, Wihany, Schreckenthal und Genossen an den Herrn Landesrat Refel, betreffend das Gesetz über Aufhebung der Jagdvorbehalte.	
Anfrage der Abgeordneten Wihany, Gartner, Ferner und Genossen an die Landesregierung, betreffend Änderung der Gemeindegrenzen von Untervogau.	

Beginn der Sitzung: 4 Uhr 20 Minuten nachmittags.

Vorsitzender: Präsident Franz Kölbl.

Schriftführer: die Abgeordneten Johann Leichin, Raimund Riemelmoser, Franz Wihany, Dr. Otto Dungen.

Vorsitzender Präsident Kölbl: Hohes Haus! Ich eröffne die 32. Sitzung des Landtages. Der Herr Bundespräsident hat dem Landtagspräsidium für das zu seiner Kenntnis gebrachte Beileid anlässlich des furchtbaren Unglückes in Blumau seinen verbindlichsten Dank ausgesprochen und hat mit lebhaftester Freude davon Kenntnis genommen, daß der steirische Landtag den Opfern dieser Katastrophe eine so edelmütige und großzügige Abhilfe hat angedeihen lassen. Der Herr Bundespräsident hat ersucht, seinen Dank dem steiermärkischen Landtage zur Kenntnis zu bringen. Der burgenländische Landtag hat in seiner ersten Tagung dem steiermärkischen Landtage seine herzlichsten Grüße entboten. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen und mich zu ermächtigen, diese Grüße auf das herzlichste zu erwidern. (Zustimmung.) Ferner glaube ich anlässlich des Wiederzusammentrittes des Landtages auf die außerordentlichen Unterstützungen und Hilfeleistungen hinweisen zu sollen, die dem Lande Steiermark und seinen Bewohnern durch das Ausland zuteil wurden. Hierbei ist nicht nur des im größten Maßstabe durchgeführten amerikanischen Hilfswerkes, der reichen

schwedischen Hilfe für die Stolzalpe und der englischen Aktion für die Kinderheilstätte in Grafenegg zu gedenken, sondern nicht minder auch der fortgesetzten liebevollen und in manchen Fällen geradezu aufopfernden Aufnahme steirischer Kinder in Holland, Spanien, in der Schweiz usw., der Unterstützung zahlreicher, im größten Elend befindlicher Personen durch den Ankauf von Handarbeiten in den nordischen Staaten und endlich der zahlreichen Geld- und Lebensmittelspenden, die einer Reihe von Vereinen und Körperschaften in großherziger Weise gewidmet wurden. Ich bitte, mich zu ermächtigen, das Bundesministerium für Äußeres um Übermittlung des Dankes des Landes Steiermark an die Vertretungen der genannten Länder zu ersuchen. (Zustimmung.)

Das Bezirksgericht Leibnitz hat angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Herrn Abgeordneten Karl Gartner zugestimmt wird. Diese Anfrage wird dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen.

Folgende dringliche Anfrage wurde eingebracht:

Anfrage der Abgeordneten Machold, Pongraß, Refel, Oberzaucher, Regner und Genossen an den Landeshauptmann wegen der Vorgänge bei der Verhaftung von sieben Judenburger Vertrauensmännern der Arbeiterschaft.

Ich schlage vor, die Wechsellrede über diese Anfrage vor Eingehen in die Tagesordnung durchzuführen.



Über Beschluß der Obmännerkonferenz wurden die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung von der Tagesordnung abgesetzt.

Aufgelegt wurden heute die Beilagen Nr. 303 bis 314 und 316 bis 318.

Zugewiesen werden die Beilagen [(verliest die Überschriften) Nr. 304 und 308 dem Straßen- und Brückenbauauschusse, Nr. 305 dem Fürsorgeauschusse, Nr. 306, 307, 314 und 316 dem Gemeinde- und Verfassungsauschusse, Nr. 309 dem Eisenbahnauschusse, Nr. 310 dem volkswirtschaftlichen Ausschusse, Nr. 311, 312 und 317 dem Unterrichtsauschusse, Nr. 313 und 318 dem Finanzauschusse].

Behufs Ersparung von Druckkosten werden ohne Drucklegung folgende Berichte der Landesregierung zugewiesen:

dem Finanzauschusse der Bericht, betreffend die Wiederbesiedlung des ehemaligen Landschaftswaldes für die Landes-Ackerbauschule in Grottenhof;

der Bericht, betreffend die Anrechnung der Privatdienstzeit des Gärtners Rudolf Peitl;

der Bericht, betreffend die Gewährung einer Gnadenpension an die Arbeitsausbildungslehrerin Johanna Prall;

der Bericht, betreffend die Fortanweisung der Gnadengabe an Eugenie Wibiral;

der Bericht, betreffend die Gewährung einer Subvention zum Betriebe der Fürsorgestelle in Graz durch den Verein zur Förderung der Volksgeundheit;

der Bericht, betreffend die Gewährung einer Nachtragsubvention für den Musikverein;

der Bericht, betreffend die Erhöhung der Dotationen für die Bezirkslehrerbibliotheken;

dem Gemeinde- und Verfassungsauschusse der Bericht, betreffend den Verkauf der Grundparzelle Nr. 39 für die Landes-Hufbeschlagschule durch die Stadtgemeinde Graz;

der Bericht, betreffend die nachträgliche Genehmigung von vier Bundesdarlehen der Stadtgemeinde Graz im Gesamtbetrage von 418 Millionen Kronen;

der Bericht, betreffend die Aufnahme eines Kredits von 600 beziehungsweise 1000 Millionen Kronen durch die Stadtgemeinde Graz zum Ankaufe von Lebensmitteln;

dem Unterrichtsauschusse der zu Bericht Nr. 311 erstattete Nachtragsbericht, betreffend die provisorische Eröffnung einer Knabenbürgerschule im Markte Weiz, und

der zu dem Berichte, Beilage Nr. 312, erstattete Nachtragsbericht, betreffend die Erhöhung der Gebühren für die Vornahme von Prüfungen, der Einschreibgebühr, des Schulgeldes und des Unterrichtsgeldes für die Freigegegenstände an den steiermärkischen Landesbürger Schulen.

Von den zugewiesenen Petitionen ist zu erwähnen die von der Landesregierung abgetretene Petition Nr. 128 der Universitäts-Kinderklinik um einen Beitrag zur Fortsetzung der Kinderpflegerinnenschule, und die ebenfalls von der Landesregierung abgetretene Petition Nr. 129 des Vereines Schulzahnklinik um Gewährung einer Beihilfe für den Betrieb der ersten Schulzahnklinik und die Einrichtung einer zweiten Schulzahnklinik, die beide dem Finanzauschusse zugewiesen werden.

Hat jemand zu dieser Zuteilung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Wir gehen mithin zur Tagesordnung über.

Punkt 1:

**Dringliche Anfrage der Abgeordneten Machold, Pongraf, Refel, Oberzaucher, Regner und Genossen an den Landeshauptmann wegen der Vorgänge bei der Verhaftung von sieben Judenburger Vertrauensmännern der Arbeiterschaft.**

Zu dieser Anfrage hat sich zum Worte gemeldet der Herr Landesrat Machold; ich erteile ihm daselbe.

Landesrat Machold: Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der letztvergangenen, der vorigen Woche, ist Steiermark wieder einmal in der ganzen Welt berühmt geworden. Man hat sich mit Steiermark wieder einmal beschäftigt, und zwar nicht zur Ehre dieses unseres Heimatlandes. In Judenburg wurden ohne zwingenden Grund sieben Vertrauensmänner der Arbeiterschaft mitten in der Nacht aus ihren Betten geholt und nach Graz eingeliefert. Diese Angelegenheit hat die Öffentlichkeit sehr erregt, es hat sich auch das Parlament damit beschäftigt, indem dringliche Anfragen, eine vom Nationalrat Dr. Hampel und eine von Dr. Eisler eingebracht wurden. Wie zu erwarten war, hat es im Parlament bei Erörterung dieser Angelegenheit die stürmischsten Auftritte seit langer Zeit gegeben. Die Gemüter sind hart aneinander geraten, es ist zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, und das zu einer Zeit, wo man unbedingt vermeiden sollte, daß derartige Konflikte ausbrechen. Und gerade wir in Steiermark sind der Anlaß dazu. Nun, sehr Geehrte, wenn man heute über diese Sache redet, so ist schon einigermaßen mehr Ernüchterung ein-



getreten auf allen Seiten. Die Gereiztheit und Leidenschaft, mit der man noch vor einigen Tagen die Sache behandelt hat und behandeln mußte, ist nicht mehr vorhanden, man kann heute bereits ganz ruhig und sachlich darüber reden, und trotzdem kann man mit jenem Ernste, der notwendig ist bei Behandlung derartiger Angelegenheiten, diese Sache heute erörtern. Ich werde bestrebt sein, in dieser Weise und in diesem Sinne diese dringliche Anfrage, die wir an den Herrn Landeshauptmann als obersten Chef der Verwaltungsbehörde im Lande gestellt haben, zu erörtern.

Um nun ein vollständig objektives Urteil über diese Vorgänge sich bilden zu können, erscheint es mir unerlässlich, Ihnen einen kurzen Überblick über mancherlei in der Öffentlichkeit beobachtete Erscheinungen bei uns in Steiermark zu geben. Diese allgemeinen Erscheinungen sind vielerlei Art.

Insbesondere in erster Linie verweise ich darauf, daß wir schon seit Monaten und in den jüngsten Wochen einen Aufmarsch der Heimwehren erleben. Allsonntäglich finden auf dem Lande Beeidigungen, Exerzierungen der Heimwehren und so weiter statt. All dies wird gemacht, um die Heimwehren in den Vordergrund des öffentlichen Interesses zu stellen. Diesem allgemeinen Aufmarsche der Heimwehren folgte in der letzten Woche eine Bewaffnung derselben. Die Heimwehr wird bewaffnet, obwohl die Waffen nach dem Friedensvertrage von St. Germain in der Öffentlichkeit nicht ausgeteilt, sondern eingezogen werden müssen, und obwohl es sich um eine Bewaffnung handelt, die nicht in einwandfreier Weise in Besitz genommen wurde, sondern um eine solche, die dem Arar, dem Staate, weggenommen worden ist. Trotzdem werden diese Waffen verteilt, und zwar unter Patronanz sehr hochgestellter Personen und Funktionäre der Landesregierung. Ich habe gestern wieder Gelegenheit gehabt, von einer sehr gut informierten Person Kenntnis zu erhalten und mich davon zu überzeugen, daß alles, was mir vorher berichtet wurde, auch tatsächlich vorgekommen ist.

Beispielsweise hat mir gestern ein Besitzer von Groß-St. Florian mitgeteilt, daß die Bauern dort seit Wochen mit Gewehren versorgt werden, daß die Gewehre derselben nicht alte Werndlsgewehre seien, daß auch Besitzer darunter sind, die gar nicht wissen, was sie mit den Gewehren anfangen sollen, weil sie noch nie damit etwas zu tun gehabt haben. Wir sehen eine Bewaffnung der bäuerlichen Bevölkerung, der Heimwehren, vor uns, und es ist selbstverständlich, daß wir

uns fragen, was ist eigentlich der Grund für diese Ausrüstung in der jetzigen Zeit, liegt etwas ganz besonderes vor, daß man heute die Heimwehrfrage in den Vordergrund des Interesses stellen muß? Liegt etwas vor, daß man Waffen verteilen, exerzieren muß, daß man Heimwehrtage abhalten und die Heimwehren angeben muß, daß man diese illegitimen und illegalen Formationen aufstellt und ausbaut? Was ist geschehen? Die Öffentlichkeit weiß nichts davon. Es war keine Revolte, keine Auflehnung, man weiß nicht, was der Zweck dieser Ausrüstung sein soll, und schließlich und endlich muß sich doch jeder der Verantwortung voll Bewußte in diesem Lande und Staate die Frage vorlegen, wozu das führen muß, wenn fort und fort gerüstet wird. Die Gewehre gehen einmal los und den Bürgerkrieg zu entfachen, in dieser Zeit zu inszenieren, davor sollte doch jeder verantwortungsvolle Funktionär sich hüten. Ich bin objektiv und behandle die Heimwehrfrage nicht etwa so, daß, wenn ich das Wort Heimwehr höre, das auf mich so wirkt, wie ein rotes Tuch auf einen Stier, ich stehe der Frage vollständig objektiv gegenüber. Ich kenne das Entstehen der Heimwehr. Wir sind damals in der Zeit des Umsturzes im Wirtschaftsdirektorium in Graz gewesen, wir haben uns damals die Frage vorgelegt, wie sollen wir dieses Land schützen, wenn die demoralisierten und verhungerten, außer Rand und Band geratenen Truppen in das Land zurückkommen? Wie sollen wir speziell die bäuerliche Bevölkerung vor Brandschatzung und Verwüstung bewahren? Das war die Ursache der Gründung der Heimwehren. Sie sollten ein Schutz sein vor denjenigen, die ohne weitere Berechnung und Überlegung erobert in das Land zurückkommen, und ihr Interesse nur darauf gerichtet haben, das Unterste zu oberst und das Oberste zu unterst zu drehen. Wir haben auch in den Städten derartige Schutzformationen geschaffen, wir haben Ordner- und Arbeiterwehren geschaffen und sie haben damals alle miteinander ihre Aufgabe erfüllt. Sie haben für die Bevölkerung so viel geleistet, daß man nicht alles besprechen, auch nicht beschreiben kann. Die große Masse der Bevölkerung in Steiermark weiß von damaligen Verhältnissen gar nichts, weiß nicht, daß sehr häufig alles an des Messers Schneide gestanden ist, daß viel mehr Blut geflossen ist, als in den Zeitungen geschrieben stand. All das hat sich zugefragt, und es waren in den Städten die Arbeiterwehren und am Lande die Heimwehren berufen, diese Ordnung aufrecht zu halten. Nun, für diese Zwecke ist heute die Notwendigkeit nicht mehr vorhanden, es ist nicht mehr die Befürch-



tung da, daß im Lande gebrandschaft, geplündert wird usw.; man hat aber die Heimwehren weiter bestehen lassen, man hat dies aber später mit anderen Argumenten begründet, mit dem Momente, daß sie ein Schutz sein sollen gegen die rote Welle, welche von Rußland kommt, gegen den Bolschewismus. Ich bin objektiv und ich will es den Anhängern der Heimwehren um jeden Preis zugestehen, daß sie vielleicht damals einiges für diese Begründung gehabt haben. Aber die Verhältnisse haben sich seither so grundstürzend geändert, daß kein vernünftiger Mensch daran denken kann, daß unsere Heimwehren heute dazu da sein könnten, um gegen die rote Welle, welche von Rußland kommt, einen Schutz für die Bevölkerung zu bieten. Es ist ganz ausgeschlossen, daß zu diesem Zwecke noch die Notwendigkeit der Heimwehren bestehen könnte, man hat damals mehr oder minder dies vorgeschützt. Wir wissen es ganz gut, daß diese rote Welle gekommen wäre ohne den Bolschewismus, wenn es die maßgebenden Führer der Arbeiterschaft und die Arbeiter selbst in Osterreich und in Steiermark gewollt hätten. Wir waren damals so stark, daß wir ohne weiteres hätten die Macht an uns reißen können, wenn wir gewollt hätten. Wir haben es nicht gewollt und haben in erster Linie Schutz geboten für das, was man von auswärts befürchtet hat. Eine ganze Reihe von einwandfreien Zeugen ist dafür da, daß die Arbeiterschaft auf dem Standpunkt gestanden ist, daß auf diese Art und Weise die Verhältnisse nicht gestürzt werden können und diese Auffassung teilen wir heute noch und wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß wir auf dem Boden der Republik und nicht auf dem Boden des Bolschewismus stehen. Ich weiß also sehr wohl, daß diese Argumente damals nicht die richtigen waren, sondern nur vorgeschützt waren, und weiß wohl, daß der Hauptgrund bei den Bauern für die Bewaffnung darin gelegen ist, daß sie die gesetzlichen Bestimmungen bei der Ablieferungspflicht, bei Vieh, Mehl, Milch, Getreide usw. nicht einhalten haben wollen. Sie haben gegen das Gesetz frontiert, sie haben geglaubt, es sei ein Schutz für sie, wenn sie ihre Heimwehrformationen weiter bestehen lassen. Das war mit ein Grund, aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben einer gewaltsamen Entäußerung aller dieser Lebensmittel der bäuerlichen Bevölkerung damals nicht das Wort geredet. Ich weiß sehr gut, wie es zugegangen ist, ich weiß, daß die Bauern nicht abgeliefert haben, daß man sich die Frage vorgelegt hat, ob man mit Gendarmerie, Militär oder Polizei gegen sie vorgehen sollte. Und man mußte vernünf-

tigerweise zugeben, das kann man mit Gewalt nicht durchsetzen, und wir waren die letzten, die geraten hätten, gegen die Bauern mit Gewalt zu Felde zu ziehen. Es fehlt somit aber auch jeder weitere Grund für die bäuerliche Bevölkerung, sich zu bewaffnen. Damals hat man die Preise vorgeschrieben, die Bauern haben sie nicht eingehalten. Man hat ihnen die Ablieferung vorgeschrieben; sie haben es nicht getan; aber ein gewisser Schutz schien ihnen in der Bewaffnung zu liegen. Heute sind die Verhältnisse aber ganz anders. Wir haben keine Preisbestimmung mehr, wir haben keine Ablieferungspflicht mehr, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte haben eine für die Bauernschaft geradezu ideale Höhe erreicht (Dhokuse bei den Christlichsozialen und Bauernbündlern.), ja wir stehen mit den agrarischen Produkten über dem Weltmarktpreis (Widerspruch bei den Christlichsozialen und Bauernbündlern). Auch nach dieser Richtung hin fehlt jeder objektive Grund, daß sich die Bauern irgendwie bedrückt fühlen können. Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade in der heutigen Zeit sind diese allgemeinen Erscheinungen, diese Aufmärsche der Heimwehrtruppen, die Bewaffnung der Heimwehrtruppen eine arge Provokation der Arbeiterschaft, gerade in der Zeit der sozialen Krise, wo ein Großteil der Arbeiterschaft keine Arbeit mehr hat, arbeitslos ist, bei der ein Großteil der Arbeiter nur mehr 32, ja auch nur mehr 24 Stunden statt 48 in der Woche arbeitet, ist es eine furchtbare Provokation, eine maßlose Beunruhigung der Arbeiterschaft, um so mehr, nachdem man weiß, daß die Heimwehren wenig oder nichts von dem Klingelbeutel bekommen, sondern reichlich von der Industrie gespeist werden. Auf der einen Seite also die Unterstützung der Heimwehren durch die Industrie, auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit der Arbeiterschaft, das muß unwillkürlich dazu führen, daß die Arbeiterschaft erregt und mit Recht beunruhigt wird. Das sind, wie gesagt, allgemeine Erscheinungen.

Sehr verehrte Anwesende! Ich komme nun zu den besonderen Erscheinungen, die die Vorfälle in Judenburg näher zu beleuchten geeignet sind. Alles, was ich bis jetzt gesagt habe und noch sage, spielt sich ab nicht nach der Zeit, wo einige unbesonnene Arbeiter den Bauern drei Gewehre weggenommen haben, sondern vor dieser Zeit. Es hat im Judenburger Gebiete und überall draußen am Lande eine Verteilung von Waffen stattgefunden. Speziell im Judenburger Gebiet, in der Nähe von Judenburg, in Waltersdorf, wurden an Gutsherren Waffen samt Munition ausgegeben.



In den anliegenden Orten Neumarkt, Murau usw. hat diese Waffenverteilung auch schon seit vielen Wochen stattgehabt. Man hat dies in ganz auffälliger Art und Weise gemacht, beispielsweise sind die Heimwehrfunktionäre in dem Orte Neumarkt in der Nacht gekommen, haben die Leute aufgerufen, haben ihnen gesagt „kommt nur heraus, wenn Ihr Euch gefraut“. Das ist alles vorher gewesen, bevor die Arbeiter drei Gewehre in der Nähe von Judenburg geholt haben und, was bezeichnend ist und wogegen wir uns entschieden auflehnen müssen, ist, daß diese ungesetzhche, pflichtwidrige Verteilung der Waffen nicht etwa durch inoffizielle Organe vor sich geht, sondern durch Gendarmen, die für die Sicherheit aller Staatsbürger zu sorgen haben. Es ist das so in Unzmarkt, in Neumarkt und in Judenburg geschehen. Gerade dort hat der Gendarmerieoberinspektor Meißner zugestanden, daß er die Waffen an die Besitzer und Bürger verteilt hat. In Judenburg herrscht dermalen mehr als anderswo eine große Arbeitslosigkeit, die Betriebe stehen nahezu still. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, nur jede zweite Woche zu arbeiten. Meine Herren, wir leben in einer Zeit des Abbaues und der Sanierung des Landes und des Staates. Ich glaube, tatsächlich wird die Sanierung des Staates auf Kosten und auf dem Rücken der Arbeiter ausgefragt. Das ist eine wirkliche Sanierung, wenn die Arbeiter sich bereit erklären, nicht mehr 48 Stunden in der Woche zu arbeiten, sondern nur mehr 28, 24 oder noch weniger Stunden, damit alle noch etwas zu essen haben. Das nennt man Sanierung. Unter diesen Verhältnissen wurden im Judenburger Gebiete die Waffen an die Bevölkerung verteilt. Es ist wohl sehr naheliegend, daß die Arbeiterschaft das als Provokation empfand und es ist nicht entschuldigbar, und wir entschuldigen das nicht und sind nicht damit einverstanden. Es ist begreiflich, daß die Arbeiterschaft dann gesagt hat, „wir sind auch da“. Sie haben es aber in einer viel weniger schuldvollen, mehr unschuldbigen Weise gemacht als diejenigen, die vorher (Gelächter bei der Gegenseite.) — ich bitte, mich ausreden zu lassen — die Waffen verteilt haben. Die Waffenverteilung hat das ausgelöst, was nachher vorgekommen ist. Die Arbeiter sind, als sie erfahren haben, daß wiederum an einem bestimmten Tage eine bestimmte Anzahl von Gewehren verteilt werden sollte, nach Waltersdorf hinausgezogen und wollten die Waffenverteilung verhindern. Sie sind aber zu spät gekommen, so etwas organisiert man nicht. Es ist begreiflich, daß die Leute erst später auf den wenig glücklichen Gedanken ge-

kommen sind, sie haben von der Waffenverteilung nichts gesehen und haben nur drei Bauerngehöfte untersucht, wodurch sich auch die Harmlosigkeit dieser Untersuchung von selbst ergeben hat. Die Arbeiter haben bei dieser Untersuchung drei Gewehre und 27 Patronen entdeckt und sind mit dieser glücklichen Beute auf das Judenburger Gemeindeamt gezogen und haben diese Gewehre bei der Behörde, also beim Gemeindeamte deponiert. Sie haben das getan, was diejenigen, die die Waffen verteilt haben, von vornherein hätten tun sollen, die Waffen bei der Behörde zu deponieren. Nun hat man die Vertrauensmänner dafür verantwortlich gemacht und es ist gut, wenn man das Verhalten und die Mitwirkung der Vertrauensmänner erörtert. Die Vertrauensmänner waren mit der Absicht, die in der letzten Stunde zum Durchbruche gekommen ist, nicht einverstanden, sie wollten davon nichts wissen. Die Arbeiterschaft aber wollte davon nicht Abstand nehmen, so sind die Vertrauensmänner mitgegangen. Sie haben kein Gehöft betreten, wie das auch der Staatsanwalt bei der Einvernahme des Vertrauensmannes Chalupka erklärt hat. Sie haben versucht, die Sache auf ein gerechtes Maß herabzumindern. Es hat sich hier nicht darum gehandelt, die Leute zu bedrohen, sondern um eine mehr oder weniger sehr unglücklich gewählte, aber doch ganz harmlose Sache. (Widerspruch bei der Gegenseite.) Sie können anderer Ansicht sein. (Abgeordneter Harleß: „Das sind wir auch.“) Ich kann auf die Auffassung des Herrn Harleß keinen Einfluß nehmen, ich würde nur bitten, daß Sie in genau derselben objektiven und sachlichen, der Verantwortung vollbewußten Weise in dieser Sache sich äußern, wie ich es bestrebt bin. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus dieser Angelegenheit wurde eine Staatsaffäre gemacht, aber nicht von vielen, nur von einigen. Die Mehrzahl der Bevölkerung hat diese Angelegenheit als einen Eingriff empfunden in das Recht jedes einzelnen Staatsbürgers, das ist er sicher, es ist kein Zweifel, aber man hat es mit allem möglichen entschuldigt. Die Anfrage des Nationalrates Dr. Sempel im Parlamente hat ohnedies genug Staub aufgewirbelt und man konnte und mußte annehmen, daß das Gericht den ordentlichen Weg gehen werde, daß die Amtshandlung eingeleitet werde gegen alle diejenigen, die daran beteiligt waren und daß sie, wie jeder, der etwas angestellt hat, wegen dieses ungesetzhchen Vorgehens zur Verantwortung gezogen werden würden. Das hat man allgemein angenommen. Aber die Sache ist wesentlich anders gekommen. Man



hat in Judenburg die Wahrnehmung gemacht, daß die Gendarmerie in großer Anzahl zusammengezogen wird. Das hat dazu geführt, daß die Vertrauensleute, nachdem sie sich gedacht haben, daß das Zusammenziehen der Gendarmerie zu etwas Unangenehmen führen könnte, bei der Bezirkshauptmannschaft vorgesprochen haben, um Aufklärung zu erhalten, warum diese Zusammenziehung der Gendarmerie erfolge. Bei der Bezirkshauptmannschaft hat man ihnen eine loyale Zusage gegeben. Der Bezirkshauptmann hat erklärt, die Zusammenziehung der Gendarmerie werde nur deshalb durchgeführt, weil man infolge des Nationalfeiertages am 12. November und mit Rücksicht auf die sozialen Gefahren, die vorhanden sind, und auf die furchtbaren Opfer, die die Arbeiterschaft bringen muß, möglicherweise Demonstrationen fürchtet. So hat man sie getäuscht und, anstatt sich mit ihnen zu beraten, anstatt ihnen zu sagen, was notwendig wäre, um den Konflikt aus der Welt zu schaffen, hat der Bezirkshauptmann den dummen Kerl gespielt und hat sich nicht getraut, zu sagen, was die Zusammenziehung der Gendarmerie bedeutet und bezweckt. Es wurde diese Konferenz am 11. November bei der Judenburger Bezirkshauptmannschaft abgehalten, und zwar sowohl im Beisein von Vertretern des Bezirksarbeiterrates als auch im Beisein von Vertretern der Heimwehren. Protokollarisch wurde am 11. November von beiden Teilen festgestellt, daß beide Teile keine aggressive Absicht haben, also sowohl die Führer der Heimwehren als auch die Führer der Arbeiterschaft. Es schien also alles bereinigt. Kein Mensch konnte annehmen, daß aus dem Hinterhalte gegen die Arbeiterschaft etwas geplant sei.

Nun komme ich zu den Vorgängen bei der Verhaftung selbst. Nachdem die Gendarmerie in Judenburg zusammengezogen worden war, haben sie sich einen Zeitpunkt in der stockfinsternen Nacht gewählt und sind in die Wohnungen von sieben Vertrauensmännern eingedrungen, je zwei Gendarmen mit aufgepflanztem Bajonette vor ein Bett, haben die Vertrauensleute aus den Betten herausgeholt und auf die Frage, warum sie verhaftet werden, keine Antwort gegeben, haben auch nicht gesagt, wohin sie gebracht werden, sondern eine unrichtige Antwort gegeben. Sie haben nämlich erklärt: auf die Bezirkshauptmannschaft. Sie haben die Vertrauensmänner in notdürftigem und schlecht bekleidetem Zustande wie das liebe Vieh auf der Straße nach Weiskirchen getrieben und dort in ein bereit gehaltenes Lastauto wie das liebe Vieh verladen: so geschehen in der Republik des

Herrn Landeshauptmannes Professors Dr. Rinken in Steiermark. Wir erinnern uns an Zeiten, wo die Demokratie noch gar nichts zu sagen hatte, an Zeiten, wo noch das Kaisertum bestand, wo man noch die Arbeiterschaft sehr wenig um die Wohlmeinung befragte, wo die Arbeiterschaft und ihre Vertrauensmänner sehr oft arge Konflikte mit den Behörden hatten. Niemals ist es vorgekommen, daß man in derartiger Weise die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft verhaftet hat. Die Bezirkshauptleute haben immer versucht, die Leidenschaften zu bändigen und haben es versucht, nicht in aggressiver Weise vorzugehen und man kann sich eines sehr unangenehmen Eindruckes nicht erwehren, wenn man den Vergleich zwischen damals und heute zieht. Ich habe die Vertrauensmänner gesehen, die nach einer stundenlangen Fahrt im Lastauto von Judenburg nach Graz bei 5 Grad Kälte, schlecht bekleidet, in der Nacht in das Gefängnis nach Graz eingeliefert worden sind. Ich weiß, daß sie nichts anhaben, nur eine leichte Kleidung und nur einige hatten Überwürde. Wer Gelegenheit gehabt hat, und der Chef der Landesverwaltung wird das bestätigen können, der weiß, was es heute bedeutet, schlecht bekleidet bei Kältegraden in der Nacht in einem offenen Auto die Fahrt von Weiskirchen nach Graz mitzumachen. Die Vertrauensmänner mußten sich in allen Orten, die sie durchfahren, glatt auf den Boden des Autos legen, damit sie nicht von den Arbeitern gesehen werden konnten. Einer von den Eingelieferten hat mir gesagt, er werde das wahrscheinlich mit der Gesundheit, vielleicht mit dem Leben zu beklagen haben, er liegt an einer schweren Lungenentzündung darnieder und es ist fraglich, ob er mit dem Leben davonkommen wird. Es fragt sich, ob das alles notwendig war, ob es nicht möglich und durchführbar gewesen wäre, ob man keine andere Handhabe gehabt hätte, dem Recht zum Recht zu verhelfen und ob es nicht möglich gewesen wäre, daß man die Leute vorlade, sie einvernimmt und, wenn man zur Überzeugung gekommen ist, daß eine Verabredungsgefahr und Fluchtgefahr vorliegt, sie dort behält. In dieser Art und Weise hätte man es erledigen sollen. Man hat es aber versucht, in dieser Hinsicht in unüberlegter Weise den starken Mann zu spielen. Ich kann nur sagen, daß ein solcher Vorgang, vernünftigen Vertrauensmännern gegenüber — keiner ist noch bescholten, alle waren nur bestrebt, die Leute zu beruhigen, man hat es also nicht mit Leuten zu tun, die mit sich nicht reden lassen — unerhört und infam ist, man hat einen Vorgang gewählt, den man bei den Hottentotten, bei den Wilden,



bei den Ulfaten anwenden könnte, aber nicht in einem zivilisierten Staate. Die gesamte Arbeiterchaft in Osterreich empfindet es als eine Schmach, die man ihr angetan hat. Ich habe gesagt, daß die Vertrauensmänner auch in anderer Weise hätten zur Verantwortung gezogen werden können. Es besteht bei keinem einzigen eine Fluchtgefahr, alle sind angestellt. Bei der Deputation, die hier war beim Landeshauptmanne und beim Oberstaatsanwalt, haben nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Vertreter des Betriebes, ein Ingenieur und ein Direktor, interveniert und alle haben erklärt, daß es sich um bodenständige, ziemlich lange angestellte, verheiratete, mit Familie versorgte Leute handelt, bei denen nicht daran zu denken ist, daß sie die Flucht ergreifen. Die Verabredungsgefahr, die bestand vom ersten Momente der Tat an, und diese war auch nicht entscheidend für die Verhaftung, für die Zeit und die Art der Verhaftung. Nun ist es begreiflich, daß diese Vorgänge eine maßlose Erbitterung in Judenburg und in allen angrenzenden Industriorten, aber auch in Knittelfeld, Zeltweg, Leoben, Kapfenberg, Bruck ausgelöst haben und auch hier in Graz hat das die Arbeiterchaft als einen gegen sie mit Wissen und Absicht gerichteten und geführten Schlag empfunden und, wenn diejenigen, die das auf dem Gewissen haben, sich die Folgen hätten vorstellen können, die unzweifelhaft eingetreten wären, wenn wir uns nicht in die Schanze geschlagen hätten, so hätten sie sich das überlegt. Wir standen unmittelbar vor dem Bürgerkriege in Judenburg. Die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahn wollten den Verkehr einstellen und sie hatten den Führern der Arbeiterchaft ein Ultimatum gestellt, daß bis zu diesem Zeitpunkte die ganze Angelegenheit bereinigt sein müsse, sonst würden sie zu Gegenmaßregeln greifen. Sie können die Beschlagnahme als Entwendung oder Raub qualifizieren, wie Sie wollen. Bei der Beschlagnahme von drei Gewehren kann man es aber nicht verantworten, daß so etwas in der heutigen Zeit ausbricht. Das ist ausgeschlossen. Wenn es sich um verantwortungsvolle Funktionäre handelt, so müssen sie sich bei allen ihren Weisungen, bei allen ihren Aufträgen auch bewußt sein, was aus dem allen entstehen kann.

Nun die Sache, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist glücklicher ausgegangen, als man es erwartet hat. Zum Glück für sehr viele, die alle genug haben an dem langen und entseßlichen Krieg und die alles vermeiden wollen, daß ein neuerliches Blutvergießen stattfindet. Wir waren beim Herrn Landeshauptmann und dieser hat sich in der Sache für nicht

kompetent erklärt und hat darauf verwiesen, daß die Gerichte darüber zu entscheiden haben. Wir waren dann beim ersten Staatsanwalt Dr. König, und eine längere Aussprache hat ergeben, daß auch er sich nicht für kompetent erachtet, einzugreifen, nachdem einmal die Verhaftung und Einlieferung durchgeführt war. Wir waren dann beim Oberstaatsanwalt und nach einer heftigen Auseinandersetzung und Klarlegung aller von mir angegebenen Tatsachen hat der Oberstaatsanwalt den Auftrag gegeben, daß die Verhaftung sofort rückgängig gemacht werde; er hat dann sämtliche Verhaftete unmittelbar nach unserer Vorsprache auf freien Fuß setzen lassen. Es war dies eine weise Maßnahme des Oberstaatsanwaltes, sie spricht dafür, daß er sich der Tragweite seiner Entschlieung sehr wohl bewußt war, und dadurch wurde Ruhe und Ordnung wieder herbeigeführt und das verhindert, was aus dieser Affäre hätte entstehen können. Ich will nicht so boshaft sein und denjenigen, die veranlaßt haben, daß die Verhafteten in stockfinsterner Nacht mittels Lastenautos eingeliefert wurden, sagen, daß es mich freut, daß sie eine Niederlage erlitten haben für ein Vorgehen, das sie mit Aufwand aller Kräfte und Aufwendung großer finanzieller Mittel arrangiert haben — man bedenke nur, was das Zusammenziehen einiger hundert Gendarmen durch einige Wochen kostet — und die sich schon gefreut haben daran, daß es nun endlich gelungen ist, den Arbeitern den starken Mann zu zeigen. Ich will nicht so boshaft sein und mich darüber freuen, daß diese Sache zu einer Niederlage ausgeartet ist und daß die Bürgerlichen, die sich in Judenburg schon die Hände gerieben haben, nun am nächsten Tage wieder zusehen mußten, wie die Vertrauensmänner mit Musik und Gesang vom Bahnhof abgeholt worden sind. Ich freue mich nicht darüber, sondern nur darüber, daß die Sache so ausgegangen ist, daß durch die Vernunft des Oberstaatsanwaltes verhindert worden ist, was durch andere leichtfertig angezettelt worden ist und leicht hätte herbeiführen können, daß wir einen Bürgerkrieg bekommen hätten; das ist das einzige, worüber ich mich aufrichtig freue. So der Tatbestand, der Verlauf der ganzen Angelegenheit. Ich überlasse es jedem objektiv denkenden Menschen, sich selbst darüber ein Urteil zu bilden, ob das, was geschehen ist, eine Notwendigkeit war.

Nun muß ich aber doch, nachdem für alle Geschehnisse der oberste Chef unserer politischen Landesverwaltung verantwortlich gemacht werden muß, die Objektivität unseres obersten Chefs, des Herrn Landeshauptmannes Dr. Rintelen, einer kurzen Erörte-



rung unterziehen. Wenn ich von dieser Objektivität rede, bleibt mir nichts übrig als einige Vergleiche anzustellen, wie in anderen einzelnen Fällen bei uns in Steiermark vorgegangen wurde, um aufzuzeigen, wie entgegengesetzt das Vorgehen in diesem Falle war. Ich erinnere alle Anwesenden an den Gosdorfer Fall. Was geschah dort? Die Bauern hatten den Krieg gegen die Gendarmerie erklärt, sie wollten nicht abliefern, die Gendarmerie kam hinunter, die Bauern ließen sich das aber nicht gefallen, überfielen die Gendarmen, nahmen einzelne gefangen und es wurden auch einige lebensgefährlich verletzt, aber man hat nie vernommen, daß mit der gebotenen Schärfe und der notwendigen Objektivität auch gegen diese Bauern vorgegangen worden wäre. Wir verlangen das nicht, sondern ich will es nur aufzeigen zum Vergleiche. Es ist allen den Bauern, die an der Gefangennahme der Gendarmen, an der lebensgefährlichen Verletzung einzelner Gendarmen beteiligt waren, gar nichts geschehen. Sie sind enthaftet worden, die ganze Strafamtshandlung gegen dieselben wurde niedergeschlagen. Da wird man zugeben müssen, daß es sich um etwas anderes gehandelt hat als um die Wegnahme von drei Karabinern bei einigen Bauern. Ich muß aber noch auf ein anderes Ereignis verweisen, welches sich in der letzten Zeit zugetragen hat. In Leoben haben Studentenkrawalle stattgefunden und haben Studenten — allerdings in einem nicht ganz nüchternen Zustande — große Ausschreitungen begangen. Man kann dies ja entschuldbar finden und man kann darüber urteilen, wie man will. Die Polizei hat eine Reihe dieser renitenten Studenten verhaftet. Auf das hin sind ungefähr 600 Studenten in der Nacht alarmiert worden mit dem Rufe: „Burschen heraus!“ Die aus ihren Wohnungen stürzenden Studenten sind nun vor das Gefängnis gezogen, haben mit Gewalt die in Gefangenschaft gesetzten Studenten befreit, haben die Wache durchgeprügelt (Präsident Dr. Dankine: „Das ist alles nicht wahr!“), haben sich aber zumindest einer strafbareren Handlung schuldig gemacht, wie die Arbeiter, die zu 200 hinausgezogen sind und Bauern Gewehre abgenommen haben. Nun, was ist geschehen? Gendarmerie ist keineswegs aufgeboten, in Leoben ist nicht einmal ein Haftbefehl erlassen worden, obwohl man doch alle Studenten kennt. In Judenburg ist es dazu gekommen, weil man den Vertrauensmann Chalupka gekannt hat, die andern aber nicht, und da hat man das Verfahren wegen Gewalttätigkeit eingeleitet. Das sind nur zwei Beispiele aus der Objektivität unserer Verwaltungsbehörde.

Ich komme nun zu den Waffen selbst, weil wir es mit Waffen zu tun haben, und da haben wir bis jetzt immer eine gewisse Toleranz nicht nur in Steiermark, sondern auch in anderen Ländern an den Tag gelegt. Wir haben Waffenlager gehabt in Fürstenfeld, Fehring, Gleisdorf, Gleichenberg, Feldbach und auch in Hartberg ist eine Reihe dieser Waffendepots ausgeraubt worden. Diese Waffen haben dem Staate gehört und haben nach dem heutigen Stand der österreichischen Krone einen Milliardenwert. Wir wissen ganz genau, daß bei der Ausplünderung eines solchen Waffenlagers ein christlichsozialer Abgeordneter beteiligt war und auch ein der Landesregierung sehr nahe stehender christlichsozialer Funktionär nicht ganz unbeteiligt an diesem Raub von Waffen war. Aber man hat nie gehört, daß irgendwie gegen diese Funktionäre eingeschritten worden wäre. Allerdings hat mir der Oberstaatsanwalt auf diesen Hinweis erklärt, von ihm aus ist in ganz gleicher Weise vorgegangen worden. Er hat im Gosdorfer Falle, weiters im Falle Fürstenfeld, Fehring, Gleisdorf usw. die Strafanzeige erstattet, die Haftbefehle gegen die unbekanntenen Täter erlassen und jetzt komme ich darauf, daß nicht immer mit der gleichen Objektivität vorgegangen wird bei den von dem Oberstaatsanwalt erlassenen Haftbefehlen. Er wird von der Gendarmerie informiert. In Judenburg ist der Haftbefehl gegen Chalupka erlassen worden auf Grund des Ergebnisses der Erhebungen, welche Herr Gendarmeriegeneralstabschef Meißner gepflogen hat, derselbe Meißner, der die Bauern mit Waffen beteiligt hat. Es ist nun ganz einleuchtend, wie objektiv diese Erhebung der Gendarmerie in diesem konkreten Falle gelaufen haben wird. Im Falle Gleisdorf, Hartberg und Feldbach hat der Oberstaatsanwalt Haftbefehle erlassen, aber es ist nie zu etwas gekommen, und warum nicht, weil er niemals die Erhebungen der Gendarmerie bekommen, die Gendarmerie niemals das Material vorgelegt hat, nach welchem er gegen den damaligen Abgeordneten der christlichsozialen Partei oder gegen den Funktionär der Landesregierung eine Strafanzeige hätte erstatten können. Die Gendarmerie untersteht auch dem Chef der politischen Verwaltung, dem Landeshauptmann, und der ist verantwortlich dafür, welche Relationen die Gendarmerie abgibt. Wenn man nun selbst direkt oder indirekt an einer derartigen Sache beteiligt ist, dann kann man es natürlich nicht verlangen, daß man gegenüber den Arbeitern genau so objektiv vorgeht, wie gegenüber den Bauern. Ich möchte die Objektivität des Landeshauptmannes in allen diesen Fragen weiter



noch dadurch charakterisieren, daß uns sehr gut bekannt ist, daß gegen die bäuerlichen Kreise in der Zeit, wo wir die Zwangswirtschaft gehabt haben, wegen Nichtablieferung eine ganze Reihe von sehr drückenden Strafen festgesetzt worden sind, aber doch eigentlich niemand so recht zur Verantwortung gezogen worden ist. Man wollte dies nicht machen, und ich selbst war dagegen und habe erklärt, man soll nicht mit Gewalt vorgehen, weil man nichts erreicht, aber ich muß dies konstatieren, daß eine Unsumme ungesetzlicher Handlungen in allen diesen Sachen vorliegt, die niemals geahndet worden sind. Und nun ein weiterer Fall der Objektivität des obersten Chefs der politischen Verwaltung. Es ist mir bekannt, daß kommunistische Gendarmen aus der Gendarmerie entfernt werden. Ich finde das begreiflich, man sagt, Kommunisten, welche den Staat umstürzen wollen, können nicht gleichzeitig Organe der Sicherheit und Ordnung stellen. Ich enthalte mich jeder Kritik darüber, ich weiß aber sehr gut, daß monarchistische Gendarmerieoffiziere nach wie vor nicht nur nicht entlassen, sondern mit allen Mitteln auf ihren Posten gehalten werden. Es ist in ganz Steiermark bekannt, daß Zellburg ein Monarchist ist, daß gegen ihn die Strafanzeige eingeleitet ist; ob sie durchgeführt wurde, weiß ich nicht. Die Tatsache schon, daß er Monarchist ist, welche, von der anderen Seite aus betrachtet, genau dasselbe machen wollen wie die Kommunisten, nämlich den Staat umstürzen, daß sie in der Gendarmerie gehalten, während die Kommunisten hinausgeworfen werden, diese Tatsache zeigt auch die Objektivität des Landeshauptmannes in einem sehr argen Lichte. Ich sage dies deshalb, weil ich glaube, daß der oberste Chef der Landesverwaltung nicht in allererster Linie Chef der Partei sein kann, die ihn gewählt hat, sondern daß der oberste Chef der Landesverwaltung in erster Linie immer für die Gesamtbevölkerung da sein muß, er muß nach jeder Richtung hin, jedem Staatsbürger gegenüber, ob Christlichsozialer, Sozialdemokrat, Bauernbündler oder Großdeutscher, in gleicher Weise vorgehen, das muß man unbedingt vom Chef der politischen Verwaltung verlangen. Der Herr Landeshauptmann scheint nach dieser Richtung hin eine andere Auffassung zu haben, er fühlt sich in erster Linie als Parteimann, und nur als Parteimann. Beweis dafür in erster Linie die Machtstellung, die er sich ganz verfassungswidrig in der Burg zurechtgelegt hat. Wir haben merkwürdigerweise bei uns in Steiermark zwei Landesregierungen, eine Landesregierung Burg, eine Landesregierung Landhaus; ein ganz verfassungswidriger Zustand, denn das

Verfassungsgesetz kennt nur eine Landesregierung. Die Landesregierung hat gewisse Machtvollkommenheiten und der Landeshauptmann übt dieselben als solcher aus. Bei uns in der Burg etabliert sich ein ganzes Korps von Beamten, und ich sage es ganz offen heraus, von christlichsozialen Freunden und Anhängern der christlichsozialen Partei, so daß nicht nur ein gewisses Gegengewicht gegen die Landesregierung Landhaus besteht, sondern auch, daß sie sich gewissermaßen als Vorgesetzte der Landesregierung hier fühlen. Das ist ein Zustand, der unerträglich ist und einer gewissen Erörterung unterzogen werden muß und der naturnotwendig dazu drängt, daß dieser christlichsoziale Generalstab etwas näher beleuchtet werden muß. Wenn man von Seite des politischen Chefs glaubt, daß wir hier im Lande unsere Spitäler abbauen werden, daß wir die Wohlfahrtsinstitute drosseln werden, daß unsere Kranken weniger zu essen bekommen sollen, daß wir alle diese Institute herabmindern werden, weil die Ausgaben nicht getragen werden können, daß wir den Landtag reduzieren werden, die Landesregierungsmglieder reduzieren werden, wenn man glaubt, daß das alles durchgeführt wird, während man die Absicht hat, den ganzen Apparat in der Burg aufrechtzuerhalten und ununterbrochen durch Neuanstellungen noch zu vergrößern, dann werden Sie sich sehr gründlich täuschen. Es gibt keinen einseitigen Abbau in diesem Lande, sondern nur einen solchen sowohl oben als unten, das kann ich Ihnen schon heute sagen. Der Herr Landeshauptmann tritt überall in den Vordergrund. Es wäre diese Heimwehrenfrage längst nicht so offiziell, wenn man nicht so oft lesen würde, der Herr Landeshauptmann hat die Festrede gehalten, hat die Truppen angeloben lassen und so weiter. Jeder Mensch erblickt in dem Herrn Landeshauptmann nicht den objektiv sein sollenden Chef der politischen Verwaltung, sondern den äußerst regisamen Parteichef der christlichsozialen Partei. Das muß heute einmal mit aller Offenheit ausgesprochen werden. Ich sage hier folgendes: Es liegt nicht einmal im Interesse der christlichsozialen Partei, ihren obersten Führer in die Öffentlichkeit so vorzuschicken. Ich weiß schon, daß uns im Laufe der Debatte das eine oder das andere vorgehalten werden wird, was die Arbeiter gegenüber dem Herrn Landeshauptmann alles gemacht haben. Aber, meine sehr Verehrten, wenn der Herr Landeshauptmann bei jeder Kirchweih, bei jedem Hochzeitschmause der Christlichsozialen (Heiterkeit), bei jeder Einweihung einer christlichsozialen Feuerspritze (Heiterkeit), wenn der Herr Landeshauptmann sich bei all dem und überall



hinstellt als der Vertreter der christlichsozialen Partei, dann kann es einem nicht wundern, wenn schließlich und endlich eine geistig so hochstehende Person und ein so liebenswürdiger Mensch, wie es der Herr Landeshauptmann gewiß ist, in den Kreisen der Arbeiterschaft in den Geruch des bestgehaßtesten Menschen kommt. Ist das notwendig, geehrte Versammlung, muß das sein, daß man in allererster Linie das Parteipolitische in den Vordergrund stellt und nicht das objektiv Sachliche? In keinem Bundeslande ist das so. Wir haben auch andere christlichsoziale Landeshauptleute. Ich erinnere mich sehr wohl, daß Prälat Hausler in Oberösterreich manche Reden gehalten hat, daß er in der Zeit der größten Lebensmittelnot erklärt hat, er könne den Wünschen und Drängen seiner eigenen Parteigenossen, der Christlichsozialen, mit Rücksicht auf die Gesamtlage der Bevölkerung nicht Rechnung tragen. In Steiermark hat man das niemals gemacht. Man ist immer ausgewichen einer offenen Stellungnahme gegen Parteifreunde, wenn es sich darum gehandelt hat, die Interessen der Partei, der man angehört hat, irgendwie gefährdet zu wissen. Wir haben auch andere Landeshauptleute, aber niemand tritt so in den Vordergrund als Parteimann, wie unser Herr Landeshauptmann. Niemals tritt ein Landeschef so prononziert auf, als wie es bei uns in Steiermark ist. Und wenn sich dann ein solcher, jedenfalls auf das entschiedenste zu verurteilender Fall ereignet, wie es in St. Lorenzen geschehen ist, dann muß man mit sich zu Räte gehen und sich fragen, ob der Herr Landeshauptmann nicht selbst ein gut Teil zu dieser Stimmung bei der Arbeiterschaft beigetragen hat.

Noch eines möchte ich nicht unerörtert lassen, und das betrifft die persönliche Stellungnahme der Mitglieder und Funktionäre der sozialdemokratischen Partei, die das zweifelhafte Glück haben, in der Landesregierung zu sitzen, zu dem Herrn Landeshauptmann. Es sind das die Herren Pongraf, Resel, Oberzaucher und ich. Es wird kein Mensch behaupten können, daß wir zu den Warauflosgängern gehören. Es wird kein Mensch behaupten, daß, wenn an uns herangetreten worden wäre: „Das und das, diese Dummheit und dieses Unrecht haben die Judenburger Arbeiter gemacht, das muß gesühnt werden“, daß wir nicht die Hand geboten und sofort erklärt hätten: „Ja, das war eine Dummheit, das muß gesühnt werden.“ Man hat uns aber kein Wort gesagt. Es ist ein sehr bezeichnender Umstand, daß wir in der

Landesregierung sitzen und von allen Vorgängen, die geeignet sind, die Arbeiterschaft auf das maßloseste zu erbittern, mit keinem Sterbenswörtchen informiert werden. Das ist ein Zustand, Herr Landeshauptmann, der sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten läßt. Heute steht die Sache so: Unsere Parteigenossen betrachten uns als diejenigen, die im Einvernehmen mit der Regierung und mit den anderen Parteien alle schwebenden Fragen der Arbeiterschaft bereinigen. Sie sind berechtigt, anzunehmen, daß schwere Konflikte sich im Schoße der Landesregierung nicht entwickeln. Unsere Vertrauensmänner haben auch gesagt: „Ja, Ihr sitzt in der Landesregierung und Ihr wißt gar nichts davon, was beabsichtigt war gegen die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft in Judenburg? Wie vereinbart sich das mit Eurer Haltung, die Ihr im Lande, im Landtage und in der Landesregierung einnehmt?“ Und sie sind berechtigt zu dieser Frage. Allerdings wird nun der Herr Landeshauptmann sofort aufstehen und erklären, er sei nicht verpflichtet dazu; die Verfassung verpflichte ihn nicht im entferntesten dazu, den Mitgliedern der Landesregierung von diesen seinen Maßnahmen, betreffend Gendarmerie und Herr, eine Mitteilung zu machen. Formell ist der Herr Landeshauptmann im Recht, faktisch steht aber die Sache so, daß, wenn man von diesen Absichten und Dingen nichts erfährt, so muß man das ganze Verhältnis der Mitglieder der Landesregierung gegenüber dem Herrn Landeshauptmann einer Revision unterziehen. Dann können wir unsere Vertrauensleute draußen nicht mehr darüber im Zweifel lassen, daß wir nicht mitzuentscheiden haben, dann müssen wir ihnen sagen, daß der Herr Landeshauptmann allein zu entscheiden hat. Dann werden wir ihnen nicht mehr begreiflich machen können, daß über alle diese Fragen, welche die Arbeiterschaft betreffen und die eine schwere Belastung bedeuten, ein vollständig objektives Benehmen an den Tag gelegt wird. Es gibt nur zweierlei, Vertrauen gegen Vertrauen. Entweder, daß man mit uns sachlich in allen diesen Angelegenheiten verhandelt, oder aber, daß man damit rechnet, daß wir gegenüber allen diesen Fragen einen oppositionellen Standpunkt einnehmen, je nachdem wir es für wünschenswert und angezeigt halten.

Ich möchte zum Schlusse kommen und sagen, es gibt zwei Methoden, derartige Erregungszustände, die durch bedauerliche Vorgänge ausgelöst werden, zu beseitigen. Die eine ist die ehemalige gute österreichische Methode, die Graf Falkenhayn angewendet hat. Er hat Gendarmerie und Militär zusammengezogen und hat



dann unter dem Schutze derselben und des Militärs die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft verhaftet und auf diese Weise mit Gewalt alle sozialen Konflikte unterdrückt. In der Demokratie gibt es eine andere Methode. Das ist die Methode, allen Menschen in diesem Staate beizubringen, daß sie die Gesetze achten und aufrechterhalten sollen und daß sie, wenn sie etwas gegen die Gesetze gemacht haben, auch die Verantwortung dafür übernehmen müssen. Ich glaube, diese Methode ist die richtige, und die hätte der Herr Landeshauptmann anwenden sollen, und wir verlangen, daß er sie auch in Zukunft anwendet, und nicht die Methode des Grafen Falkenhayn, die man in Koftacy und Voisberg angewendet hat. Man hat dort den Arbeitern kommandiert: „Hände hoch!“ und hat mit gezogenem Revolver die Verhaftung durchgeführt. Nicht diese Methode wollen wir haben, sondern die andere, demokratische, und ich bin überzeugt, daß alle, die es mit diesem Staate ehrlich meinen und jeder andere vernünftige Mensch sich für die letztere Methode einsetzen werden.

Wenn ich zum Schlusse noch eine Bitte an alle hier anwesenden Vertreter der Parteien richten möchte, so ist es die, daß sich alle hier anwesenden Vertreter der Parteien voll und ganz bewußt werden mögen der hohen Verantwortung, die sie als Träger des Vertrauens ihrer Wähler tragen. Es geht unmöglich an, daß die Vertreter der bäuerlichen Bevölkerung am Lande Heimwehren organisieren und die Notwendigkeit der Heimwehrenorganisation damit begründen, daß die Arbeiter die Absicht haben, hinauszuziehen auf das Land, um dort alles in Schutt und Trümmer zu schlagen. Das ist nicht richtig. Gerade in Obersteiermark bestand bis auf die jüngste Zeit ein ganz gutes Einvernehmen zwischen den Arbeitern und Bauern. Die obersteirischen Bauern haben in der Ablieferungszeit gegenüber der Allgemeinheit weit mehr getan, als dies sonst der Fall war. Es ist diese Verheerung der Bauern gegenüber den Arbeitern gar nicht notwendig, denn es muß früher oder später dieses gegenseitige Aufrüsten der einen oder anderen Seite zum Bürgerkriege führen. Alle, die den Krieg mitgemacht haben, die die Umsturzeit erlebt haben, die müssen sagen, daß jeder vernünftige Mensch es verhindern muß, daß wir wieder in diese Zeiten hineingeraten. Und deshalb möchte ich Sie bitten, der Frage der Bewaffnung, ob nun Arbeiterwehr oder Heimwehr, Ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und alles Menschenmögliche aufzubieten, damit endlich diesen Dingen Einhalt geboten wird, wenn wir nicht einer Katastrophe zu-

steuern wollen. Die Vertrauensleute in Judenburg haben, nachdem diese Sache erledigt war, nämlich die Vertrauensleute der Heimwehr und der Arbeiterwehr, eine Vereinbarung beschlossen, die ich Ihnen wörtlich vorlesen will. Sie haben vereinbart (liest):

„Die Arbeiterwehr und die Heimwehr stellen am 15. November um 8 Uhr früh im gegenseitigen Einvernehmen den Sicherheitsdienst ein; ebenso werden von keiner Seite in Zukunft öffentliche, die Bevölkerung aufregende militärische Übungen vorgenommen. Die Angehörigen der Arbeiter- und der Heimwehr verpflichten sich, jedwede gegenseitige Belästigung beziehungsweise Tätlichkeit zu unterlassen.“

Mir erscheint diese Vereinbarung als der erste Schritt, der getan wurde, als eine Vorbereitung dazu, daß wir endlich wieder einmal zum Frieden kommen.

Im Gegenstande selbst habe ich mir in meinem und im Namen meiner Kollegen erlaubt, eine dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann zu stellen, von deren Beantwortung wir unsere weitere Entscheidung in der ganzen Angelegenheit sowohl, als in unserem weiteren Verhalten werden abhängig sein lassen. Diese dringliche Anfrage lautet (liest):

1. Ist der Landeshauptmann bereit, dem Landtage erschöpfende Aufklärung über die von ihm bezüglich der Verhaftungen in Judenburg an die politischen Unterbehörden und an die Gendarmerie erteilten Weisungen und Aufträge zu geben?

2. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, eine strenge Untersuchung gegen alle jene behördlichen Organe einzuleiten, die schuld an der unwürdigen, unmenschlichen Art der Verhaftungen tragen? Insbesondere wird die Untersuchung verlangt gegen den Oberinspektor Meißner und gegen den Leiter der Bezirkshauptmannschaft, Königsbrunn.

3. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, zu erklären, daß er in Zukunft alle Übergriffe der ihm unterstehenden politischen Verwaltung von vornherein hintanhaltend will und hintanhaltend wird?

Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann, auf diese unsere gestellte Anfrage zu antworten. Ich möchte noch einmal schließen damit, daß wir ohne jedwede Leidenschaft, ohne Voreingenommenheit, in voller Objektivität und Sachlichkeit eine Erledigung dieser Angelegenheit wünschen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landeshauptmann Dr. Rinkelen: Hohes Haus! Ich werde, so wie der Herr Vorredner, bei Beantwortung dieser Anfrage auf mehrere Ereignisse, die sich in der



letzten Zeit in Steiermark zugetragen haben, gewissermaßen mit einem allgemeinen Rückblick eingehen. Anfangs November wurden in einer Nacht in Walkersdorf, in der Umgebung Judenburgs, mehrere Bauerngehöfte von 150 bewaffneten Arbeitern überfallen, die Gebäude wurden umzingelt und in dieselben mit Waffen eingedrungen, unter Drohungen Hausdurchsuchungen vorgenommen und Waffen abgenommen. Dieses Ereignis hat begreiflicherweise eine tiefgreifende Gärung in der gesamten, ruheliebenden Bevölkerung Judenburgs und der Umgebungsgemeinden hervorgerufen, und hat auch andere Ereignisse in Erinnerung gebracht. Vor mehreren Monaten hat ein christlicher Arbeiterverein in Zeltweg seine Fahnenweihe begangen. Im Zuge dieser Feier, die, wie ich ausdrücklich betone, ohne jede Spitze gegen irgend jemanden gerichtet war, wurde dieser Arbeiterverein von Massen, die von Judenburg und Umgebung herbeigeekilt waren, überfallen; es kam zu schweren Mißhandlungen einzelner Personen, die Fahne wurde weggenommen und zerrissen. Nach wenigen Wochen wurde in Köflach die Gendarmerie angegriffen und verhöhnt, und der Bezirkshauptmann, die höchste Repräsentanz in der Bezirksverwaltung, ist so schwer verletzt worden, daß er längere Zeit zwischen Tod und Leben rang.

Diese verschiedenen Ereignisse haben das Bedürfnis nach einer Reaktion der Staatsgewalt und eine sogleiche Wiederherstellung des verletzten Rechtes allgemein zur Geltung gebracht. Da in Judenburg noch eine Reihe von Drohungen ausgestoßen wurde, daß Vorfälle wie in Walkersdorf sich in ähnlicher Weise wiederholen würden, wurde ein größeres Gendarmerieaufgebot in Judenburg konzentriert, um die Bevölkerung zu schützen. Die Gendarmerie hat pflichtgemäß die Erhebungen durchgeführt und das Ergebnis der kompetenten Staatsanwaltschaft übermittelt. Auf Grund dieser Erhebungen wurde sohin von der Staatsanwaltschaft die Verhaftung der Rädelsführer angeordnet und mit der Verhaftung die Ortsgendarmerie beauftragt; die Ortsgendarmerie und nicht das Gendarmerieabteilungskommando, von welchem der Herr Vorredner gesprochen hat. Der Herr Vorredner hat auch die Verhaftungsgründe kritisiert, hat aber bei Besprechung der Verhaftungsgründe übersehen, daß es neben den Haftgründen der Fluchtgefahr und Verabredungsgefahr auch den Haftgrund der Wiederholungsgefahr gibt, und gerade diese hat hier mit Rücksicht auf die auch später noch ausgestoßenen Drohungen eine sehr aktuelle Bedeutung gehabt. Die Durchführung der Verhaftungen, welche seitens der Staatsanwaltschaft angeordnet

wurde, erfolgte am 14. November um 1 Uhr nachts. Über Antrag der Oberstaatsanwaltschaft war das Landesgericht Graz zur Durchführung des Strafverfahrens delegiert; aus diesem Grunde wurden die Verhafteten nach Graz gebracht. Vom Herrn Vorredner ist nun einerseits die Durchführung der Verhaftung zur Nachtzeit und andererseits die Überstellung der Verhafteten mittels Auto nach Graz beanstandet worden. Was nun die Durchführung der Verhaftung zur Nachtzeit anbelangt, so bemerke ich, daß die Vorschrift der Gendarmerie dahingehet, daß Verhaftungen in einer solchen Weise vorzunehmen sind, daß sie möglichst wenig Aufsehen machen, und auf eine Weise, die jede Gegenwehr möglichst ausschließt. Das war hier von größter Bedeutung und hat sich auch gleich darauf gezeigt; denn einige Stunden nach der Verhaftung ertönte die Werkspfeife der Gußstahlfabrik, eine große Anzahl von Arbeitern, teilweise mit Waffen, eilte herbei und es begann die Situation kritisch zu werden. Es wurde daher die Verstärkung der Reichswehr in Judenburg angefordert. Laut eingelangten Nachrichten wurde zu dieser Zeit in Zeltweg, Wasendorf und Knittelfeld der Betrieb eingestellt und die Arbeiter gesammelt. Die Reichswehr, welche aus Graz einlangte, wurde in Knittelfeld von der Arbeiterschaft aufgehalten und erst später über Intervention der inzwischen erschienenen Heimwehren durchgelassen. Die Verhafteten waren inzwischen in Graz eingelangt und dem Strafgerichte übergeben und vernommen worden. Nachdem die Einvernahmen im Laufe des nächsten Tages vollendet waren, fand der Oberstaatsanwalt mit Rücksicht auf das nunmehr von sämtlichen Verhafteten abgelegte Geständnis den Haftgrund der Verabredungsgefahr nicht mehr gegeben und erfolgte sohin über Auftrag des Oberstaatsanwaltes die Entlassung. Ich bemerke, daß es unrichtig ist, wenn der Herr Vorredner sagt, daß der Oberstaatsanwalt die Verhaftung rückgängig gemacht hat, nein, der Oberstaatsanwalt hat die Verhaftung an sich als richtig befunden, hat auch, als das erstemal an ihn wegen Entlassung herangetreten wurde, dieselbe abgelehnt und gesagt, es müsse vorerst die Vernehmung durchgeführt werden, und erst als sämtliche Vernehmungen der Verhafteten zu Geständnissen führten, betrachtete er eine Verabredungsgefahr nicht mehr gegeben und hat nunmehr die Haft aufgehoben. Es liegt also eine normale Haftaufhebung wegen nachträglichen Wegfalles des ursprünglichen Haftgrundes vor. Daraus ergibt sich, daß alle Konklusionen entfallen, welche der Herr Vorredner in dieser Richtung hinsichtlich einer Niederlage der Ordnungselemente



vorgebracht hat. Damit erscheint das Verhalten der Behörden in Judenburg, warum die Verhaftung gerade zur Nachtzeit vorgenommen wurde, vollauf begründet.

Was die Überführung der Verhafteten mittels Auto nach Graz anbelangt, bemerke ich folgendes: Wie war die Situation in Judenburg? Liegt nicht der sprechendste Beweis in dem Umstande, daß die Vornahme der gesetzlichen Amtshandlung in Judenburg nicht ruhig hätte vorgenommen werden können? Die Werkspfeife erkönt, die Betriebe werden eingestellst und die Arbeiter eilen in Waffen herbei. Welche Situation hätte sich da ergeben können, wenn zu dieser Zeit die Verhafteten noch in Judenburg gewesen wären? Mein Herr Vorredner, der Herr Landesrat Machold, hat selbst heute einen bezeichnenden Ausdruck getan, nämlich den, die Zusammenziehung von Gendarmerie kann sehr leicht zu unangenehmen Folgen führen. Für Ordnungsliebende darf die Zusammenziehung von Gendarmerie nie zu Unannehmlichkeiten führen! (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen. — Landesrat Machold: „Man darf die Gendarmerie aber auch nicht unnötigerweise zusammenziehen!“) Wenn 150 Arbeiter Bauerngehöfte überfallen und dann noch von unnötiger Zusammenziehung der Gendarmerie gesprochen wird, so beweist das eine Auffassung, der ich nicht folgen kann, denn ich glaube, dann ist es nicht nur mein Recht, sondern meine Pflicht, für die nötigen Sicherheitsvorkehrungen zu sorgen. (Zwischenruf: „Gosdorf!“) Darauf komme ich noch zu sprechen. Was die Überführung der Verhafteten nach Graz anbelangt, erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß die Amtshandlung in Judenburg gewiß mit Gewalt gestört worden wäre. Das war also der Grund der Überführung. Im Gendarmerieberichte steht darin, die Arbeiter eilten bewaffnet nach Judenburg, weil sie annahmen, daß die Verhafteten noch dort seien. Es war also ein Glück, daß diese bereits fortgebracht waren. Ich bitte sich zu erinnern an die Vorfälle, wie damals in St. Lorenzen der Überfall auf mich stattgefunden hat. Damals hat die Gendarmerie so gehandelt, hat die Schuldigen bei Tage verhaftet und sollte sie von St. Lorenzen über Hafendorf nach Leoben eskortieren. Die Gendarmerie wurde in Hafendorf von bewaffneten Arbeitern überfallen und mußte die Gefangenen freigeben, und die Züge, die damals in der Richtung St. Lorenzen—Kapfenberg nach Bruck fuhren, wurden durchsucht, um die Verhafteten zu befreien. Ich glaube daher, es ist die Pflicht der Gendarmerie, daß sie alle diese Umstände in Er-

wägung zieht und trachtet, auf jede Weise ein Blutbad zu vermeiden. (Rufe: „Sehr richtig!“)

Was nun das Vorgehen des Bezirkshauptmannes anbelangt, so wird diesem vorgeworfen, daß er zuerst die Vornahme der Verhaftung verschwiegen habe. Ich bemerke, daß ich den Zeitpunkt nicht weiß, wann dem Bezirkshauptmann die Absicht der Gendarmerie, die Verhaftung vorzunehmen, bekanntgemacht worden ist. Der Weg ist der, daß die Gendarmerie die Erhebungen pflegt, der Staatsanwaltschaft darüber Bericht erstattet und diese sich hierauf, wenn es notwendig ist, an die Gendarmerie wendet wegen Vornahme der Verhaftung, ohne daß der Weg über den Bezirkshauptmann gemacht werden muß, weshalb der Vorwurf in diesem Falle gewiß unbegründet ist. Der Bezirkshauptmann hat eine schwere Situation gehabt, er ist auch an das Amtsgeheimnis gebunden, er muß vorsichtig sein, und er ist umso vorsichtiger gewesen, als der Bürgermeister von Judenburg damals am 15. November vom Balkon des Rathhauses eine Rede hielt, die nicht so objektiv gehalten war und nicht jenes Maß von Objektivität aufwies, deren Mangel mir der Herr Vorredner vorwirft. Der Bürgermeister von Judenburg hat eine Rede gehalten, in der er sagte (liest): „Früher hat es noch freiheitliche Bürger, Beamte und Lehrer gegeben. Wo sind die heute? Jedem, der sich nicht freisinnig nennt, dem müsse man ins Gesicht spucken.“ Wenn der Bürgermeister über einen Teil der Bürger sich so äußert, dann kann man sich nicht beschweren, wenn der Bezirkshauptmann bei solchen Amtshandlungen sich nicht an den Bürgermeister wendet. Ich möchte noch auf den Gendarmerie-Oberinspektor Meißner zu sprechen kommen, der dort oben einen sehr schweren Dienst hat. Er ist ein Beamter, der sich im Kriege ausgezeichnet hat, der im Burgenlande als einer der ersten erschienen ist und die Gendarmerie unter großen Gefahren geführt und sich eine schwere Verwundung zugezogen hat. Er ist immer bestrebt gewesen, die Gendarmerie zu jener hohen Pflichterfüllung zu verhalten und auf jener Höhe zu erhalten, wodurch sie sich früher ihren alten ehrwürdigen Namen erworben hat. Gerade sein Pflichteifer zeigt sich darin, daß er, wie er von den Angriffen und Beschuldigungen gehört hat, sich an das vorgesetzte Kommando gewendet und verlangt hat, daß der ganze Sachverhalt und die Vorwürfe zum Gegenstande eingehender Erhebungen und Klarstellung gemacht werden. Ich möchte mich bei Besprechung der Funktionäre im Prinzipie dagegen wenden, daß in allen solchen Fällen immer ein Verschulden jener Funktionäre zu konstruieren ver-



sucht wird, die in amtlicher Eigenschaft sind und, an ihre Amtspflicht und ihren Amts Eid gebunden, ihrer schwierigen Mission nachgehen müssen, ohne dabei irgend ein Sonderinteresse zu haben. Es wird nun in der Anfrage verlangt, daß die Beamtenschaft pflichtgemäß vorgehe und nach jeder Richtung objektiv. Das ist selbstverständlich, daß sie das tut und bedarf keiner näheren Aufforderung, und ich möchte gerade bei dieser Gelegenheit betonen und ich kann sagen, daß mir gerade die große Pflichttreue und Objektivität der steirischen Beamtenschaft im weitesten Sinne des Wortes die Durchführung meines Amtes wesentlich erleichtert hat. Deshalb ist es meine Pflicht, alle Vorwürfe, die mit Unrecht erhoben werden, zurückzuweisen und einen jeden, der seine Pflicht tut, in Schutz zu nehmen. Wo Übergriffe stattgefunden haben, da können Sie versichert sein, daß ich ihnen nachgehen und der erste sein werde, der diesen Sachverhalt klarstellen lassen wird. Es ist mir der Vorwurf mangelnder Objektivität gemacht worden bezüglich der Gosdorfer Fälle. Da sind die schuldtragenden Bauern gerade so wie hier verhaftet und mittels Automobilen nach Graz in der Nacht gebracht worden. Daß eine Abolition eingetreten ist, und die Gründe hiefür sind Ihnen gerade so bekannt wie mir, und Sie wissen, warum Sie diese Gründe widerspruchlos entgegengenommen haben. (Landeshauptmann-Stellvertreter P o n g r a h: „Bitte, sagen Sie, was war, wir wissen gar nichts, wir haben nicht verhandelt.“) Es sind auch andere Abolitionen in dieser Zeit vorgenommen worden, und da mußte die Staatsanwaltschaft auch ein paar Bauern die Abolition zugestehen, um die Sache gleichmäßig zu machen. (Landesrat R e s e l: „Wer hat die Abolition gehabt? Nur daß bei den einen der Tatbestand gegeben, bei den anderen aber nicht vorhanden war.“) Es ist mir auch vorgeworfen worden mangelnde Objektivität hinsichtlich eines Falles der Gendarmerie. Es ist mir vorgeworfen worden, daß ich bei der Gendarmerie einen Funktionär gehalten habe, der angeblich Monarchist ist. Es ist gesagt worden, daß er im christlichsozialen Parteilager ist. Ich bemerke, daß zwischen mir und dem Herrn Vorredner kein großer Unterschied in der Behandlung der Sache besteht. Ich kann versichern, daß ich keine Gesinnungsschnüffelei betreibe. Ich weiß von niemandem die Zugehörigkeit zu einer Partei, weil für mich das Maß der Pflichttreue entscheidend ist, nicht aber die Zugehörigkeit zu einer Partei. Daher bin ich auch nicht in der Lage, bei einer der verschiedenen Feuerspritzen ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Richtung festzustellen, ganz abgesehen davon, daß ich

noch bei keiner derartigen Feier dabei war. Ich glaube, wenn schon irgendwo nach der Gesinnung geforscht werden soll, wäre es besser, vom Nachgehen nach der Gesinnung nicht zu sprechen bei einer Partei, wo so viele christliche und nationale Arbeiter aus den Fabriken hinausgetrieben worden sind. (Lebhafte Bravorufe auf Seite der Christlichsozialen.)

Schließlich möchte ich noch die Frage bezüglich der Selbstschutzorganisationen besprechen. Um sie zu beurteilen, muß man, das hat auch der Herr Vorredner getan, auf die Zeit zurückgehen, in der diese Einrichtungen geschaffen wurden. Es war, wie Sie ja alle wissen, die Zeit des Umsturzes, bei der bewaffnete, verlässliche Ordnungsformationen gefehlt haben. Sie wissen alle, welche Teile der Bevölkerung sich zuerst bewaffnet haben, und es ist begreiflich, daß andere dabei nicht zur kurz kommen wollten. Wenn man bedenkt, welcher ungeheuren Schaden der Umstand, daß die ordnungsliebende Bevölkerung in Ungarn, Bayern und Rußland bei Ausbruch der Räte diktatur nicht bewaffnet und organisiert war, an Leben und wirtschaftlichen Gütern hervorgerufen hat, so muß man es begreiflich finden, daß diese ordnungsliebenden Elemente in anderen Ländern dadurch zur Vorsicht gemahnt wurden und, um sich zu verteidigen und ein solches Unglück von sich abzuwenden, rechtzeitig vorgesorgt haben, um abzuwehren. Dabei kann man sich gewisser Eindrücke nicht erwehren. Sie selbst haben darauf hingewirkt, daß ein Gendarm, der der kommunistischen Partei angehört, nicht in der Gendarmerie verbleiben könne und haben ihm einen Offizier, der einer anderen Gesinnung huldigt, entgegengestellt. Ich möchte auf etwas anderes hinweisen. Die bewaffnete Macht ist die Reichswehr. Ich stelle fest, ich habe früher vom Kommunismus gesprochen; ich stelle fest, daß ein wesentlicher Teil der Vertrauensmänner der Wiener Reichswehr der kommunistischen Partei angehört, deren Programm die Aufstellung der Räte diktatur beinhaltet. Wenn ich ausdrücklich betone, daß die steirische Reichswehr zu dieser Beschwerde keinen Anlaß gibt, so ist doch immer das gesamtstaatliche Bild bei der Beurteilung dieser Fragen vor Augen zu halten; denn ich glaube, die Verhältnisse haben sich durchgreifend geändert. Ich wünsche den Tag herbei, wo wir beide, der Herr Vorredner und ich, sagen können, die Verhältnisse sind so konsolidiert, daß die Bewaffnung von beiden Seiten überflüssig und unnötig ist. Der Tag muß aber erst kommen; und da müssen jene Elemente mit gutem Beispiel vorangehen,



die die Gewalttaten der letzten Zeit mitanzusehen Gelegenheit hatten.

Daß die Heimwehren und Selbstschußorganisationen nicht auf ungesetlicher Basis beruhen, hat neuerlich der hiezu berufene Minister des Innern ausdrücklich festgestellt. Wenn daher solche Organisationen sich den Organen der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung stellen und damit zum Ausdruck bringen, daß es ihnen nur darum zu tun ist, diese Organe bei Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit im Rahmen des Gesetzes zu unterstützen, so ist das nur anzuerkennen, und es sollte diesen Organen, die diese Unterstützung begrüßen, daraus kein Vorwurf gemacht werden, umso mehr, als dieses Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens dem vorzuziehen wäre, daß sich Organisationen bilden, die unabhängig und losgelöst von den Organen der öffentlichen Ordnung bestehen. Sie haben mir vorgeworfen, daß ich bei den Regierungsgeschäften in der Burg geradezu autokratisch vorgehe. Es ist aber gerade auf mein Betreiben hin eine Bestimmung getroffen worden, die das Recht gibt, in Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung die Landesregierung zu befragen, und Sie müssen wissen, daß ich in einem Falle der letzten Zeit bezüglich der Gemeindeautonomie von diesem Rechte, das keine Pflicht ist, Gebrauch gemacht habe. Sie wissen genau, daß ich mich in wichtigen Fragen immer wieder mit den Landesräten bespreche, und ich habe, ich betone es ausdrücklich, auch von Ihnen manchen wertvollen Rat erfahren und benützt und werde es selbstverständlich auch in Zukunft tun. Wie war der vorliegende Fall? In diesem hat die Staatsanwaltschaft, also ein Organ der Gerichtsverfassung, sich an die Gendarmerie um Durchführung einer bestimmten Verhaftung gewendet. Das ist kein Fall einer Entscheidung, es war ein Fall, der eine Selbstverständlichkeit involviert. (Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz: „Juristisch schon!“) Sie erheben da einen Vorwurf; durch den Hinweis „juristisch“ stellen Sie einen Gegensatz auf zwischen der juristischen Seite und der praktischen Seite. (Präsident Regner: „Gottes Wort und Juristenstreik dauern fort in alle Ewigkeit!“) Meine Herren und Damen! Es hat schon der Herr Vordredner betont, wir leben fürwahr in einer schweren Zeit, und ich glaube, wir sollen alle zusammenarbeiten in dem Wunsche, durch Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die Grundlagen zu schaffen, aus denen dieser Staat aus seinem Verfall und unser Volk aus seiner drückenden Not herausgehoben werden kann. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Präsident Kölbl: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Enferer zum Worte gemeldet; ich erteile ihm dasselbe.

Abgeordneter Enferer: Hoher Landtag! Die Ausführungen des Herrn Landesrates Machold veranlassen mich zu einer tatsächlichen Berichtigung. Die Ausführungen des Herrn Landesrates basieren auf den Ausführungen des „Arbeiterwille“, der am letzten Donnerstag in einem Berichte des Nationalrates Dr. Eisler auch das brachte, was Landesrat Machold im hohen Hause zur Sprache gebracht hat, nämlich, daß in Leoben sich sehr schwere Studentenkrawalle ereignet haben, daß es zu Verhaftungen gekommen, die Wachtube demoliert worden sei und die Wachleute verprügelt worden seien. Ich muß entschieden dagegen Stellung nehmen und an der Hand des Aktenmaterials richtigstellen, daß es sich weder um die Demolierung der Wachtube, noch um die Verprügelung der Wachleute handeln könne, sondern daß es sich lediglich gehandelt hat um Ruhestörungen singender Studenten, die von der Wache aufgefordert wurden, sich ruhig zu verhalten und, nachdem sie das nicht getan und die Abgabe des Nationalen verweigerten, für verhaftet erklärt wurden. Der vernünftigen Intervention des Professors Hofrates Bauer war es zu verdanken, daß die Studenten rechtzeitig zu einem Einsehen gekommen sind, der Aufforderung, sich zu legitimieren, Folge geleistet haben und daher ordnungsmäßig entlassen wurden. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen. Des weiteren erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß ich als Bürgermeister der Stadt Leoben bereits in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am Freitag Gelegenheit nehmen mußte, die Richtigstellung des Berichtes des „Arbeiterwille“ vorzunehmen. Ich kann feststellen, daß Ihr eigener Parteigenosse, Nationalrat Schlager, erklärte, er habe im Nationalrate ausgeführt, daß auf den Ruf: „Burschen heraus!“ nur 60 und nicht 600 Studenten auf dem Hauptplatze erschienen wären, er wisse nicht, wieso es dazu gekommen sei, daß im „Arbeiterwille“ von einer Zahl von 600 Studenten gesprochen wurde. Er werde die entsprechende Richtigstellung veranlassen. Das, bitte ich, in dieser Sache zur Kenntnis zu nehmen.

Landesrat Dr. Hübler: Hohes Haus! Gestatten Sie, daß ich im Namen der großdeutschen Volkspartei unseren Standpunkt zu den Judenburger Vorfällen kennzeichne. Herr Landesrat Machold hat als Sprecher der sozialdemokratischen Partei erklärt, die Judenburger Vorfälle seien eine harmlose Demonstration gewesen, in der Absicht, zu zeigen, daß die



Sozialdemokraten „auch noch da“ seien. Ich möchte über die Harmlosigkeit dieser Demonstration mich nicht in ein Langes und Breites einlassen. Ich weiß nicht, ob ich es für harmlos ansehen würde, wenn in meine Wohnung zur Nachtzeit bewaffnete Arbeiter eindringen und eine Hausdurchsuchung vornehmen würden. Der Ausdruck harmlos erscheint mir reichlich schwach für dieses Vorgehen. Diese Vorgänge waren nicht eine Demonstration, um zu zeigen, daß „auch noch“ Arbeiter oder Sozialdemokraten da sind, sondern um zu zeigen, daß in Obersteiermark nur Sozialdemokraten und nur Arbeiter da sind. Judenburg ist nur ein Symptom, das ebenso gut Bruck, Kapfenberg, Zeltweg oder Fohnsdorf heißen könnte. Wenn ich zurückgreife auf die Ereignisse des letzten Jahres, so ist gerade aus nationalen Kreisen in Obersteiermark ein einziges Klagegedicht über eine Reihe von sozialdemokratischen Terrorakten zu hören, welche die nichtsozialdemokratische Bevölkerung der Obersteiermark zu einer Art zweiten oder dritten Grades von Bürgern im Staate stempeln. Ich stelle fest, daß in Kapfenberg noch kein nationales Turnfest gefeiert werden konnte, Kapfenberger und Brucker Geschäftsleute dem unerhörtesten Terror seitens sozialdemokratischer Arbeiter ausgesetzt sind. In Kapfenberg sollte beispielsweise ein Bäckermeister durch einen Boykott gezwungen werden, sein Geschäft an einen sozialdemokratischen Betrieb zu verpachten; die Akten hierüber liegen noch bei mir. Es ist ferner vorgekommen, daß man vor einem Kaufmannsgeschäfte demonstriert hat, weil die Arbeiterschaft darüber empört war, daß der Geschäftsmann ein Stück Leinwand angeblich zu einem höheren Preise verkauft hätte, als ihm zustand. Durch einen Aufmarsch der Arbeiterschaft ist dort die Schließung des Geschäftes erzwungen worden, und die Gendarmerie, ein schwacher Posten, der zum Schutze, zur Sicherheit des Eigentums aufgezo-gen war, ist durch die Masse zum Abzug gezwungen worden. Das ist die wirkliche Atmosphäre, die heute in Obersteiermark herrscht, und die sachlichen, ruhigen Worte des Herrn Landesrates Machold kontrastieren auf das stärkste mit den Vorgängen in Obersteiermark, denn dort herrscht tatsächlich die rote Parteidiktatur. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn bei solchen Anlässen dann die Arbeiterschaft die Sicherheitsorgane dieses Staates, die Gendarmerie beschimpft und zum Abzuge zwingt, wie es auch in Köflach der Fall war, dann wundern Sie sich darüber, wenn die ganze Bevölkerung der Auffassung ist... (Abgeordneter Pichler: „Gosdorf!“) Herr Bürgermeister, ich bitte, nur ruhig zu sein, Sie

kommen auch noch daran, daß doch endlich einmal in diesem Staate gezeigt werden muß, daß kriminalistische Vergehen auch dann nicht ungeahndet bleiben, wenn der Vollführer zufällig ein Sozialdemokrat oder sogar ein sozialdemokratischer Vertrauensmann ist. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es hat sich ja, wie ich höre, ein hervorragender Jurist Ihrer Partei, Dr. Eisler, dahin geäußert, daß die betreffenden Herren als Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei immun und daher nicht zu verhaften gewesen wären. (Zwischenrufe: „Das ist nicht wahr!“) Diese Auffassung können wir natürlich nicht teilen; aber wenn den Herren von der sozialdemokratischen Seite diese Aufzählungen unangenehm sind (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. — Präsident gibt das Glockenzeichen), so kann ich ja zur Charakterisierung einiges anderes erzählen. Der Herr Kollege Machold hat uns von der Führung durch die „besonnenen“ Vertrauensmänner, nämlich Chalupka, erzählt, der der Hauptanführer gewesen ist. Nun, ich habe von einem einwandfreien Ohrenzeugen eine Rede des Herrn Chalupka, der wie schon der Name sagt, zur Führung der deutschen Arbeiterschaft in Judenburg „berufen“ erscheint, wiedergeben gehört (Landesrat Resel: „Er ist ein besserer Deutscher wie Sie!“ — Widerspruch, Lärm. — Präsident gibt das Glockenzeichen), die er am Rückwege vom Bahnhofe nach der Entlassung beim Siegeszuge gehalten hat. Ich gebe zu, daß man auf dem dortigen Boden eine etwas hemmungslosere Sprache führt als hier Herr Kollege Machold, auch sonst ein ruhiger Vertreter seiner Partei. Dieser Chalupka hat u. a. gesagt: „Die zwei Spitzeln müssen noch ‚hängen‘ oder ‚bleich gemacht werden‘, es muß noch Bürgerblut fließen, der Tag der Rache wird kommen, das war erst der erste Anfang. Die ‚Schandinger‘ und Spitzeln gehören zusammengefangen. Wir werden nicht ein zweitesmal dieses Experiment mitmachen, weil ich weiß, daß die gesamten Genossen hinter mir stehen, um mich zu befreien.“ Das zur Charakterisierung, wie ruhig sich Bauern und Bürger den Hausdurchsuchungen dieses Herrn Chalupka und Genossen anvertrauen können. (Widerspruch.) Nun, es wird ja der Herr Präsident Regner Gelegenheit haben, zur Sache Stellung zu nehmen. Denn ich habe hier ferner einen Bericht von einem Ohrenzeugen einer Rede des Herrn Bürgermeister Regner, in welcher er seine volle Objektivität als Bürgermeister entfaltet, welche Rede ja auch im „Grazer Volksblatt“ abgedruckt ist und folgendermaßen lautet (liest): Wir werden auch die



Arbeiter bewaffnen, aber nicht mit Gewehren, sondern mit Hundspeißen, damit sie jeden von dem bürgerlichen und bäuerlichen Gesindel und diesen Hakenkreuzlern mit Striemen blau und grün kennzeichnen, damit die Genossen, wenn sie sich auf der Straße zeigen, wissen, daß er nicht ein Genosse ist, sondern diesem Gesindel angehört. Wir haben heute einen Sieg errungen, aber dieser Sieg ist noch nicht vollständig, er ist erst vollständig, wenn wir in Judenburg die vertrieben haben, die diese Schmach über uns gebracht haben. Schlußwort: „Obersteiermark ist rot und werden wir sorgen, daß es rot bleibt, genau so, wie die Republik rot ist und rot bleiben wird.“

Der Herr Präsident *Regner* wird ja Gelegenheit haben, zu diesen Ausführungen Stellung zu nehmen, um zu sagen, was er zugibt und was nicht.

Nun, verehrte Anwesende, das ist die Stimmung, die aus den vielen Reden in sozialdemokratischen Versammlungen in der Obersteiermark zum Ausdruck kommt: daß in Obersteiermark die Sozialdemokratie herrscht und die anderen zu kuscheln haben! Wundern Sie sich daher nicht, daß, wenn Haß gesät, dann einmal ein Sturm geerntet wird. Wenn Herr Landrat *Machold* an das Verantwortlichkeitsgefühl des Hauses appelliert, dann mögen die Herren zur Rechten an die eigene Brust klopfen und sich fragen, warum sie bei ihren Hehern in Obersteiermark, den Führern dritten und vierten Grades, nicht rechtzeitig Ordnung gemacht haben. Die sozialdemokratischen Massen in Obersteiermark wollen heute kein Gesetz über sich gelten lassen und sind jederzeit bereit, einem ordnungsmäßigen Gerichtsverfahren Widerstand entgegen zu setzen; das hat sich auch in Köflach am deutlichsten gezeigt. Alle, die auf dem Boden von Gesetz und Wiederaufbau stehen, müssen es begrüßen, daß endlich einmal dem Rechte sein Lauf gelassen wurde. Denn es ist kein Rechtsstaat, wenn irgend eine Masse sich einer ordnungsmäßigen Verhaftung widersetzt, die rechtmäßig vollzogen wird. (Zwischenruf des Landeshauptmann-Stellvertreters *Pognraß*.)

Wenn vorher gesagt wurde, daß bei den Verhaftungen auf die politischen Auswirkungen hätte Rücksicht genommen werden müssen, so muß ich betonen, daß ein Sprichwort sagt: „Fiat justitia, percat mundus!“ „Es geschehe Gerechtigkeit, auch wenn die Welt zugrunde geht!“ Wir wollen diesen Grundsatz nicht überspizen, aber wir haben so unter der Rechtlosigkeit in Obersteiermark gelitten, daß es die höchste Zeit ist, zu zeigen, daß Recht über Terror geht. (Leb-

hafter Beifall.) Was nun die Art der Verhaftung betrifft, so ist ja ausführlich betont worden, daß für Verhaftung und Transport die Nacht deshalb gewählt wurde, weil man gewußt hat, daß bei Tag die Verhaftung nur neue Beunruhigung hervorgerufen hätte, welche man vermeiden wollte. Dazu haben Sie die Arbeiterschaft nicht erzogen, daß sie die Verhaftung, wenn sie noch so legal vollzogen worden wäre, vor sich hätte gehen lassen. Es ist in den Einzelheiten der Verhaftung vieles übertrieben worden; ich habe gehört, daß die Verhafteten beispielsweise mit Decken versehen worden sind und daß zur Erleichterung alles geschehen ist, was geschehen konnte. Hohes Haus! Ich habe betont, daß diese Stimmung des Hasses gegenüber den bürgerlichen Schichten der Bevölkerung und her aus diesem Haße entspringende Terror die Ursache ist, daß Obersteiermark nicht zur Ruhe kommen kann. Daß aber die Studentenschaft herhalten mußte, um irgendwie einen Ausweg aus dieser Klemme für die Sozialdemokraten zu finden, ist sehr bezeichnend. Ich habe die Ausführungen des Herrn Dr. *Eisler* über die deutsche Studentenschaft, die an Gehässigkeit und Unwürdigkeit nicht übertroffen werden können, bereits genügend gekennzeichnet, so daß ich mich mit den Ausführungen dieses Herrn nicht mehr zu beschäftigen brauche. Es haben uns die sachlichen Ausführungen meines Kollegen *Enferer* überzeugt, mit welcher Gehässigkeit alle Vorgänge, die sich im bürgerlichen Leben abspielen, von den Sozialdemokraten beobachtet werden. Wir dürfen uns daher bestimmt nicht wundern, wenn die Bürgerlichen von Seite einer sozialdemokratischen Selbsthilfe, als welche der Fall Judenburg dargestellt wird, keine Gerechtigkeit, kein Erbarmen und keine Schonung erwarten können, wenn sich die Bürgerlichen diesen Terrorakten wehrlos ausgeliefert fühlen. Wenn dann aus der Erkenntnis dieses unverföhnlichen Hasses gegenüber den Bürgerlichen eine Gegenbewegung, wie die des Selbstschutzes und der Heimwehren entstanden ist, die sich auf legalem Wege der Staatsautorität und den Staatsorganen zur Verfügung stellt, finden wir das nur selbstverständlich. (Abgeordneter *Regner*: „Hakenkreuz.“) Was das Hakenkreuz betrifft, so ist es das allgemeine Zeichen der deutschen und arischen Volkzugehörigkeit, verehrter Herr Kollege *Regner*. Nachdem wir keinen Zionsstern fragen, sondern das Hakenkreuz, muß ich es dem Geschmacke der anderen Seite überlassen, sich lieber einen Zionsstern anzuflicken. Wir lassen uns sowohl unsere Ansichten als schließlich auch unser national-arisches Abzeichen durch



politische Unterstellungen nicht vereiteln. Zum Schlusse möchte ich noch einmal erklären: Es ist von der sozialdemokratischen Partei unser Verantwortungsgefühl aufgerufen worden. Das haben wir in mindest demselben Maße, wie die Herren Sozialdemokraten. Würden Sie im eigenen Lager Vorsorge dafür treffen, daß der Sinn für Recht und Gesetz erstarkt, dann hätten Sie es nicht notwendig, sich über die Judenburger Vorfälle zu beklagen und dagegen Stellung zu nehmen. Im übrigen erkläre ich im Namen meiner Partei, daß wir uns hinter das vollkommen korrekte Vorgehen der Regierung anlässlich der Judenburger Vorfälle stellen. (Beifall bei den Großdeutschen, Bauernbündlern und Christlichsozialen.)

Präsident Regner: Hohes Haus! Die Ausführungen meines geehrten Herrn Vorredners machen den Eindruck, als wenn unsere Partei heute in den hohen Landtag gegangen wäre, um zu bitten, daß man mit uns Nachsicht haben solle. Ich möchte eine solche Anschauung zurückgewiesen wissen. Wir sind nicht in das hohe Haus gekommen, um zu bitten, Mitleid mit uns zu haben, sondern auch wir stehen auf dem Standpunkt: Recht für Recht. Wir wollen nicht bitten und wir brauchen es auch nicht. Gestatten Sie, daß wir der Auffassung, die Sie haben, die Auffassung der Arbeiter gegenüberstellen. Wir haben keine Ursache, hier mit gebeugtem Rücken zu erscheinen und wenn Sie es für richtig halten, daß die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft bei Nacht und Nebel aus ihren Betten herausgeholt wurden, so werden Sie uns das Recht nicht nehmen können, daß wir darüber unsere Anschauung zum Ausdruck bringen. (Große Unruhe. — Widerspruch.) Ich möchte nur auf folgendes verweisen. Der Herr Landeshauptmann hat es für gut befunden, auf die Ausführungen meines Herrn Kollegen Machold zu erwidern, um dabei aufzuzeigen, daß der Vorfall in Judenburg ein Waffenraub gewesen sei. Verehrte Anwesende, ich muß bekennen, daß es der Arbeiterschaft von Judenburg gar nie eingefallen wäre, nach Waltersdorf zu gehen, wenn nicht der Ingenieur in Waltersdorf erklärt hätte, um 7 Uhr kommen die Bauern zusammen, damit die Waffen verteilt werden. Das ist keine Provokation? Wenn der Herr Landeshauptmann auf die Auffassung des Bundesministers verweist, dann möchte ich ihm seine eigenen Verordnungen vor Augen führen, zum Beispiel den Erlaß vom 10. August 1921, der mir als Bürgermeister zugegangen ist und in welchem die Bürgermeister angewiesen werden, die Abnahme der Waffen unter eigener Verantwortung durchzuführen, in welchem

Erlasse verwiesen wird auf die Beschlüsse des Friedensvertrages von St. Germain und wir darauf aufmerksam gemacht werden, unter allen Bedingungen den Anordnungen und Aufforderungen der Behörde Rechnung zu tragen, die Waffen einzusammeln, so daß niemand mehr Waffen im Besitze haben darf. Herr Landeshauptmann, diese Akten sind von Ihnen unterschrieben. Sie haben von uns, den Bürgermeistern, verlangt, daß wir uns dieser Pflicht nirgends entziehen und derselben überall nachkommen. Ich möchte nun den Herrn Landeshauptmann fragen, ob er selbst seiner Pflicht wirklich so bewußt ist im Sinne dieser Verordnung, daß er veranlaßt hat, daß niemand Waffen trägt, außer demjenigen, der dazu legitimiert erscheint? Ist es dem Herrn Landeshauptmann bekannt, daß der Gendarmeriekommandant in Unzmarkt trotz Einspruches am 21. Oktober Waffen an die bäuerliche Bevölkerung ausgeteilt hat? Ist es dem Herrn Landeshauptmann bekannt, daß der Herr Bezirkshauptmann in Murau an einem bestimmten Tage, am 14. November, das Lastenautomobil der Stolzalpe herunterholen ließ, es mit 35 Heimwehrmännern besetzte und nach Judenburg gesendet hat? Ist das ein Beamter, der die Legalität des Staates aufrecht hält, wenn er ein Landesauto dazu verwendet, um Heimwehrmännern, die ihre Waffen illegal getragen haben, nach Judenburg zu dirigieren, um gegen die Arbeiter aufzutreten? Man darf sich nicht so prozig hinstellen, wenn man solche Dinge tut und zu verantworten hat. Als ich in der Frühe nach Judenburg kam, und mich durch die Gendarmerie durchgerungen (Abgeordneter Dr. Enge: „Wer ist denn in Felzbach vor den Gewehren gestanden? Der Dr. A h r e r.“) und gefragt habe, warum die Arbeiter, die um 6 Uhr früh aus der Fabrik gekommen sind, jetzt noch auf der Straße stehen müssen und nicht in ihre Wohnung gehen können, als ich gefragt habe, warum die Brücke abgesperrt wurde, als ich den Herrn Regierungsrat K ö n i g s b r u n n gebeten habe, ziehen Sie doch die Gendarmerie ab, damit die Leute nach Hause gehen können, da hat er mir erklärt, dazu sei er nicht befugt. Ich habe gefragt, wer ist denn dann dazu befugt und habe zur Antwort erhalten: „Der Gendarmeriekommandant.“ Der Oberinspektor Meißner kommt hinzu und ich ersuche ihn. Er erwidert: „Dazu bin ich nicht befugt, sondern der Herr Regierungsrat.“ Das sind doch Kindereien bei einem so ernstern Vorfall, daß man mit uns so spielt. Und es ist trotzdem nichts geschehen, Herr Landeshauptmann, trotzdem die Gendarmerie abgezogen wurde. Die Leute sind ganz ruhig



nach Hause gegangen, nicht so, wie dann die Sache aufgebauscht worden ist. Natürlich, man braucht solche Argumentationen und wenn kein Tatbestand da ist, so muß man ihn künstlich schaffen. Es wurde betont, daß die Beamten Meißner und Königsbrunn sehr objektiv sind, und der Herr Landeshauptmann hat gesagt, daß der Herr Oberinspektor verlangt hat, daß die Untersuchung gegen ihn eingeleitet wird. Wir sind damit vollständig einverstanden. Ich glaube aber kaum, daß die Sache bezüglich der andern Schuldtragenden in Murau usw. damit so glatt erledigt sein soll. Wenn die nicht die Untersuchung gegen sich selbst verlangen, dann muß sie der Herr Landeshauptmann verlangen. Solche Dinge kann man nicht dulden. Da ist eine Provokation vorgekommen und provozieren soll man nicht. Die Situation ist viel zu ernst und wenn der Herr Landesrat Dr. Hübler meint, er stelle sich vollständig auf die Seite des Rechtes und Gesetzes, so erklärt er sich auch damit einverstanden, daß diese Leute bei Nacht und Nebel weggeschleppt wurden. Es ist gut, daß wir diese Auffassung des Herrn Landesrates Dr. Hübler in der Besprechung dieser Angelegenheit auch kennen gelernt haben. Ich möchte aber sagen, weil er meint, der Bürgermeister von Judenburg hätte durch seine Rede provoziert, daß die Sache nicht so war, wie sie Dr. Hübler darstellte. Der Bürgermeister hat das nicht in der Form gebracht, wie es Dr. Hübler sagt, er hat nicht die Gesamtheit der Bürgerlichen gemeint, er hat nur auf die einzelnen Auswüchse verwiesen und hat gemeint, daß diese, für jeden Stand, einen Skandal bedeuten. Und darin hat er Recht gehabt. Wenn der Herr Landesrat Doktor Hübler die Begrüßungsrede des Chalupka erwähnt hat, so möchte ich sagen, Chalupka ist ein Name, der zufällig böhmisch klingt, aber das ist eine reine Zufälligkeit. Ich möchte da sagen, daß Chalupka in seiner Begrüßungsrede darauf verwiesen hat, daß die Versuche, ihn von Judenburg abzuführen, nicht geglückt sind, daß er zurückgekehrt sei und seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Wer dem Herrn Landesrat diesen Bericht gesendet hat, weiß ich nicht, ich würde jedoch dem Herrn Landesrat raten, wenn er solche Berichte entgegennimmt, sie nicht ohne Prüfung im offenen Hause vorzubringen, denn sonst könnte er nur allzuleicht in den Geruch jener Leute kommen, die man auf gut deutsch mit Haberlump bezeichnet. Herr Landesrat Dr. Hübler hat es auch für gut befunden, mich hier zu zitieren, und hat dabei auf das „Volksblatt“ verwiesen, welches doch kaum sein Leitblatt geworden sein dürfte. Er hat die Sonntags-

nummer des „Volksblattes“ hier erwähnt, in der ein Teil meiner Ausführungen herausgerissen wurde, dazu noch vollständig unrichtig, unter Weglassung ganz bestimmter Momente. Es war an jenem kritischen Tage, wo die Arbeiterschaft sich in äußerster Erregung befand und wo wir zur Arbeiterschaft gesagt haben: „Was wollt Ihr denn mit Eurer Bewaffnung, nehmt doch eine Hundspeiße und verhaßt diejenigen, die Euch provozieren und Euch dazu drängen wollen, Waffen zu gebrauchen!“ Das klingt wohl ganz anders, als im „Volksblatt“ zu lesen war, daß ich gesagt hätte, man soll die ganzen Bürger und Bauern mit der Hundspeiße bearbeiten. Ich bin der Überzeugung, an diesem kritischen Tage hat man an Judenburg kennen gelernt, wie in Wirklichkeit die Situation ist. Wir müssen sagen, bei uns oben kommen wir mit unseren Bauern ganz gut aus. Unsere Bauern brauchen keine Heimwehren. In unserer Umgebung hat es überhaupt noch keine Heimwehrausrückung gegeben. Die hat es nur bei Herrn Kollegen Hartleb gegeben, der glaubt, weil er schon im Kriege nicht berühmt wurde, so wird er jetzt General werden, wenn er die Heimwehr anführt. Wir haben gelegentlich der Verhandlungen die Wahrnehmung gemacht, daß uns die bäuerliche Bevölkerung ganz erstaunt gefragt hat: „Ja, was ist denn los, was sollen wir denn tun?“ Wenn einer ein wirklicher Bauer ist, so wird der sagen, daß bei unserer bäuerlichen Bevölkerung keine Luft vorhanden ist, vom Hause und den heimischen Fleischtöpfen fortzugehen. Der Bauer will daheim bleiben und nicht hinausgehen und wieder Krieg führen. Sie haben gefragt: „Was ist denn los, wohin sollen wir denn gehen, wohin sollen wir denn geführt werden und was soll denn überhaupt geschehen?“ Also Sie sehen, so schlimm ist die Geschichte nicht, wie sie jetzt aufgebauscht wird. Wir haben schon die Wahrnehmung gemacht, wer dort oben zum Krieg heßt. Das sind nicht die Leute aus dem Bauernstande, sondern es sind bei uns die Advokaten, die in den Städten sitzen, es sind die Großgrundbesitzer. Das sind die Berater und Führer der Heimwehren.

Bei uns sind es die Advokaten, die in der Stadt sitzen, die sind die Heimwehrführer, sie sind die Berater der Grundbesitzer, sie sind es, die hinausgehen zu den Bauern, die ihnen willig folgen, nicht die kleinen, sondern die großen; das haben wir bei uns wahrgenommen. Mit Leuten aus dem Bauernstande war ein leichtes Verhandeln, aber mit den Advokaten war nicht zu reden, die wollten Krieg haben. Alles, was in Judenburg geschehen ist, war von Anfang bis zum



Ende bestellte Arbeit (Widerspruch.), das war von Anfang bis zum Ende genau ausgedacht, und wir werden Gelegenheit haben, in allernächster Zeit aufzuzeigen, was für eine lumpige Gesellschaft dahintergestanden hat, um die ganze Tätigkeit im Judenburg Bezirke durch Monate vorzubereiten. Schon haben wir die kleinsten Fäden in der Hand, wir werden nicht versäumen, Sie darauf aufmerksam zu machen, beklagen Sie sich dann nicht, wenn Sie Leute darunter finden, welche auf dem Standpunkte stehen, daß sie weiß Gott was für brave Republikaner sind. Wir werden Gelegenheit haben, solche Leute der Öffentlichkeit preiszugeben. Wir erinnern uns noch, wie die Großdeutschen seinerzeit entsetzt gewesen sind, wie die Christlichsozialen ihre Heimwehren aufgebaut haben, wie sie damals zu uns gekommen sind, um uns mitzuteilen, daß die christlichsozialen Bauern die Heimwehren schaffen und sich die Waffen nicht wegnehmen lassen — vielleicht sind die Flugblätter noch in Erinnerung — und wir haben sie gewarnt vor den christlichsozialen Heimwehren. Vielleicht wissen Sie das nicht, weil Sie in Graz sitzen und sich um die obersteirischen Verhältnisse nicht kümmern, wohl aber um den „obersteirischen Terror“. Es wird immerwährend vom roten Terror im Oberlande gesprochen, weil sich der Arbeiter oben, dieser schmierige, schmutzige Arbeiter . . . (Rufe: „Wer redet so?“), wir kennen Ihre Ausdrucksweise, das ist die Verhetzung der Arbeiter im Oberlande. (Landesrat Dr. Hübler: „Das ist politische Demagogie, schämen Sie sich!“) Demagogisch nennen Sie es, wenn Sie unsere Arbeiter oben verhöhnen? Das ist keine Demagogie, wenn Sie hinaufkommen und die Leute zum Widerstand gegen uns gehetzt werden? (Widerspruch.) Wer hetzt? Sie sagen, wir sind die Hetzer. Das, was sich bei uns ereignet, das hat sich auch im Unterlande in gleicher Form ereignet; ereignete sich auch in der Oststeiermark, aber da draußen haben Sie Nachsicht, weil es Parteifreunde der Christlichsozialen sind, da haben Sie kein Auge dafür. Aber im Oberlande, wo sich der Arbeiter auf seine demokratischen Rechte stützt und sich diese nicht wegnehmen lassen will . . . (Präsident Dr. Dankine: „Wenn der Selzthalter Arbeiterrat Exekutionen verhindert, was ist das? Das ist aktenmäßig nachgewiesen.“) Verehrter Herr Doktor, Sie sollen nicht immer das sagen, was der einzelne Unvernünftige tut, Sie könnten dann auch einen Vorwurf machen, wenn ein einzelner Arbeiter einen Wilddiebstahl begeht. (Präsident Dr. Dankine: „Das war kein Wilddiebstahl. Das war der Arbeiterrat von

Selzthal.“) Wenn Sie für jede derartige Tat die ganze Partei verantwortlich machen wollen, dann müßten wir einen sehr großen Kataster haben, um festzustellen, was jeder einzelne Arbeiter unternimmt. Es ist vollständig unrichtig, wenn gesagt wurde, es ist nicht allein der Anfang gewesen, was Judenburg gezeitigt hat, sondern das ganze ist zurückzuführen auf die Fahnenweihe und auf die Köflacher Vorfälle. Bezüglich der Verhaftungen möchte ich bemerken, Herr Landeshauptmann, Sie wissen es ganz gut, daß in allen Fällen, wo Sie sich an die Vertrauensmänner gewendet haben, Sie noch nie abgewiesen worden sind, wenn Sie nicht selbst dabei ein Interesse haben, sich als starken und großen Mann aufzuspielen. Sie sind von uns auch noch nie weggegangen, wenn Sie von uns etwas verlangt haben. Es wurde mit uns verhandelt, und man kann mit uns sprechen, aber man darf nicht auf dem Standpunkt stehen, ganz einfach von vorneherein zu dekretieren. (Landesrat Riegler: „Es hat sich gezeigt, wie man mit Ihnen reden kann.“) Herr Landesrat Riegler, Sie wissen es am besten, daß man mit uns gut reden kann. (Landesrat Prisching: „Ich verstehe.“) Sie verstehen, Herr Landesrat Prisching! Es ist deshalb unrichtig, wenn man glaubt, daß man der Arbeiterschaft imponiert, wenn man sie in einer solchen Weise behandelt. Der Herr Landesrat Machold hat gesagt, durch solche Mittel, alles parteimäßig aufzuzäumen und parteimäßig hinzustellen, werde es unmöglich sein, zu verhindern, daß sich Vertrauen in Mißtrauen umwandelt, und darum möchte ich zum Schlusse sagen, solche Dinge sollen sich nicht wieder ereignen. Wir sollen trachten, einen Weg zu finden, auf dem sich die gesamte Bevölkerung in dieser schweren Zeit das Leben gegenseitig ermöglicht, aber nicht den Gegenstand der Verhetzung in der Form bildet, wie es hier durch die Aufzäumung, die nicht berechtigt ist, geschieht. Darauf möchte ich noch verweisen und den Herrn Landeshauptmann bitten, in der Richtung auch zu sagen: mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa. Vielleicht ist es für ihn vernünftiger als für uns. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ruhigen Ausführungen des Herrn Landesrates Machold zum Unterschied von den lektgehörten, geben mir zweifellos das Recht, in dieser Frage, die sich eigentlich nicht nur um Judenburg bewegt — denn so wäre sie falsch aufgezäumt — etwas tiefer zu schürfen, und wenn ich dies tue, komme ich zu dem



Gesichtspunkte: Es birgt sich hinter dieser Debatte, soweit die sozialdemokratischen Redner in Betracht kommen, etwas, das ist eine dunkle Wand, dadurch gebildet, daß die heutigen sozialdemokratischen Führer und die Sozialdemokraten überhaupt sich in einer schweren Situation befinden, in erster Linie in einer ungeheuren schweren parteipolitischen Situation. Die Gründe hiefür sind gelegen in der ungeheuerlichen wirtschaftlichen Notlage, unter der wir heute zu leiden haben und der auch schließlich und endlich die Industrie nicht entkommen konnte. Die Gründe hiefür sind aber auch auf politischem Gebiete gelegen. Ich will nicht detaillierter ihren ganzen Kampf gegen das Sanierungsprogramm prüfen, das ist heute nicht unsere Sache, aber eines muß ich bei dieser Gelegenheit konstatieren, und das ist die Antwort auf die Frage, warum wir soweit gekommen sind. Und da, Hohes Haus, muß ich wohl als ersten Hauptgrund das eine anführen, daß die furchtbaren Friedensverträge es sind, die uns so tief gestürzt haben, auf der einen Seite, daß aber zum großen Teil die Sozialdemokratie die Schuld trägt an diesen heutigen Verhältnissen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Hohes Haus! Wenn Sie von dem Sozialisierungswahnsinn angefangen, den Weg bis zum Finanzplan der Sozialdemokratie im letzten Jahre durchgehen, so muß man sagen, daß dazwischen viel von Erkenntnis liegt, wenn auch noch nicht aller Erkenntnis. Auf dem wirtschaftlichen Gebiete haben sich die Theorien der Sozialdemokratie als falsch erwiesen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Hinsichtlich des politischen Bildes, das hinter dieser Debatte steht, möchte ich nur einen Punkt anführen, der heute in der Debatte fortwährend übergangen wurde. Es ist in dieser Republik, die sich Österreich nennt, heute Sitte, daß das bloße Auftreten der Gendarmerie oder der Wehrmacht schon als Provokation aufgefaßt wird, und mit diesem Uebelstande muß einmal aufgeräumt werden. Ich möchte einen Appell richten an die sozialdemokratische Partei nach der Richtung, Hohes Haus, daß gerade die Arbeiterschaft sich endlich einmal darüber klar sein muß, daß, wenn Gendarmerie irgendwo hingegeben wird, sie nur ihre Pflicht tut und den beschworenen Diensteid erfüllt und daß das keine Provokation sein kann.

Wenn heute über die Heimwehren gesprochen wurde, so wäre vielleicht die Gelegenheit, das Programm derselben zu entwickeln. Aber die Heimwehren selbst und alle jene Dinge, die nicht von gestern auf heute aus dem Boden gewachsen sind, habe ich jedoch schon voriges Jahr ausführlich gesprochen und kann

mit dies daher heute ersparen. Ich brauche nicht bei dieser Gelegenheit hinweisen auf die Streiks, die wir in der letzten Zeit zu erdulden gehabt haben und die Teuerungskrawalle in Wien, welche den tschechoslowakischen Glasfabrikanten ein schönes Stümmchen verdienen ließen. Ich brauche nicht hinzuweisen auf die Streiks und schweren Terrorfälle in Eberpassing, in Meidling, in Wiener-Neustadt, möchte auch nicht hinweisen auf den verletzten Bezirkshauptmann von Steyr und den schwerverletzten Bezirkshauptmann in Köflach, auf den Sturm auf das Parlament, ja auch nicht auf den Aufmarsch der Ordnerformationen, der gestern in Wiener-Neustadt stattgefunden hat. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nur etwas zur Kenntnis bringen, das ist die Resolution des sozialdemokratischen Parteitagcs am 27. November 1921, und zwar des sozialdemokratischen Reichsparteitages, welche lautet (liest): „Wenn die Vertretung des Proletariats auch im Parlament eine Minderheit ist, so verfügt das Proletariat doch über außerparlamentarische Mittel, die hinreichen, jede bürgerliche Regierung zu stürzen.“ Hohes Haus! Das allein genügt und ich brauche eine weitere Begründung für die Notwendigkeit der Heimwehren in diesem Sinne absolut nicht mehr, ich kann sie mir ruhig ersparen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Was nun den Fall in Judenburg anbelangt, so muß ich bei dieser Gelegenheit auf etwas hinweisen, das bisher nicht in die Öffentlichkeit gedrungen ist und das auch heute in diesem hohen Hause nicht zur Sprache gekommen ist, das ist der Umstand, daß am helllichten Tage dort Holz aus den Wäldern geschlagen und weggeführt wurde, daß tatsächlich Kühe und Kalbinnen am Felde erschossen worden sind. Meine Herren! Wir hören heute hier fortwährend von dem schönen Einvernehmen zwischen den Besitzenden, den großen oder kleinen Bauern und der Arbeiterschaft, aber nichts von der tiefen Erbitterung, die gerade in den Kreisen der besitzenden Klassen oben um sich gegriffen hat.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch noch an die Zeiten erinnern, wo unsere südliche Steiermark in der gefährdetsten Lage war, an die Zeiten, wo die Heimwehr dort unten voll und ganz ihre Pflicht getan hat. (Lebhafter Beifall bei den Bauernbündlern, Christlichsozialen und Großdeutschen. Abgeordneter Krawagna: „Wo Sie die Waffen den Ungarn abgeliefert haben!“) Ich möchte nur noch auf einige Dinge des Herrn Landesrates Machold zurück-



kommen. Er spricht von den letzten Heimwehrtagen, von denen übrigens bisher nur zwei stattgefunden haben. Ich möchte die Frage aufwerfen, woher die Judenburger Arbeiter bei den letzten Vorfällen ihre ganz niegelagerten Karabiner hatten. Bei dieser Gelegenheit noch ein Wort. Der Herr Landesrat Machold hat sich bemüht, die Saaf, die in Waltersdorf gesät wurde, und den Tatbestand, wenn nicht zu entschuldigen, so doch begreiflich zu machen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß der Hausfriedensbruch als Verletzung des heiligsten Rechtes — eines Rechtes, das wir alle als das heiligste schützen müssen — unter keinen Umständen mit noch so schönen Reden irgendwie gerechtfertigt werden kann. Herr Landesrat Machold hat schließlich und endlich in liebenswürdiger Form eine angebliche Niederlage zu konstruieren versucht. Ich muß darauf hinweisen, daß die Arbeiterwehr um Unterhandlungen mit der Heimwehr gebeten hat. Ich muß das konstatieren, weil es den Tatsachen entspricht. (Landesrat Oberzaucher: „Das ist eine Unwahrheit, die Sie sich haben aufbinden lassen!“) Wahrscheinlich von Ihnen, Herr General Oberzaucher! Es wurde auch meiner Partei empfohlen, unsere Führer nicht so zu exponieren. Wir danken für diesen Rat verbindlichst. Sie müssen die Taktik, die wir einschlagen, schon uns selbst überlassen. Herr Bürgermeister Regner, um auch auf den Herrn Präsidenten des Landtages zu sprechen zu kommen, hat dem Herrn Landesrat Dr. Hübler eine Erinnerung ins Gedächtnis gerufen, daß die Großdeutschen sich einst an die Sozialdemokraten gewendet haben und sie vor den Christlichsozialen gewarnt hätten. Ich möchte konstatieren, daß diese Argumentation bei uns nicht zieht. Wir kennen den Grundsatz, der hinter uns steht: „Divide et impera!“ (Gelächter.) „Teile sie und dann herrschst Du über sie!“ (Präsident Regner: „Sind Sie schon so weit, daß man Sie teilen muß?“) Herr Bürgermeister Regner, ich habe mich bemüht, so weit als möglich auf die Entgegnungen von Ihrer Seite zu erwidern. Ich muß aber schon bitten, daß Sie mich aussprechen lassen, Sie haben ohnedies Gelegenheit, sich zwei-, dreimal zum Worte zu melden.

Was die übrigen Dinge anbelangt, so hat der Herr Landeshauptmann Dr. Rinkelen schon das meiste in ausgiebigster Form erläutert. Ich möchte insbesondere der Fraktion der sozialdemokratischen Partei nur eines sagen: Hinter der Heimwehr, hinter der Selbstschutzorganisation steht nicht die Industrie, dahinter steht alles, was eine bürgerliche Weltanschauung hat, dahinter stehen nicht nur die Männer

von Judenburg, dahinter stehen Hunderttausende, bereit, ihr Gut, ihren Hof, ihr Leben zu verteidigen. (Bravorufe.) Ich möchte genau, wie Ihre Redner geschlossen haben, auch schließen mit der Anregung, verstehen Sie uns, dann ist es möglich, endlich zu der Ruhe zu kommen, die wir herbeisehnen; geben Sie zu diesem Behufe endlich die Ansicht auf, daß in diesem so schwer getroffenen und zu Boden liegenden Staate nur Sie etwas zu reden haben.

Was den Herrn Landeshauptmann anbelangt, so möchte ich hier zur Kenntnis bringen, daß meine Partei in dieser Angelegenheit ihn selbstverständlich nach jeder Richtung hin deckt. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen.)

Landesrat Refel: Hoher Landtag! Es ist mir unmöglich, dem Herrn Landessrate Dr. Hübler auf das Gebiet zu folgen, das er betreten hat, und zwar deshalb, weil ich glaube, daß der Herr Landesrat Hübler die Situation vollständig verkennet. Der Judenburger Vorfall hat meines Erachtens jedem Einsichtigen von uns, und ich glaube auch anderen Herren, gezeigt, daß wir, wenn es so fortgeht, einem Zustande entgegengehen, der einen latenten Bürgerkrieg in sich schließt, und daß jeder Tag sich derartig gestaltet, daß das Land in Gefahr gerät, in vollständige Wirren zu verfallen. Es handelt sich nicht bloß darum, daß Handel und Wandel ins Stocken gerät, es handelt sich auch darum, daß es zu blutigen Kämpfen kommen kann.

Es fällt mir nicht ein, heute auf die Heimwehrfrage einzugehen. Ich kenne die Entwicklung dieser ganzen Frage wohl genauer als die meisten der Herren, ich glaube sogar genauer als die Herren, die heute Heimwehrehäuptlinge spielen. Es handelt sich bloß darum, daß Sie die Gefahr erkennen, die durch ein solches Vorgehen, wie es bei den Verhaftungen in Judenburg geübt wurde, herbeigeführt wird. Meine Herren! Ich habe in der alten Monarchie verschiedenes erlebt. Aber etwas Ähnliches wie die Verhaftung in Judenburg nicht. Ich könnte Ihnen einen Vorfall erzählen aus der Zeit der Reaktion in der Monarchie, der beweist, daß ein Bezirkshauptmann in der Monarchie verständiger und einsichtsvoller war bei Amtshandlungen, als der Herr Landeshauptmann in diesem Falle. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahner hat damit geschlossen, daß er erklärt hat, seine Partei, und die Herren scheinen da völlig einig zu sein, decke das Vorgehen des Herrn Landeshauptmannes vollständig. Die Frage ist, ob das, was der Herr Landeshauptmann hier vorgebracht hat, oder auch das, was tatsächlich der Fall war. Mir dünkt,



daß der Landeshauptmann in diesem Falle nicht so unwissend war, als er es dargestellt hat, und so bloß dem Gesetze den Lauf gelassen hat; mir kommt vor, daß er von den Dingen genau unterrichtet war, mir kommt sogar vor, daß er es uns gegenüber an der nötigen Aufrichtigkeit hat fehlen lassen. Meine Damen und Herren! Wir waren entsetzt über die Verhaftungen in Judenburg oder den Zustand, der dadurch herbeigeführt hätte werden können. Wir kamen zum Landeshauptmann, machten ihm Vorstellungen, und der Landeshauptmann gebrauchte dieselben Redensarten, die er heute gebraucht hat. Wir erklärten, wir seien bereit, nach Judenburg zu fahren und zu frachten, daß die Geschichte applaniert werde. Wir glaubten, die Verhafteten seien dort im zuständigen Gerichte. Wir fuhren nach Judenburg, der Herr Landeshauptmann sagte uns aber kein Wort, daß sich die Verhafteten in Graz befinden; unterwegs erfuhren wir, daß sie bei Nacht und Nebel in dem vom Herrn Landesrate Machold geschilderten Zustande nach Graz eingeliefert wurden. Ist das nicht eine Unaufrichtigkeit sondergleichen? Heißt das nicht geradezu die Situation erschweren und es uns unmöglich machen, daß sie entwirrt wird? In diesem Falle, der einer der gefährlichsten, die jemals im Lande vorgekommen sind, war das zu tun, was wir glaubten im Interesse aller machen zu sollen. Ich glaube, daß die Besprechung der Vorfälle in Judenburg dazu führen muß, uns klar zu machen, daß es so nicht weitergehen kann. Ich habe dem Herrn Landeshauptmann damals, wie wir vorgesprochen haben, erklärt: Glauben Sie, Herr Landeshauptmann, daß ich mich während des Umsturzes so bemüht habe, alles daran gesetzt habe, daß wir ja in Ordnung herauskommen, damit Sie jetzt selbst den Bürgerkrieg provozieren? Und dadurch wird er provoziert. Ein solcher Vorgang ist in der Monarchie nicht vorgekommen. (Landesrat Prisching lacht.) Bitte, Herr Dechant, mir war die Situation durchaus keine solche, daß ich lächeln konnte, ich bin mir meiner Verantwortung viel zu sehr bewußt und liebe das Land viel zu sehr, um es einer solchen Gefahr ausgesetzt zu lassen. (Landesrat Prisching: „Wir haben über Waltersdorf nicht gelacht und auch über St. Lorenzen nicht, wo wir hinausgeschmissen worden sind!“) St. Lorenzen ist ein anderer Fall. Wenn ich in eine Versammlung gehe, so muß ich riskieren, daß Gegner erscheinen, und das Risiko frage ich. Der Herr Kollege Machold hat den Herrn Landeshauptmann darauf aufmerksam gemacht, daß er sich als Chef der Landesregierung nicht parteipolitisch exponieren darf. Wenn

ich in eine Versammlung gehe und es erscheint ein Gegner, der wird mich nicht als Landesrat anerkennen, sondern als Sozialdemokraten, und da kommt nicht die Autorität in Betracht. Ich glaube, daß man sich klar sein muß, welche Situation durch die Vorfälle in Judenburg, deren oberste Veranlassung der Landeshauptmann ist, herbeigeführt wurde, und daß es sich darum handelt, einfach nicht weiter zu rüsten, sondern einen Weg zu suchen, wie man zur Vermeidung jener Dinge komme, die weder im Interesse der Arbeiterschaft noch im Interesse der Besitzenden gelegen sind. Auf diese Weise, wie es der Herr Landesrat Hübler auffaßt, kommen wir nicht dazu. Der Herr Kollege Dr. Hübler hat diese hochernste Verhandlung dahin aufgefaßt, daß er endlich einmal sein Herz ausschütten kann und alles aufzuzählen vermag, was man ihm irgendwo erzählt hat, wenn es auch nicht gerade so wahr ist. Ich kenne die Leute, von denen er gesprochen hat, bedeutend besser als er. Ich kenne die Personen, um die es sich handelt, bedeutend besser wie der Herr Dr. Hübler, weil ich sie länger und genauer kenne. Sie dürfen doch nicht vergessen, daß die Herren früher die Machthaber in diesen Orten waren und daß sie es nicht verwinden können, daß durch die Demokratie ihre Macht verloren ging, und weil es in der Arbeiterschaft noch nachwirkt, was diese Herren als Machthaber verbrochen haben. (Zwischenrufe.) Die Majorität haben wir, aber wenn wir nur dasselbe machen würden als die Herren, wie sie die Majorität hatten, wenn wir sie rechtlos machen würden, dann würde Dr. Hübler mit Recht sehr viele Klagen erheben können. Aber so kann er nur Dinge erzählen, die zum Teile, wenn sie vorgefallen sind, wir selbst nicht gutheißen können, zum Teile aber auf Mitteilungen beruhen, die sich bei näherer Untersuchung als nicht wahr erweisen werden.

Nun, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Doktor Uhrer hat uns eine Rede gehalten, bei der ich nicht weiß, was ich mit ihr beginnen soll. Er hat vom Sozialisierungswahnsinn und der bedrängten Lage gesprochen und hat daraus die Schlußfolgerung gezogen, wir leben in einer schweren Zeit, und es sei unsere oberste Pflicht als Patrioten, zu frachten, aus ihr gut herauszukommen. Er ist dann auch auf das Sanierungsprogramm gekommen und hat davon gesprochen, daß wir bekehrt worden seien. Meine Herren, wenn ich vierzig Jahre einer Gesinnung anhänge und für diese tätig bin, werde ich mich nicht in so kurzer Zeit, wie Herr Dr. Uhrer es annimmt, bekehren. Es ist dies vielleicht bei einem oder dem anderen Ihrer



Gesellschaft möglich, bei uns ist dies nicht denkbar. (Abgeordneter Kobald: „Wären Sie Schneidermeister geworden, so wären Sie schon lange bekehrt!“) Herr Kollege, ich leide nicht an solcher Schwäche, daß ich als Gehilfe Sozialdemokrat und als Meister Antisozialist wäre. Ich glaube, entweder habe ich eine Überzeugung, dann habe ich dieselbe nicht nur als Tischlermeister, sondern auch als Gehilfe. Wir haben heute noch genug selbständige Geschäftsleute, die Sozialdemokraten geblieben sind. Der Herr Landeshauptmann Dr. Uhrer hat erklärt, der Zustand müsse endlich aufhören, daß, wenn irgendwo Gendarmerie oder Wehrmacht hinkommt, daß dies als Provokation aufgefaßt werde. Das ist bisher nirgends geschehen, wenn sich dieses Hinkommen nicht an eine bestimmte Erscheinung geknüpft hat. Er hat erklärt, daß Rüsse und Kalbinnen erschossen worden seien, daß Gendarmen gekommen wären, um Holzdiebstähle zu verhindern. Ich weiß nichts davon und bin doch ziemlich genau über alles unterrichtet. Ich glaube nicht, daß sich die Arbeiter darüber aufgeregt hätten, wenn aus diesem Grunde Gendarmerie nach Judenburg gekommen wäre, denn wozu ist die Gendarmerie da? Dann hätte der Bezirkshauptmann auch nicht offenkundig zu lügen gebraucht. Hier handelt es sich nicht um die Verletzung eines Amtsgeheimnisses, sondern darum, daß er die Vertreter der Arbeiterschaft, die bei ihm erschienen sind, direkt belogen hat. Es gibt einen Grundsatz: „Wo man die Wahrheit nicht zu sagen vermag, da schweigt man.“ Man hat den Bezirkshauptmann nicht gezwungen, Antwort zu geben, er hätte sagen können, ich kann das nicht sagen. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer hat auch auf die Heimwehren verwiesen. Nun, meine Herren, ich kenne die südsteirischen Vorfälle, ich weiß aber nicht, daß die Heimwehren dort irgendwie etwas Besonderes im Interesse der Allgemeinheit Gelegenes, geleistet hätten. Was geschah, leistete das sogenannte Bauernkommando. Mir sind andere Fälle absolut nicht bekannt und es wird auch Herrn Dr. Uhrer sehr schwer fallen, solche aufzuzählen. Vielleicht verweist er auch auf die Heimwehrparade in Feldbach, bei der erklärt wurde, die Feldbacher Heimwehr wolle bloß die Ordnung aufrechterhalten. Tatsache ist aber, daß darunter auch die Leute waren, die seinerzeit in Feldbach alles kurz- und kleingeschlagen haben, die die Leute bedroht und geschlagen und sich den Gendarmen entgegengestellt haben. Dieselben Leute, vor welchen Herr Dr. Uhrer der Gendarmerie kommandierte: „Rechts um! Fort aus Feldbach, geht nach Stu-

denzen.“ Nun, was für renitente, gewalttätige Bauern gilt, muß auch für Arbeiter gelten. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat auch die Frage aufgeworfen, wo die Judenburger die neuen Karabiner herhaben. Bitte, es sind angeblich 2000 bis 3000 Heimwehrlente vor Judenburg aufmarschirt. Wo haben denn die die Waffen hergenommen? (Abgeordneter Hartleb: „Das waren Jagdgewehre!“) Das ist nicht wahr. Ich habe hier ein Verzeichnis über die seinerzeit an die Heimwehren abgegebenen Waffen. Darnach befinden sich in den Bezirken Judenburg, Knittelfeld, Murau und Oberwölz ungefähr 300 Gewehre und nicht ein einziges Maschinengewehr. Mit den verzeichneten Waffen, die offiziell ausgegeben worden sind, können nicht 2000 bis 3000 Mann ausgerüstet werden. Die Rubrik Maschinengewehre ist in diesem Verzeichnisse vollständig leer, unseren Leuten wurde wiederholt gesagt, macht keine Geschichten, wir haben auch Maschinengewehre. Erst kürzlich ist ein solches bei Leibnitz abgenommen worden. (Abgeordneter Wigan: „Wer hat es abgenommen?“) Die Bahnbefriedigten haben es angezeigt, und die Gendarmerie mußte einschreiten. Nun, meine Herren, wir wissen ja, von wo die Heimwehren die Waffen herhaben. Es sind nicht dieselben Waffen, die seinerzeit ausgegeben wurden. Dies waren zum großen Teile alte Werndelgewehre; es sind das Gewehre, die aus der Zeit der unfersteirischen Kämpfe stammen und zum anderen Teile in verschiedenen Depots von der Gendarmerie untergebracht waren und dann weitergegeben wurden. Wir sind über die ganze Aufrüstung ganz gut unterrichtet. Wenn sich die Arbeiter darüber aufregen, daß Waffen verteilt werden, so ist das vollständig begreiflich, und wenn es zu Vorfällen kommt wie in Judenburg, dann brauchen Sie sich nicht darüber wundern. Ihre Aufgabe wird es sein, daß dieser gefährliche Zustand beseitigt werde. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat erklärt, daß hinter dem Selbstschuß, wie er jetzt heißt, Hunderttausende stehen, und hat weiter erklärt, daß dieser Selbstschuß eine vollständig gesellschaftliche Organisation ist. Meines Wissens haben wir noch das alte Vereinsgesetz; ich klebe nicht an diesem Gesetze, im Gegenteil, dasselbe sollte schon längst umgestaltet sein, aber es steht nirgends in diesem Gesetze, daß sich bewaffnete Formationen bilden können. Es gibt also keine gesellschaftliche Grundlage für die Heimwehren oder den Selbstschuß. Das Bestehen von bewaffneten Organisationen außer der Wehrmacht, Gendarmerie und Polizei ist ungesetzlich. (Abgeordneter Dr. Enge: „Fangen Sie mit diesen Theorien bei



den Arbeiterwehren an!") Wir wissen ja, daß es Ihnen recht wäre, wenn wir die Karabiner, die die Judenburger haben, einziehen und Ihnen abliefern würden. Sie würden sie dann wieder an die Bauern verteilen. Das wäre der Zustand, den Sie am liebsten hätten. Wenn gesagt wird, hinter der Heimwehr ständen Hunderttausende. Was wollen diese? (Rufe: „Ruhe!") Wollen sie Krieg führen gegen die Arbeiterschaft? (Landesrat Riegler: „Fällt uns nicht ein!") Ja, wozu rüsten Sie in einer Zeit, wo, wie Kollege Machold gesagt hat, eine Gefahr überhaupt nicht vorhanden ist? Wollen Sie der Arbeiterschaft die erlangenen Rechte nehmen? Nun, ich glaube, ein vernünftiger, einsichtsvoller Mensch wird sich nicht dazu hergeben, daß man die Arbeiterschaft mit Gewalt wieder dorthin bringt, wo sie in der Monarchie war. Wenn Sie dieser Meinung wären, dann allerdings würde jede Hoffnung schwinden, daß wir jemals zur Ordnung kommen, dann würde die Gefahr eines Bürgerkrieges fortbauernnd vorhanden sein. Wollen Sie diese beseitigen, dann können Sie nicht die Handlung des Herrn Landeshauptmannes gutheißen, sondern müssen im Gegenteile selbst erklären, so kann man nicht vorgehen, wenn man haben will, daß im Lande wirklich Ruhe und Ordnung hergestellt wird und für die Dauer herrscht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Hartleb: Wir haben zur Frage, die heute in Behandlung steht, drei sozialdemokratische Redner gehört: den Herrn Landesrat Machold, der den Versuch gemacht hat, in sachlicher, ruhiger Weise die ganze Angelegenheit so harmlos wie möglich hinzustellen und damit darzutun, als ob kein Grund gewesen wäre, sich aufzuregen; als zweiten Redner den Herrn Bürgermeister von Knittelfeld, Regner, den sein Temperament schon etwas weiter hingerissen hat und der auch hier wie draußen mit der Peitsche gedroht hat, und als dritten den Herrn Landesrat Resel. Die bedeutungsloseste Rede war sicherlich die des Herrn Landesrates Resel. Ich möchte aber trotzdem bei den Ausführungen des Herrn Landesrates Resel anknüpfen, wo er gesagt hat, daß der Judenburger Vorfall vielleicht der gefährlichste gewesen ist, den wir seit dem Zusammenbruche erlebt haben. Ich gebe ihm ganz recht; aber fragen wir uns, warum war er der gefährlichste, warum waren die anderen Vorfälle — wir haben ja eine Reihe von solchen mitgemacht — nicht so gefährlich als der Judenburger? Weil sich früher die Bürger und Bauern nicht gemückt haben, weil Bürger und Bauern nicht aufmarschiert sind.

Jetzt, das erstemal, haben die obersteirischen Bauern gesagt: Auf die Dauer geht das nicht, wir müssen einmal zeigen, daß wir auch noch da sind. Meine Herren, wir haben es gezeigt, und wenn sich der Fall wiederholen sollte, werden wir noch mit einer größeren Zahl kommen. Wir werden aber nicht 3000, sondern 200.000 hinschicken und, wenn Sie es wünschen, schicken wir außerdem 100.000 nach Graz. (Abgeordneter Resel: „Die Bauern gehen Ihnen ja heute nicht mehr mit!") Und daß die Leute heute mitgehen, das haben Sie bewirkt, denn sie wären nicht gegangen vor dem Vorfall in Waltersdorf. Aber der Vorfall in Waltersdorf hat eine große Erregung ausgelöst, nicht nur die Verhaftung auf Seite der Arbeiter, auch der Vorfall von Waltersdorf hat eine Erregung ausgelöst auf Seite der Bauern, und jetzt gehen sie mit. Alle drei Redner haben nun versucht, die Sache so darzustellen, als ob die Verhaftung der Anfang von allem gewesen sei, während die Verhaftung nur eine Folge des Vorfalles von Waltersdorf gewesen ist. Wenn Sie sagen, es ist eine Provokation, wenn Ihnen das Gerücht zugetragen wird, die Bauern haben Waffen, sie wollen sich wehren und nicht in den Sack stecken lassen, wenn Sie das als eine Provokation auffassen, so frage ich, ist das für uns Bauern keine Provokation, wenn wir sehen, wie die Arbeiterbataillone exerzieren? Wenn wir hören, daß manöviert wird, daß die Arbeiterbataillone ausrücken, um die Bauern zu plündern, sollen wir da ruhig bleiben? Wir könnten das nur dann, wenn wir den letzten Rest von Schneid verloren, wenn wir soviel Angst vor Ihnen hätten, daß wir uns überhaupt nicht mehr zu mucksen getrauen. Aber soweit sind wir Gott sei Dank noch nicht. Wir getrauen uns, uns zu wehren, und wir haben uns getraut. Wir sind gekommen, Sie haben gesehen, daß die Heimwehr da ist, und das Ausrücken der Heimwehr hat bewirkt und war die Ursache, daß die Arbeiter wieder auseinandergegangen sind. Wären die Heimwehren nicht gekommen, dann hätte die Gendarmerie einen Widerstand gefunden.

Zur grundsätzlichen Frage der Heimwehr muß ich noch weiter ausholen, denn Herr Landesrat Machold tut so, als ob er in der Landtagsitzung vom Juli 1920, wo von der Heimwehrsache gesprochen wurde, nicht anwesend gewesen wäre. Ich habe damals klipp und klar gesagt, warum wir die Heimwehr errichten und halten wollen. Ich kann nichts anderes tun, als Ihnen das zu wiederholen. Ich habe damals gesagt, es wäre uns im Frieden nicht im Schlafe eingefallen, ein Gewehr zu nehmen, um uns zu verteidigen. Kein einziger



Bauer hat damals daran gedacht, denn wird haben im Staate Ruhe und Ordnung gehabt, wir haben ein Militär gehabt, zu dem auch wir Vertrauen hatten, nicht nur die sozialdemokratische Partei. Nach dem Kriege aber hat sich die Sache geändert. Da haben wir sehen müssen, wir stehen da ohne Schutz, wenn wir uns nicht selbst schützen, denn die Gendarmerie ist zu schwach, um die Arbeitermassen zu bändigen. Wir sagten uns, daß es notwendig sein wird, zu dem Zwecke eine Macht aufzubieten, weil die Reichswehr von Ihnen selbst in der Öffentlichkeit als Ihre Parteitruppe bezeichnet wurde, damit die Bürgerlichen nur ja nicht glauben, daß die Reichswehr auch für die bürgerlichen Parteien da sei. Da mußten wir uns denken und sagen, wenn die Sache so liegt, wenn die Sozialdemokraten ihre Arbeiterbataillone haben und die Reichswehr als ihr Parteinstrument betrachten, dann müssen auch wir uns ein Instrument schaffen, um uns gegebenenfalls wehren zu können. Angriffe jedoch werden auch in Zukunft nicht unsere Absicht sein. (Zwischenruf bei den Sozialdemokraten: „Wären Sie in die Reichswehr eingetreten!“) Wir Bauern haben etwas anderes zu tun gehabt, als in der Zeit der größten Lebensmittelnot zur Reichswehr zu gehen. Wir mußten dafür Sorge fragen, daß der Boden bebaut wird. Aber es wäre nicht notwendig gewesen, daß Ihre Partei alles aufgebieten hat, um die Reichswehr greifbar zu machen. Dieser Umstand ist es, der uns veranlaßt hat, eine Rettung, einen Halt in der Heimwehr zu suchen. Ich habe in der Landtagsitzung vom 20. Juli 1920 gesagt, wir werden unsere Gewehre, auch wenn Sie hundert Erlässe hinaus schicken, nicht ausliefern. Wir werden sie trotz der Wünsche der Sozialdemokraten nicht ausliefern, und wenn die Arbeiterbataillone die Waffen hinlegen, werden auch wir unsere Waffen trotzdem nicht ausliefern, erst an dem Tage, an dem wir die feste Zuversicht haben, daß wir eine Wehrmacht im Staate haben, zu der auch wir volles Vertrauen haben können. Wenn wir heute bereits so weit sind, daß einzelne Teile der Reichswehr nicht mehr im roten Fahrwasser stehen, so ist das sicherlich ein erfreuliches Zeichen, aber wir wollen warten, bis wir ganz sicher sind. Der Herr Präsident Regner hat gemeint, er kann mit der Hundspeitsche drohen und die Bürgerlichen so zur Raison bringen. Da kennen Sie die Bauern schlecht, mit Drohungen richten Sie bei uns nichts aus und auch Ihr gutes Zureden nützt Ihnen nichts, weil wir Sie schon kennen. Mit dem größten Teile der Arbeiter selbst würden wir Bauern schon auskommen und die Arbeiter mit uns, wenn nur die

Hezer nicht wären. Einer der ärgsten Hezer ist dieser Herr Chalupka in Judenburg, der diese Bande angeführt hat. Einer der größten Hezer ist aber auch der Herr Bürgermeister von Bruck, der für die Ordnung der Stadt sorgen soll, und, wie seine letzte Rede beweist, ist ein gleich schlechter Hezer auch der Herr Bürgermeister von Knittelfeld. Auch wenn wir zu den Arbeitern Vertrauen hätten, wenn wir sehen würden, das sind Leute, die nichts dafür können, daß sie schlecht beraten sind, mußten wir, wenn wir wissen, daß sie Woche für Woche und Tag für Tag in aufreizendster Weise verhetzt werden, uns doch sagen, es ist höchste Zeit, daß wir uns sichern, und wir sagen heute, Gott sei Dank, daß wir mit unseren Heimwehren so weit sind, damit wir uns nicht mehr zu fürchten brauchen. Die Herren haben auch gemeint, daß durch den Friedensvertrag jedwede Bewaffnung verboten sei und Sie machen uns unsere Bewaffnung zum Vorwurf. Aber warum bewaffnen Sie denn Ihre Arbeiterbataillone? Sie haben viel weniger Grund dazu, nachdem Sie ja wissen, daß ohnedies die Reichswehr rot ist. Für Sie fällt jeder Grund, der uns zwingt, ganz weg. Warum halten Sie den Friedensvertrag nicht ein? Sie kommen mir so vor wie der, der gesagt hat: „Trink net, Bua!“ und dabei ist er selbst vor Rausch in den Straßengraben hineingefallen. Sie sind sehr geschickt, wenn es gilt, anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Dabei aber sind Sie allein schuld. Sie dürfen nicht glauben, daß die übrige Welt in ihrer Gesamtheit so dumm ist, wie Sie geschief. Sie haben die Frage unbeantwortet lassen, wo die Arbeiterwehren ihre Gewehre herhaben. Sie haben behauptet, die Heimwehren hätten einen Waffenraub ausgeführt. Wo haben Sie die Gewehre her? Ich sage es Ihnen, gestohlen. Sie haben also gar keine Ursache, sich über die Bewaffnung der Bauern zu beunruhigen. Eine ganze Reihe von Bedrohungen schwerster Art sind heute hier angeführt worden. Heute ist mir auch eine Mitteilung gemacht worden, daß ein sozialdemokratischer Redner im Mürztal sich geäußert haben soll — ich konnte die Mitteilung noch nicht nachprüfen —, daß, solange die Arbeiter Zündhölzer haben, sie die Bauern schon einschüchtern könnten. Ich denke, daß Sie diese Worte sich des weiteren auslegen können. Wenn Sie aber glauben, daß Sie uns durch solche Drohungen einschüchtern können, dann sind Sie ganz im Irrtum. Wir sagen uns, unter solchen Umständen haben wir keine Ursache, den friedliebenden Mann zu spielen und zu sagen: „Bitte, sei mit mir gut!“, sondern wir sagen lieber, „da heißt es auf der Hut



fein und stark fein!" Es sind da weiter, um den Herrn Landeshauptmann einen Hieb zu versetzen, als Gegenstück die Ereignisse von Gosdorf angeführt worden, und die Bauern hätten die Heimwehren nur zu dem Zwecke geschaffen, um sich ihrer Ablieferungspflicht zu entziehen. Das ist die Fabel, die der Herr Landesrat Resel im Jahre 1920 erdichtet hat. Wenn wir Bauern uns hätten wehren wollen, dann hätten wir es gekonnt, das können Sie mir glauben. Aber wir haben abgeliefert. Ich werde Ihnen noch etwas anderes sagen. Die Arbeiter von Judenburg haben als Grund für ihr Hinausgehen nach Waltersdorf angegeben, daß sie durch eine Nachricht provoziert wurden. Ob es wahr ist, das brauchten Sie nicht nachprüfen, denn wenn etwas über die Heimwehren geredet wird, dann ist es selbstverständlich wahr. Aber bei der Gosdorfer Sache stand es so, daß wir damals über Verschulden der roten Partei gesetzliche Bestimmungen gehabt haben, die einfach nicht gehalten werden konnten, und weil wir Bauern uns an diese Bestimmungen nicht halten konnten, ebenso wie jeder andere — ich möchte den kennen, der die Lebensmittelvorschriften eingehalten hat, kein einziger hat sie eingehalten, auch Ihre Leute nicht —, und weil wir gesagt haben, das können wir nicht tun, so werden wir jetzt so hingestellt als wie die Arbeiter, die mitten in der Nacht hinausgezogen sind. (Ohorufe bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte, die Leute sind aus ihren Betten gejagt worden. Das war schon nicht mehr harmlos. Daß man dann die Anführer und Anführer bei Nacht verhaftet hat, das ist natürlich ein Verbrechen. Wenn aber ein Bauerngehöft in der Nacht umzingelt wird, daß bei jedem Fenster zehn Flinten hineingestarrt haben, und dem Bauern gesagt wird, wenn du deine Gewehre nicht herausgibst, dann krach's, dann ist das gar nichts. Da werden wir uns nie finden. Es gibt da in Ihren Gehirnen Gedankengänge, denen ein Bürgerlicher mit seinen Grundsätzen nicht folgen kann. (Abgeordneter Pörtl: „Die ‚Bauernstimmen‘ brauchen halt wieder einmal einen Wauwau!") Es ist besser, wenn man über solche Sachen mit Ihnen nicht streitet. Wenn es uns Bauernbündlern so darum zu tun wäre, für unsere Partei Stimmung zu machen, dann hätten wir andere Sachen, wodurch wir uns bemerkbar machen können. Bei Ihnen ist die Sache so, Sie haben etwas gebraucht, weil durch die letzten Ereignisse die Partei viel an ihrem Schimmer eingebüßt hat. Ich habe so bei mir den Verdacht gehabt, ob diese ganze Aufregung nicht nur vielleicht ein Mittel zum Zweck war, ob die Leute in Judenburg nicht vielleicht von

der Partei eine Auftrag gehabt haben: „Macht nur einen ordentlichen Krawall, wir werden es dann schon ableugnen, daß wir es waren.“ Das ist ganz leicht möglich. (Abgeordneter Krawagna: „Wie der Schelm ist, so denkt er!")

Der Herr Bürgermeister Regner hat, nachdem er sich anders nicht mehr zu helfen gewußt hat, nachdem ihm alle sachlichen Momente ausgegangen sind, auf ein altes Schlagwort gegriffen, und zwar zu dem, wenn einer sich gegen uns wehrt, ist er ein Monarchist. Diese Beschuldigung haben Sie heute gegen die Heimwehren, gegen mich erhoben, obwohl Sie genau wissen, daß der Großteil der Heimwehren nicht monarchistisch ist. Es gibt darunter schon Leute, die Monarchisten sind, aber die Heimwehrführer sind bestimmt keine Monarchisten und der Zweck der Heimwehren ist nicht die Wiedereinführung der Monarchie; wäre dies der Fall, würde ich nicht dabei sein. Die Herren haben zum Schluß an unser Verantwortlichkeitsgefühl appellieren wollen und haben gesagt: „Leutel, machts das nicht mehr, sonst geschieht ein Malheur. Denn wir schicken unsere Arbeiter heraus und die werden eure Häuser umzingeln!" Das ist harmlos, weil das Sozialdemokraten sind, die Bürgerlichen natürlich dürfen das nicht tun. Diese Mahnung haben Sie heute an uns gerichtet und gesagt, „nur nicht weiter rüsten und weiter provozieren, indem Ihr rüstet!" Meine Herren, ich sage Ihnen als Antwort folgendes: Erbringen Sie uns den Beweis, daß es Ihnen ernst ist, mit uns im Guten auszukommen, wir werden darüber erfreut sein, aber Sie müssen es uns gründlich beweisen, in erster Linie Ihre Arbeiterformationen entwaffnen und dafür sorgen, daß die Reichswehr für alle Bürger in diesem Staate gleiche Sicherheit bietet, nicht nur für die Roten allein. Wenn Sie das alles erwirkt und uns bewiesen haben, daß Sie Ihre Leute in der Gewalt haben und diese tatsächlich so tanzen, wie beispielsweise der Herr Landesrat Machold heute hier gepfiffen hat, dann sind wir bereit, unsere Waffen hinzulegen. Bis dahin aber verlassen wir uns nicht auf Sie, sondern lieber auf unsere Schneid und unsere Waffen. (Beifall bei den Bauernbündlern.)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Pichler. (Laute „Oje!"-Rufe bei den Christlichsozialen.)

Abgeordneter Pichler: Ich möchte nur ganz kurz auf einige Dinge zu sprechen kommen (mehrere Abgeordnete verlassen unter Rufen den Saal), Sie fürchten sich, da Sie davonrennen; ich meine, man



kann von jedem Menschen etwas lernen, wenigstens ich habe mir nie eingebildet, daß ich ausgelernt habe. Vielleicht ist das bei Ihnen nicht der Fall. Bei den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hartleb kommt seine gute Meinung zum Ausdruck, wo man sagt: „Hiasl, hoho, loß den Fensterstock do, du kannst eahm net brauchan, mir geht a groß o!“; da ist nicht die Gewehrfrage zum Ausdruck gekommen, die Frage vom Huhn und Ei, wer zuerst angefangen hat. Und da muß ich schon sagen, ich möchte Ihr Gedächtnis etwas auffrischen, wenn man vom roten Terror in Obersteier spricht. Wann waren die Fälle, die hier vom Herrn Dr. Uhrer und Dr. Hübler aufgezeigt worden sind über den roten Terror in Obersteier und wann waren die Fälle in der Oststeiermark? Ich möchte Sie bitten, den Kalender nachzublättern, und Sie werden finden, daß nicht einer, sondern mehrere Fälle sich in der Oststeiermark ereignet haben in einer Art und Weise, wie sie sich in Obersteiermark noch nie abgespielt haben. Darüber kommen Sie nicht hinweg, das ist eine Tatsache, und wenn der Herr Bürgermeister von Leoben die Studentengeschichte beschönigt, so muß ich sagen, daß der Nationalrat Schlager erklärt hat, daß die Sache nicht so unschuldig war, wie sie vom Herrn Bürgermeister geschildert wurde. Wir haben in Bruck zufällig auch Studenten, diese reißen die Zäune aus, versehen die Alleebänke, hauen alles zusammen; zur Rede gestellt, ist es aber niemand von ihnen gewesen. Doch davon braucht man ja nicht allzuviel zu sprechen. Ich möchte vielmehr nur auf eines zu sprechen kommen, das ist der rote Terror, der in Obersteiermark uns immer vorgeworfen wird. Verzeihen Sie, wenn ich bei dieser Gelegenheit erinnere an die alte Zeit, an den Unterschied zwischen dem Terror von einst und jetzt. Wir haben eine deutsche Arbeiterschaft, und hier spreche ich als Arbeiter, der die Verhältnisse besser kennt als ein anderer, mag er nun Professor, Doktor oder sonst etwas anderes sein. Wo war der Terror zur Zeit, da die gesamte Arbeiterschaft nicht bloß aus den gesetzgebenden Körperschaften des Landes und des Reiches, sowie aus jeder Gemeinde ausgeschlossen war, wo die Arbeiter nichts dreinzureden hatten, wenn Lohnverhandlungen geführt wurden, wo die Arbeiter aus der Gemeinde hinausgeworfen wurden, wenn sie neun Jahre lang in der Gemeinde waren, damit sie nur ja nicht seßhaft werden können? Das war der Terror von ehemals, wo man die Arbeiter von jedem Rechte ausgeschlossen hat. Und heute, meine Herren, auf Grund der demokratischen Rechte dürfen

die Arbeiter überall mitbestimmen, in der Gemeindevertretung usw. Sie arbeiten auch mit und sind von keiner Mitarbeit ausgeschlossen, Sie können überall mitreden, und doch schreien Sie vom Terror, weil Ihr Gedächtnis so kurz ist. Soll ich Ihnen erzählen, wie im Jahre 1903 bis 1906 es bei der Firma Böhler in Kapfenberg war, wo ich gearbeitet habe? Wo man keine sozialdemokratische Zeitung, nicht einmal den „Metallarbeiter“, lesen durfte, ohne zu fürchten, auf die Straße geworfen zu werden? Ich bin einer derjenigen, der entlassen worden ist bloß deshalb, weil ich eine sozialistische Zeitung gelesen habe. Was ist nicht Terror gewesen, sondern Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, wie man sich dies auf Ihrer Seite vorstellt: Abschaffung aller Arbeiterrechte, Umwandlung des Wahlrechtes wie in anderen reaktionären Ländern, so weit, daß der Arbeiter nichts mehr zu reden hat, dann hat der Terror wieder aufgehört. Ich möchte noch auf etwas hinweisen. Wir haben in Bruck den Fall, daß 111 Bürger sich nicht gesamt haben, durch Jahrzehnte und Jahrhunderte aus den städtischen Wäldern tausende und aber tausende Meter Holz schenken zu lassen. Wo schon 1 Meter Holz 150 und 160 K gekostet hat, haben sie sich noch 1 Meter Holz um 1 K 60 h spendieren lassen. (Zwischenruf: „Bürgerrecht!“) Das ist kein Terror! Wir sehen aber auf der anderen Seite, und das haben wir in der Zeit seit 1920 vielfach erlebt, daß ein armer Teufel, der in den Wald gegangen ist, um sich ein Stück Holz zu holen, schwer verurteilt worden ist. Ich kenne verschiedene Fälle als Bürgermeister und ich könnte Ihnen solche Fälle nach den Gerichtsakten erzählen, was hier geschieht, wo von den Gerichten wieder milde vorgegangen wird, wo man Strafen von 5, 10, 100 und 1000 K verhängt hat, und dann ist ein Abgeordneter gekommen und hat bei der Landesregierung interveniert. Wir sind zur Bezirkshauptmannschaft gegangen, haben die Verhaftung von Schleikhändlern verlangt, haben nachgewiesen, daß Milch für Schweine verfüttert wurde zu einer Zeit, wo viele Kinder keine Milch gehabt haben. Diese Zustände waren gerade in der Oststeiermark. Und nun noch eines vom Terror. Ich war heuer im Frühjahr in Gleichenberg, da ich ziemlich schwer krank war, und dort habe ich mir erlaubt, an Leute Auskunft zu geben, daß sie Anspruch auf Brotzuschuß haben; darauf ist eine Deputation zur Badeverwaltung und zu den Fleischhauern und Gastwirten gegangen und hat verlangt, daß ich vom Hotel „Styria“ hinausgehen muß, widrigenfalls dieses kein Fleisch und kein Brot bekommt. Ist das kein



Terror? Und dann ist auch hingewiesen worden auf die christlichen Arbeiter in Eisenerz, wenn man überhaupt von christlichen Arbeitern sprechen kann. Diese kann man an den Fingern herunterzählen, wenn man nur die Fabrikanten nicht dazuzählt. Wir kennen die Arbeiterbewegung schon, weil wir selbst darin aufgewachsen sind. Ich habe den Fall von Kapsenberg geschildert und ich leugne, daß es in Obersteiermark einen Terror gibt, aber wenn sie nach der Oststeiermark, nach Straden zum Beispiel, kommen, da können Sie aufpassen, daß Ihnen kein Terror passiert, daß Sie nicht durchgeprügelt werden. (Heiterkeit.) Aber ich meine, das sind keine Dinge, zu sagen, wie es heute getan wurde, die Heimwehren müssen ausgebaut werden. Wenn mich eines gefreut hat, so waren es die Ausführungen des Herrn Landesrates Machold, der auf den Ernst der Situation hingewiesen hat.

Wenn Sie glauben, daß Sie die Stärkeren sind, aber nicht gerade die Bürgerschaft Deutschösterreichs gegenüber den Arbeitern, so ist das eine andere Frage, und wenn gesagt wird, daß nur die Arbeiter dekretieren wollen, so trifft das keinesfalls zu. Im Sanierungsplan ist jetzt viel die Rede vom Abbau und von Ordnung der Finanzen Deutschösterreichs, und es werden schwere Opfer verlangt. Wenn wir aber Umschau halten, wer bringt diese Opfer? Zählen Sie die Tausende von Arbeitslosen, die nicht wissen, woher sie das Holz nehmen sollen, um ihren Ofen zu heizen, die nicht wissen, von welchem Gelde sie ihre Schuhe sollen reparieren lassen. Diese Menge steht draußen hungrig und frierend und bringt wirklich Opfer auf Grund dieses Abbaugesetzes. Wo sind die Opfer der anderen, der bürgerlichen Geseuschaft? Diese Frage müssen wir aufwerfen und wir werden die Dinge von einem anderen Gesichtspunkte betrachten müssen. Und nun zum Schlusse noch eines: Es wird hier heute von Gesetzesverletzung gesprochen. Ich konstatiere als Abgeordneter in öffentlicher Sitzung, daß der höchste Gesetzesverlezer in diesem Falle der Landeshauptmann Rinkelen ist. Auf Grund der Papiere, die ich als Bürgermeister mit habe, können wir dem Landeshauptmann nachweisen, daß er es ist, der aufgefördert hat, die abgelieferten Gewehre zu übernehmen. Er als oberster Hüter des Gesetzes nimmt den Heimwehren das Gelöbniß ab, er setzt sich dafür ein, daß die illegale Wehrmacht weiter ausgebaut wird und wundert sich nun darüber, wenn die übrige Bevölkerung diese Bestimmungen nicht einhält, und daß man sich das nicht bieten läßt, daß man von Terror in Obersteiermark spricht,

während der Landeshauptmann in Untersteiermark herumwalzt (Zwischenruf: „Er walzt im Automobil!“) von einer Heimwehr zur anderen. Wenn man das sieht, darf man sich über diese Stimmung gewiß nicht wundern. Wir sind früher auf des Schusters Rappen gewalzt. Herr Dr. Uhrer ist der berufene Vertreter des Gesetzes in Steiermark. Wir sind genau informiert, wo Herr Dr. Uhrer in der Oststeiermark mit dabei war und wo er auch nur in der Nähe war, und haben bemerkt, daß große Waffenschiedungen vor sich gegangen sind nach allen Regeln der Kunst. Aber da hat sich kein Ohrwaschel gerührt, das war wahrscheinlich im Rahmen des Gesetzes gelegen; das möchte ich gesagt haben, und das Märchen vom Terror lassen Sie schön auf der Seite. Das Märchen vom Terror zieht überall, nur nicht bei den Arbeitern, und da gebe ich ein Beispiel von den Mariazeller Wallfahrten, wo die Gastwirte, die Bürger von Mariazell, die Wallfahrer fortgeschickt haben ohne ein Lackert Kaffee, sie haben unverschämte Preise verlangt, der christliche Bahnhofrestaurateur hat den Wallfahrern für eine Schale Kaffee 500 bis 1000 K abgenommen. (Zwischenruf: „Seit wann sind Sie denn ein Beschützer der Wallfahrer?“) Die Turnauer Arbeiter haben diesen Wallfahrern Nachtquartiere gegeben und Frühstück. Das sind die Terroristen von Obersteiermark, während Sie einen anderen, der eine gesetzliche Auskunft gibt, um das Flascherl Krankenmilch bringen wollen. Nun aber komme ich zum Dr. Hübler.

Der Landesrat Hübler gefällt mir am besten. (Heiterkeit.) Er hat sich schon so oft mit den Terrorgeschichten blamiert, immer fällt er wieder darauf hinein. Ich erinnere an die Geschichte bezüglich des Gemeinderates. Da hat man in Graz interveniert, ist Sturm gelaufen, und oben im Gemeinderate haben wir es einstimmig angenommen. Die Sozialdemokraten, die sieben bösen Buben, und die guten, braven Bürgerlichen. Jetzt wieder ein Beispiel, um zu zeigen, wie man die Dinge macht. Wir haben eine Anstellung in Bruck vorgenommen, die bürgerliche Wirtschaftspartei hat Einspruch dagegen erhoben und hat gesagt, nun sehen Sie, in welcher unerhörten Weise in den Betriebsstufen gemogelt wird. Am Freitag sitzen wir nun zusammen, die sieben bösen Buben und die braven Bürgerlichen, und auf einmal werden die Stufen, die so schwindelhaft waren, von den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten einstimmig angenommen. Das ist die bürgerliche Berichterstattung. So hat es schon oft ausgesehen und deshalb nehmen wir Ihre Berichterstattung nicht mehr ernst. Wir haben aber in März-



zuschlag, Bruck und Kapfenberg wohl auch gehört von dem Fall Baumgartner und von dem Fall Kretschmasch, den man so breit getreten hat; derselbe Fall, wo der Wanderlehrer Loh, ein ernster Vertrauensmann der Bauern, die Anzeige erstattet hat, das, was Kretschmasch macht, sind Gaunereien, das sind die Worte des Herrn Wanderlehrers, wenn Sie nicht einschreiten, muß ich mir selbst Hilfe verschaffen. Das sind nicht die einzigen Fälle, das sind so viele Fälle, aber die Zeit ist so kurz geworden, man kann nicht auf alles zu sprechen kommen. Ich möchte aber als wirklich Deutscher auf das zu sprechen kommen, was der Herr Dr. Hübler bezüglich des Vertrauensmannes Chalupka gesagt hat. Er hat sich erlaubt, das Deutschtum des Chalupka anzugreifen. Nun, Herr Dr. Hübler, ich kenne zufälligerweise den Chalupka schon zwanzig Jahre; der kann kein Wort böhmisch, aber ich kenne sehr viele Deutsche, die als Nationalhelden gelten, die aber nicht in der Lage sind, einen korrekten deutschen Aufsatz zusammenzubringen. (Präsident Dr. Dankine: „Bringen Sie einen deutschen Aufsatz zusammen? Das möchte ich bezweifeln!“) Das Deutschtum, was Sie im Sinne haben, uns Deutschen aufzukrotzieren, das ist etwas ganz anderes, Sie wollen uns rechtlos machen wie früher, Sie wollen allein herrschen, und weil wir uns das nicht gefallen lassen, so ist das Terror. Etwas muß getan werden, nur so weiter, Hunderttausende sind vorhanden, wenn Sie den Bürgerkrieg wollen, wir konstatieren, wir wollen ihn nicht, weil wir sagen, Blut ist genug geflossen, Unglück hat die Menschheit genug betroffen, und dann sagt jeder: bis hieher und nicht weiter, aber dann erst, wenn man dort erst Vernunft annimmt und nicht glaubt, nach dem Muster Mussolini von Italien zu regieren. Ich weiß, wie dem Nationalrat Schlager ein Bauer in einer Versammlung in St. Peter-Freienstein gesagt hat: Die achttündige Arbeitszeit und das Betriebsrätegesetz soll nicht weggenommen werden. Es wird aber doch weggenommen werden, hat ein Bauer in der offenen Versammlung dem Nationalrate Schlager gesagt. Daran sieht man, wie die Herrschaften denken, und weil wir glauben, daß wir uns jetzt wenigstens das bißchen Recht, als deutscher Arbeiter gleichberechtigt mit dem übrigen deutschen Volke zu sein, nicht rauben lassen dürfen, lassen wir uns nicht drohen durch die Heimwehren, für diesen Zweck werden wir schon Mittel finden, um die Arbeiterschaft für alle Zukunft aufrechtzuerhalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Landesrat Oberzaucher: Hohes Haus! Ich möchte mit den Worten unseres Kollegen in der Landesregierung, des Herrn Landesrates Riegler, beginnen, der so eigentlich das gesagt hat, was die christlichsoziale Partei bei den Judenburger Vorfällen scheinbar geleitet hat. „Jetzt haben wir es ihnen gezeigt!“ hat er gesagt. (Landesrat Riegler: „Stimmt!“) Sehen Sie, wenn Sie die Judenburger Bürger fragen, wie sie mit dem Ausgange dieser Vorfällen zufrieden sind, dann werden Sie nicht die Worte: „Jetzt haben wir es ihnen gezeigt!“ hören, sondern die Judenburger Bürger sind sehr unzufrieden, denn das Bürgertum in Judenburg empfindet ganz richtig, daß es eine Niederlage ist, wenn man heute nachts sieben Vertrauensmänner aus den Betten holt, über die Stubalpe nach Graz führen läßt und sie am nächsten Tage mit Musik und Gesang im Triumphzuge in Judenburg einziehen sieht. Mein Kollege Landesrat Machold hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wir ja eigentlich Grund hätten, über den Ausgang dieser Ihrer Kriegsaktion zufrieden zu sein. Wir sind ja nicht die Besiegten in diesem Falle, aber wir sind zu verantwortungsvoll, und wir haben ausdrücklich durch Herrn Landesrat Machold erklären lassen, nicht, um unserer Freude Ausdruck zu geben, sprechen wir heute hier, sondern um unsere Verantwortlichkeit, die wir bei solchen Dingen mittragen müssen, zu betonen. Ich möchte ganz kurz auf die Vorfälle in Judenburg, aufgefordert durch Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer, zurückkommen. Wodurch die Vorfälle ausgelöst wurden, das hat Kollege Machold eingehend begründet. Ich möchte nur noch auf eines kurz verweisen. Gelegentlich des Einbruches und des Waffendiebstahls in Fehring wurde von uns eine Interpellation hier im Landtage eingebracht mit ganz bestimmten Daten. Es wurde bewiesen, daß der damalige Bürgermeister Schwagula bei dieser Geschichte aktiv beteiligt war, daß auch die Gendarmerie der Sache nicht fern gestanden ist. Es haben also konkrete Anzeigen und Daten vorgelegen und trotzdem wurde aus dieser Untersuchung nichts. Die Sache war beim Staatsanwalt, Berichte der Gendarmerie aber sind nicht eingelangt, weil man es von bestimmter Seite und bewußt verhindert hat. So ähnlich ging es auch in Fürstfeld zu, wo die Räuber der Gewehre die aus ihren Häusern heraustretenden Bürger mit vorgehaltenen Gewehren zurückscheuchten. Das hat die hohe Landesregierung ungeahndet gelassen, wir haben noch kein Ergebnis dieser Untersuchung zu hören bekommen. Wir müssen also annehmen und die



gesamte Öffentlichkeit muß annehmen, daß die Waffenräuber aus politischen Gründen durch den Landeshauptmann immunisiert werden, daß das überhaupt erlaubt sei in Steiermark. Darum haben wir uns so aufgeregt, daß dann, wenn Arbeiter einige Gewehre den Gegnern mit Gewalt wegnehmen, der Apparat sofort funktioniert, daß dann sofort die Gendarmerie da ist, die ihre Relationen dem Staatsanwalt liefert und mit einer eigenartigen Behendigkeit und Promptheit die angeblich Schuldigen bei Nacht und Nebel verhaftet und eingeliefert hat. Daraus ist die Aufregung entstanden.

Nun zum Vorfall selbst. Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Judenburg haben die Sirenen geblasen, weil es in der Fabrik bekannt wurde, daß in der Nacht die Vertrauensmänner verhaftet und verschleppt wurden. Die Arbeiterschaft ist in den Streik getreten, hat sich aber nicht bewaffnet. Da möchte ich auf die falsche Darstellung des Herrn Landeshauptmannes verweisen, der gesagt hat, daß die Arbeiterschaft bewaffnet sich versammelt hat, worauf Heimwehr und Gendarmerie und Assistenten aus Graz angesprochen werden mußte. Das ist unrichtig. Entweder spricht der Herr Landeshauptmann bewußt die Unwahrheit oder ist von seiner Gendarmerie absichtlich falsch informiert worden. Tatsache ist, wir, die wir die Verhandlungen geführt haben, haben es von den behördlichen Organen bestätigt erhalten, daß zuerst die Heimwehren der Umgebung aufgeboten wurden, daß die Bürgerwehr gemeinsam mit der Gendarmerie die Verhaftungen durchgeführt hat und daß erst dann, als die Arbeiterschaft sich durch den Aufmarsch der Heimwehr bedroht fühlte, sie sich bewaffnet hat, um sich gegen eventuelle Übergriffe zu schützen. Als wir in Judenburg spät abends ankamen, fanden wir bereits diese Situation: auf der einen Seite der Stadt die bewaffnete Heimwehr, auf der anderen Seite der Stadt die bewaffnete Arbeiterwehr. Als wir uns vom Bezirkshauptmann Strobl informieren ließen, wurde vom Bezirkshauptmann und vom Hofrath Buchner, der mit den Heimwehrführern verhandelte, erklärt, daß die Heimwehrführer nicht beabsichtigen, gegen die Arbeiter aggressiv vorzugehen, womit ich auf die Behauptungen und Märchen des Herrn Dr. Uhrer zurückkomme, der erklärte, die Arbeiterwehr hat mit der Heimwehr zu verhandeln gesucht. (Landesrat Resel: „Gebeten, hat er gesagt.“) Es ist durch Dokumente nachzuweisen und durch die Einvernahme der behördlichen Organe, des Bezirkshauptmannes Strobl und des Hofrates Buch-

ner, daß uns erklärt wurde, die Heimwehr will nicht gegen die Arbeiterschaft aggressiv vorgehen, sie hat keine böse Absicht. Ich bin von Graz nach Judenburg gefahren als Landesregierungsmitglied, um die Sache zu planieren, habe deshalb erklärt, die Arbeiterschaft habe ebenfalls nicht die Absicht, aggressiv vorzugehen, wenn dies von den Heimwehren versichert wird. Ich legte persönlich Wert darauf, mit den Heimwehrführern zu reden und sie zu fragen, was sie eigentlich von den Arbeitern wollen, worauf Herr Hofrat Buchner die Heimwehrführer brachte. Ich kann sagen, besonderen Staat dürfen Sie mit Ihrer Heimwehr nicht machen, Sie dürfen sich nicht einbilden, daß die Heimwehr weiß Gott was für eine Truppe ist. Im Gegenteil, ein solches Konglomerat von Ignoranz und Eingebildetheit ist mir mein Lebtag noch nicht vorgekommen. Die Heimwehrführer haben erklärt, sie müßten dies und jenes fordern, und als ich ihnen erklärte, ich anerkenne keine Forderung, sie sollen abziehen oder angreifen. (Abgeordneter Dr. Engge: „Da waren Sie nicht Regierungsmitglied, sondern General.“) Sie brauchen sich nicht besonders zu melden, Sie kennt man bereits und Sie wären der ungeeignetste, sich auf einen solchen Posten zu begeben. (Abgeordneter Dr. Engge: „Wir können den Kampf miteinander aufnehmen.“) Als ich also den Heimwehrführern erklärte, sie sollten abziehen oder angreifen, ließen sie ihre Forderungen sofort fallen. Dabei möchte ich noch versichern, daß ein Advokat als Unterhändler alle möglichen Forderungen aufstellte, während die bäuerlichen Heimwehrführer sofort erklärten, von den Arbeitern nichts zu wollen und bereit zu sein, die Waffen niederzulegen, wenn die Arbeiter das gleiche tun. Das war das Ergebnis meiner Aussprache mit den Heimwehrführern; ich habe mich dann mit diesem Ergebnis erst an die Arbeiterwehren gewendet, die daraufhin die für beide Teile gleich verpflichtenden Vorschläge der Heimwehren angenommen haben. Wir sind, und uns drängt dazu das Verantwortungsgefühl, voll befriedigt an dem Ausgange, denn die Vorfälle in Judenburg waren sicherlich geeignet, in ihren weiteren Folgen einen blutigen Bürgerkrieg nach sich zu ziehen. Wenn Sie heute darüber mit einigen witzigen Worten: „Jetzt haben wir es gezeigt usw.“ hinweggehen wollen, so glaube ich, kommt Ihnen das nicht vom Herzen, im Gegenteile, Sie können herzlich froh sein, daß es diesmal noch so ausgegangen ist.

Nun noch einige Worte über die Beantwortung der Anfrage durch den Herrn Landeshauptmann, die einer Richtigstellung bedürftig ist. Es ist nicht richtig, daß



150 oder 200 bewaffnete Arbeiter in Waltersdorf nach Waffen gesucht und Häuser umstellt haben, Tatsache ist, daß die Arbeiterschaft unbewaffnet war bis auf einige wenige, die Revolver zufällig in der Tasche hatten. (Heiterkeit.) Meine Herren, in dem Ausdrucke „200 bewaffnete Arbeiter“ und dem zufälligen Tragen von Privatwaffen einiger weniger ist ein großer Unterschied. Die Darstellung des Herrn Landeshauptmannes zielt darauf ab, den Anschein zu erwecken, als ob durch eine bewaffnete Macht die Bauern zu irgend etwas gezwungen worden wären. Dann hat der Herr Landeshauptmann erklärt, daß er sich zu dieser Maßnahme veranlaßt gesehen hat, durch die verschiedenen Drohungen, die ihm im weiteren Verlaufe dieser Waltersdorfer Ereignisse zu Ohren gekommen sind; Drohungen aus Judenburg, Knittelfeld usw., er hat aber wohlweislich unterlassen, diese Drohungen zu bezeichnen oder Beweise dafür anzuführen. Wenn jemand nur vage Drohungen als Beweis für so weittragende Maßnahmen anführt, so muß man wohl sagen, daß eine solche Beweisführung und die hier gehörte Art der Beantwortung einer so wichtigen Anfrage auf sehr schwachen Füßen steht. Die Erhebungen, sagt er dann, sind nicht vom Oberinspektor Meißner, sondern von der Ortsgendarmerie durchgeführt worden; er wollte damit beweisen, daß die Gendarmerie in diesem Falle nicht voreingenommen, sondern vollständig objektiv die Erhebungen durchgeführt hat. Daß dies nur eine Verdrehung und eine bewußte Umstellung der Tatsachen ist, liegt auf der Hand, denn die Ortsgendarmerie steht unter dem Einflusse des höchstenwesenden Gendarmeriekommandanten im Orte, das ist Meißner, der selbst die Heimwehr bewaffnet hat und Heimwehrkommandant ist. Wenn man Meißner mit Erhebungen beauftragt, die gegen die Heimwehren gerichtet sind, so ist das selbstverständlich eine grobe Unzulässigkeit, das hätte der Herr Landeshauptmann wissen müssen.

Ich möchte zum Schlusse sagen, daß wir mit der Beantwortung der dringlichen Anfrage durch den Landeshauptmann nicht befriedigt sind, sondern im Gegenteile unsere Überzeugung feststeht, daß er sich in seinen Handlungen als Landeshauptmann vielzusehr einseitig von Parteirücksichten leiten läßt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter **Wißmayr**: Herr Landesrat **Resel** hat insbesondere bei der Heranziehung der untersteirischen Heimwehren, die er untersteirische Bauernkommando genannt hat, betont, daß die Heimwehren

nie und niemals irgend welchem allgemeinen Interesse gedient hätten. Er hat dabei vergessen, daß gerade die untersteirischen Heimwehren es waren, die es möglich gemacht haben, daß ein Teil des steirischen Bodens heute nicht jugoslawisch, sondern deutschösterreichisch ist. (Rufe: „Sehr richtig!“) Herr Landesrat **Resel** hat dabei auch seine Tätigkeit als Landesbefehlshaber für Steiermark vergessen, hat vergessen zu betonen, daß er einer derjenigen war, die verhindert haben, daß mehr untersteirisches Land heute zu Deutschösterreich gehört. (Widerspruch. — Rufe: „So ist es!“) Landesrat **Resel** ist auch derjenige (Rufe: „Lügner!“), welcher zur Zeit, als wir in Untersteiermark den Kampf geführt haben, verhindert hat, daß der Befreiungskampf der Kärntner von Steiermark entsprechend unterstützt wird. (Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz**: „Reden Sie nicht, wenn Sie nichts wissen! Lügen Sie nicht!“) Das kann ich beweisen. (Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz**: „Lügen Sie nicht!“) Herr Landeshauptmann, Sie können mich einen Lügner nennen, Sie sind aber nicht imstande, das zu beweisen. Die Wahrheit tut wehe. (Zwischenrufe. Präsident gibt das Glockenzeichen.) Tatsache ist, daß der Herr Landesrat **Resel** behauptet hat, daß das untersteirische Bauernkommando keinen anderen Zweck gehabt hätte, als die Arbeiter zu bekämpfen und niemals im allgemeinen Interesse gestanden ist. Das ist eine Unwahrheit, denn das untersteirische Bauernkommando ist in den Kampf eingetreten um die Freiheit für das untere Murtal. Das kann von niemandem, auch von Ihnen nicht, bestritten werden. Einwandfrei steht fest, daß der Freiheitskampf der Kärntner anders ausgefallen wäre und auch der Freiheitskampf in der südlichen Steiermark, wenn nicht Einflüsse von Graz aus gewirkt hätten. (Zwischenruf von christlichsozialer Seite.), vom Landesbefehlshaber von Steiermark, Landesrat **Resel**. (Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz**: „Die christlichsoziale Partei ist nichts als eine monarchistische Gesellschaft!“ Unruhe. Lärm. Präsident gibt das Glockenzeichen.) Wenn Herr Landesrat **Oberzaucher** zum Schlusse seiner Ausführungen gemeint hat, in Judenburg ist die Sache schließlich in der Richtung gelöst worden, daß er den bäuerlichen Heimwehren gesagt habe: „Ihr habt nichts zu fordern, sondern heimzuziehen!“ so ist diese Feststellung eine Feststellung falscher Tatsachen. Schließlich will ich nur noch einmal sagen, daß Herr Landesrat **Resel** unrecht hatte, wenn er den untersteirischen Heimwehren keine Leistung für die Allgemeinheit zubilligt.



**Landesrat Riegler:** Der Herr Kollege Oberzawacher hat meinen Zwischentwurf zu seinen Ausführungen mißverstanden, worin er sagte, „wir haben es einmal gezeigt in Obersteiermark“. Nun, ich glaube, das ist endlich und schließlich auf der linken Seite des hohen Hauses heute die ganze Aufregung, wenn man überhaupt von einer Aufregung sprechen kann. Die Herren haben heute so gesprochen, als ob sie überhaupt nicht verstehen würden, anders aufzutreten, und so hätten wir das nicht erwartet. Aus diesem heraus habe ich das Empfinden, daß der Judenburger Vorfall und, was damit im Zusammenhange steht, geeignet sein wird, daß wir uns in Zukunft besser verstehen werden als es bisher der Fall gewesen ist. Ich habe nichts weiteres zu sagen, als daß ich mich den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dr. Uhrer vollkommen anschließe und im übrigen anerkennen muß, daß wir uns heute ausgezeichnet unterhalten haben. (Heiterkeit.)

**Präsident Kölbl:** Es ist kein Redner mehr vorge­merkt, Herr Landesrat Machold hat das Schlußwort.

**Landesrat Machold:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war bestrebt, die Debatte in ein ernstes, sachliches, objektives Gebiet zu drängen. Es ist mir aber dies nicht vollständig gelungen. Auf die einzelnen Ausführungen der verschiedenen Herren Redner haben zum Teile schon meine Kollegen geantwortet, so daß ich wohl nicht auf alles eingehen werde. Einiges möchte ich aber doch feststellen und, was mich insbesondere sehr unangenehm berührt hat, das waren die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hartleb. Wenn es so wäre, wie Herr Abgeordneter Hartleb mit großen Worten und starken Stimmitteln sagt, so müßte man an der Vernunft der Menschheit zweifeln. Es ist aber nicht so, die Bauern sind längst nicht so rentent und aggressiv, sie haben nicht die Absicht, zu Hunderttausenden nach Graz zu kommen, wie Herr Abgeordneter Hartleb meint, tatsächlich sind sie sehr friedliebend und es wäre vielen äußerst unangenehm, besonders in Obersteiermark, wenn sie in die Sache hineingezogen würden, und dafür die Tatsache, daß eine Reihe von Bauern gefragt hat: „Warum wollt Ihr uns die Hüften anzünden?“ ein Beweis dafür, daß den Bauern etwas ganz anderes gesagt wird, als was wahr ist. Es fällt keinem Arbeiter ein, eine Hütte anzuzünden, es ist also eine Entstellung der Tatsache, eine Unwahrheit, wenn den Bauern eingeredet wird, daß die Arbeiter gegen sie aggressiv vorgehen wollen. Bauern von Unzmarkt sind zu unseren Parteigenossen gekommen

und haben gesagt: „Was wollt Ihr? Wir neben Euch ein paar Stück Vieh, das wir noch haben.“ Man sollte also mit der Sache nicht spielen, sie ist viel zu ernst, um sie verantworten zu können. Wozu käme es, wenn das eintreten würde, was Herr Abgeordneter Hartleb schildert. Die Bauern kämen in die Städte und Industrieorte und wenn sie kämen, glauben Sie, daß sie nicht einen Schutthaufen hier und dort finden würden und damit der Bürgerkrieg ausgelöst würde? Die Bauern hätten vielleicht in diesem Falle am wenigsten zu riskieren, sie haben ihr Haus, ihre Hütte usw., die Städter würden auf alle Fälle, ob Angestellte, Arbeiter oder Gewerbetreibende, die Kosten eines derartigen Bürgerkrieges zu tragen haben. Es darf nicht gespielt werden mit dem Feuer, es darf nicht sein, und es ist undenkbar, sich in den Gedanken hineinzuleben, es könnte etwas Derartiges geben. Und deshalb müssen alle objektiv denkenden Menschen sich nicht der Auffassung des Herrn Abgeordneten Hartleb anschließen, sondern, wenn wir zu einem Ergebnis kommen sollen, dann kann es nur im gegenseitigen Einvernehmen miteinander, Zug um Zug, einer nach dem andern und nicht gegeneinander geschehen. Ich glaube auch kaum, daß Herr Abgeordneter Hartleb glaubt, daß diese Außerung von den Zündhölzern, die noch vorhanden sein sollen, um den Häusern der Bauern gefährlich zu werden, wirklich gefallen ist. Ich halte das für ziemlich ausgeschlossen. Das ist dasjenige, was ich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hartleb sagen wollte, und zwar wollte ich das deshalb sagen, weil aus seinen Ausführungen herausgeklungen hat, als ob der Widerstreit zwischen Bauern und Arbeitern ein so großer wäre, so daß wir zu keinem Ergebnis kommen würden. Ich bestreite das und eine ganze Reihe von Tatsachen beweist, daß meine Auffassung die richtige ist.

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Doktor Uhrer hat die prinzipielle Seite der Frage aufge­rollt. Die Sozialdemokratie befinde sich auf abschüssiger Bahn und in einer unangenehmen Lage, denn ihre Lehren haben sich als undurchführbar erwiesen. Ich möchte mich nicht auf das Gebiet begeben, welche Weltanschauung im Kriege mehr versagt hat. Ich möchte nicht darauf hinweisen, daß im Programm der christlichsozialen Partei jeder Totschlag und Mord ein Verbrechen ist. Ich möchte nicht darauf hinweisen, daß alle christlichen Völker, Österreicher, Franzosen, Engländer zu demselben gebetet haben, daß er ihnen den Sieg verleihe. Wenn wir darauf eingehen wollten, auf dieses Fiasko der Weltanschauung in der Praxis,



dann könnten wir dieses Thema einer gründlichen Erörterung unterziehen. Auf dieses Gebiet will ich also dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer nicht folgen und nicht darauf eingehen.

Mich interessiert nur, was der Herr Landeshauptmann gesagt hat. Ich habe ihn in ziemlich scharfer, jedoch, wie ich glaube, sachlicher Weise angegriffen. Ich möchte in erster Linie betonen, mir fällt es nicht ein, den Vorfall in Judenburg irgendwie zu billigen, ich betrachte nach wie vor das Vorgehen der Judenburger Arbeiter als etwas, das nicht hätte sein sollen, was ungesetzlich ist und was man auf alle Fälle hätte verhindern sollen. Ich billige es absolut nicht, ich rechtfertige es nicht, ich habe nur erklärt, daß eine ganze Reihe anderer Vorfälle vorausgegangen ist, die das Vorgehen menschlich begreiflich machen; die Ausrüstung der Heimwehren, die Verteilung der Waffen usw., wodurch sich die Arbeiter, die sich in einer schweren wirtschaftlichen Krise befinden, die von zwei Wochen nur eine Woche arbeiten können, provoziert und herausgefordert gesehen haben. Deshalb habe ich erklärt, das ist die Folge von dem andern, wodurch die Sache wohl menschlich begreiflich aber nicht zu rechtfertigen ist. Der Herr Landeshauptmann hat die Sache so hingestellt, als ob wir die Sache, den Vorfall selbst verteidigen wollten, als ob das Vorgehen, das man gegenüber den Judenburger Vertrauensmännern an den Tag gelegt hat, durch eine Reihe von Vorfällen späterer und früherer Zeit berechtigt wäre. Ich möchte erklären, daß, wenn jemand eine Dummheit gemacht hat, und mehr war das ganze nicht, denn es wurde niemand angegriffen, niemandem ein Haar gekrümmt, es wurden nur ein paar Gewehre weggenommen, also wenn jemand eine solche Dummheit gemacht hat, so muß doch nicht die Behörde aufstehen und sagen: „Jetzt werden wir ein Exempel statuieren“, so daß es aussieht, daß man nicht, um dem Rechte zum Recht zu verhelfen, handelt, sondern nur um ein Exempel zu statuieren. Dagegen wehren wir uns, daß man solche Fälle dazu benutzen will. Daß die Auffassung der Behörden eine unrichtige war, das beweist das Vorgehen des Herrn Oberstaatsanwaltes. Ich will auf die Einzelheiten nicht weiter eingehen. Er hat in korrekter Weise eingesehen, daß die Sache längst nicht so ernst ist, als wie es aus der Relation der unterstehenden Gendarmerie hervorgegangen ist, und daß er ohneweiters den Auftrag geben kann, daß die Verhafteten wieder enthaftet werden. Es war keine Unterbrechung in unseren Verhandlungen, sondern wir sind überhaupt nicht fortgekommen. Er hat im Vorlaufe der Verhandlung eingesehen, daß es besser,

richtiger und gesetzlicher ist, die Leute nicht in Haft zu behalten. Was hat sich denn in der Zwischenzeit geändert gehabt? Die Judenburger Vertrauensmänner sind einvernommen worden und sie haben das selbe ausgesagt, was sie immer ausgesagt hätten, es ist niemanden eingefallen, die Handlung zu beschönigen, und der Staatsanwalt hat die Erkenntnis gewonnen, daß es nicht notwendig sei, die Leute länger in Haft zu behalten. Es war keine Verabredungs-, keine Fluchtgefahr, es war aber auch keine Wiederholungsgefahr, auf die sich der Herr Landeshauptmann in seinen Ausführungen stützt, daß sie ein besonderes Moment noch ein weiterer Grund gewesen wäre, die Verhafteten nicht auszulassen. Wie sich der Herr Staatsanwalt die Überzeugung verschaffen konnte, daß keine Wiederholungsgefahr vorliegt, das ist auch eine Sache für sich; die Tatsache aber besteht, daß das Gericht nach verhältnismäßig sehr kurzer Zeit zu der Erkenntnis gekommen ist, daß man alle diese Leute ohneweiters auslassen kann und dem Rechte hiedurch kein Abbruch geschieht. Ich habe vor der Entlassung mit den Judenburger Vertrauensmännern nicht gesprochen. Wie sie nun Kenntnis davon erhalten haben bei ihrer Vorführung, daß sie aus der Haft herauskommen, haben sie, nachdem ihnen der Untersuchungsrichter den Eid vorgelesen hat, den sie, bevor sie herauskamen, leisten mußten, daß sie jeder Vorladung Folge leisten und so weiter, haben sie erklärt: „Wir haben ja nie die Absicht gehabt, nicht zu erscheinen, wenn uns der Richter vorlädt.“

Und es ist nach wie vor meine feste Überzeugung, daß sich diese Angelegenheit anders aus der Welt hätte schaffen lassen können. Man hätte die Beschuldigten vor Gericht geladen, hätte sie, wenn es notwendig gewesen wäre, eventuell bei der Vorladung in Haft behalten können, hätte sie in Untersuchung gezogen, aber nicht wie das liebe Vieh im Lastenauto hieher transportieren müssen. Ich habe schon gesagt, daß einer von den Verhafteten an einer Lungenentzündung darniederliegt und daß er vielleicht nicht davon aufkommen wird. Das war diese Sache gewiß nicht wert. Der Herr Landeshauptmann hat weiter auf eine von mir in verfassungsrechtlicher Beziehung abgegebene Meinung, daß das Wirken der Landesregierung ein ungesetzliches sei und daß darüber geredet werden müsse, nachdem in keinem Bundesstaate etwas Derartiges existiert, daß ein so kolossaler, kostspieliger Apparat auf dem Geleise oben weiter arbeitet und, nachdem ich gesagt habe, es sei das eine Art von Generalstab, den der Chef der christlich-sozialen Partei oben in der Burg habe, darauf hat



der Herr Landeshauptmann erklärt, er betreibe keine Gesinnungsschnüffelei. Ich bezweifle das gar nicht, daß der Herr Landeshauptmann keine Gesinnungsschnüffelei betreibt, ich konstatiere nur die Tatsache, daß seit der Zeit, wo der Herr Landeshauptmann oben eingezogen ist, kein einziger Beamter angestellt wurde, der nicht christlichsozial war, da braucht man natürlich keine Gesinnungsschnüffelei betreiben, und auch wir wollen keine betreiben. Ich konstatiere, daß ich hier im Lande ein Referat habe, das dem Umfange nach eines der größten Personalreferate ist, und daß ich noch keinen Menschen bei irgend einer Gelegenheit, sowohl Beamten wie Angestellten, gefragt habe, welcher politischen Gesinnung diese Personen angehören. Das fällt mir gar nicht ein, weil ich es erstens unter meiner Würde finde als objektiv denkender Funktionär, eine derartige Einflussnahme auszuüben und zweitens, weil ich zu den Leuten, die auf diese Art und Weise für eine Partei gewonnen werden, aber schon gar kein Vertrauen habe. Deshalb habe ich schon die schwersten Kämpfe gehabt, aber nicht mit den anders organisierten Beamten oder Angestellten, sondern mit den eigenen Leuten, weil ich objektiv bin, und das wird mir niemand streifig machen können. Es ist aber wohl im Lande Gesinnungsschnüffelei betrieben worden und ich werde vielleicht einmal Gelegenheit nehmen, darauf zurückzukommen, daß nicht der Herr Landeshauptmann, aber andere, seiner Partei Angehörige, diese Gesinnungsschnüffelei hier im Lande betrieben haben und die Leute fragten, ob sie sich organisieren lassen und die davon ihren Dienst abhängig machten. Ich kann das beweisen und ich rede niemals etwas, was ich nicht beweisen kann. (Landesrat Prisching: „Nur heraus damit!“) Ich wäre in der Lage, das zu beweisen, es war natürlich nicht der Herr Landeshauptmann, der steht dazu viel zu hoch und ist, ich bin davon überzeugt, viel zu geschicklich, um etwas Derartiges zu machen. Aber andere machen es. Wenn aber schon davon gesprochen wird, so möchte ich warnen, hier im Hause diese bereits längst eingeleiteten Schritte weiter fortzusetzen.

Nun zur Beantwortung meiner Anfrage an den Herrn Landeshauptmann zurück. Der Herr Landeshauptmann hat erklärt, daß der Gendarmerieoberinspektor Meißner, als er gehört habe, daß wir ihn einer unmenschlichen, unkorrekten und unwürdigen Handlungsweise gegenüber den Verhafteten zeihen, die Selbstuntersuchung gegen sich verlangt habe. Wir haben nicht verlangt, daß Meißner und der Bezirkshauptmann momentan wegkommen müssen, ich bin soweit Demokrat, etwas Derartiges nicht zu ver-

langen, das kann man nicht machen, ohne vorerst das Ergebnis der Untersuchung zu wissen. Aber auf Grund des Ergebnisses soll das Erforderliche veranlaßt und gegen die Schuldtragenden vorgegangen werden. Gegen Oberinspektor Meißner, der selbst die Untersuchung verlangt hat, wird dieselbe ohnedies wahrscheinlich durchgeführt werden. Der Herr Landeshauptmann hat weiter erklärt, wenn Übergriffe vorgekommen sind, so werde er auch gegen derartige Übergriffe vorgehen und das Nötige veranlassen. Über seine persönliche Haltung dem Landtage und der Öffentlichkeit gegenüber hat der Herr Landeshauptmann erklärt, daß er in einer ganzen Reihe von Fällen das Einvernehmen mit uns gepflogen habe, obwohl ihn die Verfassung dazu nicht zwingen würde. Ich konstatiere, daß das wahr ist. In vielen Fällen hat der Herr Landeshauptmann solche Dinge in die Sitzung gebracht, aber in diesem Falle nicht, wie in einigen anderen Fällen. Deshalb müssen wir erklären, wir müssen von derartigen Dingen von vorneherein wissen. Man kann dann leicht, wie der Herr Abgeordnete Hartleb gesagt hat, sagen, wenn die Arbeiter immer so singen würden, wie ich pfeife, dann könnte man auf uns bauen. Man muß uns auch Gelegenheit dazu geben, daß wir uns mit den Arbeitern zur rechten Zeit in Verbindung setzen. Das hat man aber bisher vielfach verabsäumt. Ich will nicht dem Herrn Landeshauptmann und dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer Vorschriften machen, was für Abenden sie zu erledigen haben. Der Herr Landeshauptmann hat erklärt, die Taktik, die er als Parteichef einzuhalten habe, werde nicht ich bestimmen, er danke für den guten Rat. Ich gab auch keinen solchen, ich konstatiere nur, daß es gewisse Aufgaben im Lande gibt, die nicht gut vereinbarlich sind mit der Tätigkeit als Parteichef und einem objektiv sein sollenden Landeshauptmann. Dieser darf sich nicht immer und ausschließlich von den Interessen der Partei leiten lassen, er muß objektiv sein. Das verlangen wir und das war das, was ich gesagt habe. Die Ausführungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Uhrer sind eigentlich danebengegangen, ich habe etwas anderes gemeint, als hier gesagt wurde. Nun hat der Herr Landeshauptmann erklärt, er werde das auch in Zukunft so tun. Ich nehme an, daß er in Zukunft sich mit uns in allen diesen Sachen ins Einvernehmen setzen wird. Wir sind zwar, wie schon der Herr Kollege Oberzaucher gesagt hat, von der Beantwortung unserer Anfrage nicht befriedigt, können es auch nicht sein, es klingt mir aber aus dem ganzen Aufbau und aus den Ausführungen des Herrn Landeshauptman-



nes aus seiner Rede und seiner Begründung hervor, daß er nach Wegen sucht, um derartige Vorfälle in Zukunft zu verhindern. Ist das der Fall, wird er unsere Unterstützung finden. Ist das nicht der Fall, dann müssen wir unsere Konsequenzen daraus ziehen, was daraus aber entstehen könnte, will ich gar nicht erörtern. Ich glaube, daß wir alle, die wir hier sitzen, ein Interesse daran haben, im Interesse der gesamten Bevölkerung, aller Schichten in diesem Lande, endlich einmal zur Ruhe zu kommen, zu Vereinbarungen, die gegenseitige Aufrüstungen und Wetrüstungen unmöglich machen. Das Bestreben, einen solchen Weg zu suchen, ist auf unserer Seite vorhanden; will ihn die Gegenseite haben, suchen Sie ihn, wir werden wahrscheinlich zu einem Ergebnisse kommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Hiemit ist die Erörterung über diese dringliche Anfrage erledigt. Wir kommen nunmehr zu Punkt 1 der Tagesordnung:

#### Neuwahl eines Vertreters und eines Ersatzmannes in das Kuratorium des Kriegsbeschädigtenfonds.

Zu einem Wahlvorschlage hat sich Herr Landesrat Gafz zum Worte gemeldet.

Landesrat Gafz: Hoher Landtag! Im Gegenstande steht zur Behandlung die Neuwahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmannes in das Kuratorium des Kriegsbeschädigtenfonds. Hierzu erlaube ich mir folgenden Bericht zu erstatten:

Das Gesetz vom 18. Dezember 1919, St.-G.-Bl. Nr. 573, wurde durch das Bundesgesetz vom 4. Juli 1922, B.-G.-Bl. Nr. 416, abgeändert, und zwar nur teilweise. Ich erlaube mir hier die hauptsächlichsten Bestimmungen zur Kenntnis zu bringen. § 7, Absatz 1, Punkt a, lautet, daß das Kuratorium (liest): „aus drei vom Nationalrat über Gesamtvorschlag des Hauptausschusses zu wählenden Mitgliedern und je einem von jedem Landtage gewählten Kuratoriumsmitgliede, welches aber nicht Landtagsabgeordneter sein muß“ besteht. Artikel II dieses Gesetzes befaßt im Punkte 2 (liest): „Anlässlich der durch dieses Gesetz bedingten Änderung in der Zusammensetzung des Kuratoriums haben sämtliche Mitglieder des Kuratoriums einschließlich des Präsidenten und Vizpräsidenten auszuscheiden.“ Aus diesen Bestimmungen geht hervor, daß wir zur Neuwahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmannes schreiben müssen. Wir erlauben uns als Mitglied vorzuschlagen einen Bundesrat, der ohnehin anlässlich der verschiedenen Sitzungen in Wien sein muß, und zwar aus Ersparungsrücksichten, um die Reisekosten zu ersparen. Auch die anderen Länder sind in der Regel durch

Bundesräte vertreten. Aus diesem Grunde erlaube ich mir vorzuschlagen als Mitglied den Herrn Bundesrat Hans Hoheneder, und bitte die sozialdemokratische Partei, einen Ersatzmann zu stellen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Ich erlaube mir als Ersatzmann den Herrn Abgeordneten Fritz Uhrner vorzuschlagen.

Vorsitzender Präsident Kölbl: Ich ersuche die Herren Abgeordneten, welche für die Wahl der genannten Herren sind, die Hand zu erheben. (Geschickt.) **Angenommen.**

Wir kommen zum mündlichen Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Seehofer und Genossen, Beilage Nr. 263, auf Herstellung einer unmittelbaren Fernsprechverbindung Graz—Klagenfurt.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Jenz.

Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses Jenz (von der Rednerbühne): Namens des volkswirtschaftlichen Ausschusses habe ich über den Antrag der Abgeordneten Seehofer und Genossen auf Herstellung einer unmittelbaren Fernsprechverbindung Graz—Klagenfurt zu berichten. Die staatliche bisherige Verbindung des Landes Steiermark mit Klagenfurt ist heute unterbunden, so daß gegenwärtig der telefonische Verkehr sich hauptsächlich über Bruck an der Mur—Zeltweg abspielen muß. Die Kärntner Telegraphendirektion hat einen Vorschlag ausgearbeitet, nach dem eine kurze Verbindung zwischen Steiermark und Kärnten hergestellt werden könnte, und zwar durch den Ausbau einer Verbindung zwischen Pack und Wolfsberg in Kärnten. Der volkswirtschaftliche Ausschuss hat diesen Vorschlag der kärntnerischen Telegraphendirektion sich zu eigen gemacht und in einem Antrage ausgesprochen, welcher lautet (liest Antrag aus Beilage Nr. 263).

Dieser Antrag ist allerdings in einer Zeit im volkswirtschaftlichen Ausschusse behandelt und angenommen worden, wo vom Grundsätze der Ersparung noch nicht so allgemein die Rede war. Ob dieser Antrag noch Aussicht auf Verwirklichung hat, bleibt dahingestellt, nichtsdestoweniger bitte ich um Annahme dieses Antrages. (Der Antrag wird ohne Wechselrede **angenommen.**)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Wir kommen zum nächsten Punkt, das ist der

Bericht des Fürsorgeausschusses, Beilage Nr. 303, über den Antrag der Abgeordneten Mikola, Steinberger, Rieger und Genossen, Beilage Nr. 210, be-



treffend Schaffung einer Landesfürsorgezentrale für Steiermark (womit der Antrag, Beilage 152/21 ergänzt und teilweise abgeändert wird) und über den Antrag der Abgeordneten Mikola, Rieger und Genossen, Beilage Nr. 152, betreffend die Regelung des Fürsorgewesens.

Berichterstatterin ist Abgeordnete Mikola.

Berichterstatterin des Fürsorgeausschusses Mikola (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Der Fürsorgeausschuß des Landtages hat mich beauftragt, über den Antrag Beilage Nr. 210, betreffend Schaffung einer Landesfürsorgezentrale für Steiermark, sowie über den Antrag der Abgeordneten Mikola, Rieger und Genossen, Beilage Nr. 152, betreffend die Regelung des Fürsorgewesens, unter Zugrundelegung des letzten Berichtes laut Beilage Nr. 303, dem hohen Hause Bericht zu erstatten. Da an der Fürsorge Bund, Land und Gemeinden, Gesundheits- und Jugendämter, die Schulbehörden und private Vereine gleichmäßig interessiert sind, ist es unbedingt notwendig, daß ein planmäßiges, einheitliches, nach fachmännischen und ökonomischen Grundsätzen geleitetes Zusammenarbeiten erzielt wird. Die Aufgaben, die auf diesem Gebiete sowohl den Ämtern, als auch den privaten Organisationen obliegen, greifen so vielfach ineinander, sie überdecken und schneiden sich in so mannigfacher Weise, daß es, um ein ökonomisches, nach einheitlichen Gesichtspunkten geregeltes Arbeiten auf allen Gebieten, besonders auf denen der öffentlichen Fürsorge zu erzielen, dringend notwendig erscheint, die genannten Faktoren unter dem Titel einer Landesfürsorgezentrale in eine Beratungskörperschaft zusammenzuschließen. Diese Stelle würde mit Hilfe des von ihr gewählten Arbeitsausschusses die Fragen eingehend studieren und die Vorschläge für deren Regelung der Landesregierung beziehungsweise dem Fürsorgeausschuß des Landtages erstatten. Diese zu schaffende Einrichtung würde dem Lande keine Mehrausgabe verursachen, vielmehr würde eine ökonomische Verwendung von Geld und Arbeitskräften, wie zum Beispiel bei der Schaffung der Einheitsfürsorgestellen und anderer Einrichtungen, erzielen. Nach eingehenden Beratungen durch einen Unterausschuß legt nun der Fürsorgeausschuß dem hohen Hause den in der Beilage Nr. 303 niedergelegten Antrag, der von allen Parteien, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Partei, im Fürsorgeausschuße angenommen wurde, in der vorliegenden Fassung zur Annahme vor.

Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf: Hoher Landtag! Der Antrag, der gegenwärtig zur Beratung

steht, ist eigentlich ein alter Wadenhüter des Landtages. Dieser Antrag wurde im Oktober 1921 im Landtage eingebracht und er wurde dann am 12. Dezember 1921 ergänzt. So begrüßenswert es wäre, eine einheitliche Stelle für das Fürsorgewesen zu schaffen, so muß doch mit Rücksicht auf die parteipolitische Tendenz, die dieser Antrag hat, von vorneherein gesagt werden, daß diese Fürsorgezentrale zu keinem wirklichen Leben kommen kann. Wenn man die Zusammensetzung dieser Fürsorgestelle in Betracht zieht, zeigt es sich, daß dabei große Organisationen von einer Vertretung in der Fürsorgezentrale ausgeschlossen worden sind, bloß deshalb, weil sie unter der Leitung von Sozialdemokraten stehen. Aber auch aus einem anderen Grunde wird diese Fürsorgezentrale keine besondere Tätigkeit entfalten können, weil ihr die Mittel vollständig fehlen. Dieser Antrag wurde geboren aus dem Beschlusse des Landtages, wonach vom 15. Jänner 1922 an eine sogenannte Fürsorgeabgabe eingehoben wurde. Von dieser Fürsorgeabgabe sollten für Zwecke des Landes 20 Prozent verwendet werden, und aus diesem Anlaß ist dieser Antrag gestellt worden. Es ergibt sich dies auch aus der Begründung des Antrages. Es heißt nämlich hier (liest):

„Die Erträgnisse der vom Landtage beschlossenen Fürsorgeabgabe werden die Möglichkeit geben, die verschiedenen Fürsorgezweige, die für den Wiederaufbau unseres schwer geschädigten Landes und Volkes nötig sind, vor allem die Jugend- und Gesundheitsfürsorge, entsprechend auszubauen und zu gestalten. Dies wird aber, wenn auch auf reichliche Mittel aus der Fürsorgeabgabe gerechnet werden kann, doch nur dann der Fall sein, wenn diese Mittel planmäßig verwendet werden, jede Zersplitterung in der Durchführung von Fürsorgemaßnahmen vermieden und minder Wichtiges zugunsten der dormalen wichtigsten Aufgaben der Fürsorge zurückgestellt wird.“

Weiter heißt es (liest):

„Soll die Fürsorge das erreichen, was dem Landtage bei Schaffung der Fürsorgeabgabe vorgeschwebt hat, so muß ein einmütiges Zusammenarbeiten aller genannten Faktoren nach fachmännisch richtig erkannten Grundsätzen erreicht werden.“

Ich möchte nun die Referentin fragen, wie sie jetzt diese Fürsorgemaßnahmen alle durchführen will, wenn die Fürsorgeabgabe seit 1. Juli 1922 die Zweckbestimmung nicht mehr hat, um für Fürsorgezwecke verwendet zu werden? Es ergibt sich daraus, daß der ganze Aufbau und Sinn des Antrages verloren gegangen



ist mit dem Momente, wo der Landtag die Zweckbestimmung der Fürsorgeabgabe geändert hat. Seit 1. Juli ist die sogenannte Lohn- und Gehaltsabgabe eine Steuer des Landes, wie jede andere, und kann so wenig verwendet werden, wie eine andere Steuer, speziell für diese Zwecke, wenn nicht ein Beschluß vorliegt. Man sieht daraus, daß dieser Antrag nur den Sinn und Zweck haben soll, alle jene Organisationen, die von Sozialdemokraten geleitet sind, ostentativ auszuschließen. Ich möchte darauf hinweisen, daß nach dem ersten Antrage dieser Fürsorgeausschuß aus 19 Mitgliedern bestehen sollte und von diesen 19 Mitgliedern hätten die Sozialdemokraten gnädigst ein Mitglied bekommen. Nach dem jetzigen Antrage des Ausschusses besteht derselbe aus 25 Mitgliedern und da hätten wir drei Delegierte zu entsenden. Man ist sogar so weit gegangen, daß man den Referenten des Fürsorgewesens und der Jugendfürsorge in der Landesregierung in diesen Ausschuß nicht einmal hineingenommen hat. Es ist das nur so zu erklären, daß eine Parteilichkeit sondergleichen gewaltet hat, und erst später hat man den Referenten hineingenommen. Wenn so vorgegangen wird, so ist von vorneherein eine Tätigkeit auf dem Gebiete der Fürsorge ausgeschlossen, wenn Sie eine Gruppe von der Vertretung im Ausschusse ausschließen wollen. Für uns wäre dieser Antrag nur annehmbar, wenn die Minderheitsanträge, die von uns gestellt worden sind, angenommen werden.

**Abgeordnete Tausk:** Hohes Haus! Es mag kleinlich erscheinen, an einem Tag, in einer Zeit, wo, wie heute, so ernste Gegensätze hier erörtert wurden, in einer so geringfügigen Angelegenheit Widerstand zu leisten. Es mag scheinen, als ob die Fürsorgezentrale eine Kleinigkeit, eine Harmlosigkeit wäre. Aber, wie der Arzt jede Erscheinung am Krankenbette anschaut, ob sie nicht das Symptom einer ernstern Krankheit ist, so müssen wir als Volksvertreter es tun. An einem roten Fleckchen wird der Arzt achtlos vorübergehen, das andere wird er als Symptom einer todbringenden Krankheit bezeichnen. Weil wir diesen Antrag hier als ein ernstes Symptom betrachten, darum ist er uns wichtig genug, ihm einen ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen. Warum ist dieser Antrag ein Symptom? Es ist heute in der Debatte von meinem Vorredner *Machold* gesprochen worden, daß sich die Landesregierung (Burg) in ganz illegaler Weise da oben etabliert hat und sich gewissermaßen als Vorgesetzte der Landesregierung (Landhaus) fühlt. Gewisse Kompetenzen des Landeshauptmannes als Repräsentanten der Bundesregierung sind durch die Verfassung festgelegt. Aber die Kompetenz des Landeshauptmannes

da oben ist gewissermaßen aus ihren Ufern getreten und die Landesregierung (Burg) hat sich etabliert und nun soll die Fürsorge auch in die Hände dieser anderen Regierung übergehen, die Ihnen sympathischer ist, weil sie autokratisch ist und weniger mit der Demokratie zu tun hat. Wir haben ein Schulbeispiel erlebt, als die Amerikaner über die Fortsetzung der Säuglingsfürsorge unterhandelt haben. Eines Tages hat man eine Enquete einberufen und da sind dort auch die Vertreterinnen der Frauenorganisationen, und zwar einer christlichsozialen und einer großdeutschen, eingeladen worden. Ich bin zufällig als Vertreterin des Vereines der Heimarbeiterinnen eingeladen worden. Als wir hinaufgekommen sind, da haben wir sonderbare Statuten und Vorschläge gehört. Die Säuglingsfürsorge sollte von einem von der Burg einzusetzenden Ausschusse gewissermaßen gepachtet werden und in allen Orten sollten neben den gewählten Gemeindevertretungen Säuglingsfürsorgeausschüsse errichtet werden. Den Frauenorganisationen war die Rolle zugeordnet, für die Beschaffung der Mittel zu sorgen. Wie stellt man sich das vor? Sollte man zurückverfallen in die Zeit, wo man die Fürsorge bloß als eine Pflicht der Privatwohlthätigkeit erachtete und wo die bürgerlichen Damen Wohlthätigkeitsfeste veranstalteten, bei denen sie schöne Toiletten zeigten, feine Speisen verzehrten und Champagner tranken und, was dann von dem Überflusse noch weggefallen ist, das hat man für die Fürsorge hergegeben, so wie man vom Biere den Schaum abstreift. Aber, wenn man die Fürsorge als eine Pflicht der gesamten Bevölkerung auffaßt und wenn alle zur Leistung herangezogen werden müssen, dann müssen die Mittel durch Steuern aufgebracht werden. Aber wenn es sich um die Aufteilung von Pflichten, Verteilung von Steuergeldern handelt, kann nicht ein willkürlich zusammengesetzter Ausschuß von Damen oder von Herren der Landesregierung (Burg) entscheiden, sondern darüber müssen die Volksvertreter entscheiden. Wie ist aber diese Zentrale zusammengesetzt? Aus lauter Virilisten. Es hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter *Pongraz* gemeint, Sie hätten sich geschämt, daß in Ihrem ersten Entwurfe sogar der Referent für Jugendfürsorge, der höchste gewählte Vertreter im ganzen Lande, gar keinen Sitz und keine Stimme gehabt hat, aber er überschätzt Sie. Sie haben sich nicht geschämt, sondern erst auf unser Befreiben im Unterausschusse ist der Referent hineingekommen, und wir haben nun glücklich drei Mitglieder im Ausschusse. Wir können diesen Vorschlag nicht gutheißen. Es ist ein Symptom, daß Sie die Demokratie unterwählen wollen, wie alle diese



Kompetenzüberschreitungen der Landesregierung (Burg), über die wir morgen und übermorgen noch weiter reden wollen, und als eine Unterwühlung der Demokratie müssen wir auch diesen Antrag bekämpfen. Es wird die Frau Kollegin Mikola, der es ja scheinbar wirklich um die Sache zu tun ist, eingespannt, weil sie nicht den Weitblick hat, die Dinge zu durchschauen. Die Vertreter, die Sie aus sachlichen Gründen darin haben, die können die Parteien hinein entsenden. Es wird jede Partei die Leute in den Ausschuß entsenden, die von den Agenden, die verhandelt werden, etwas verstehen, die sich diesen Angelegenheiten widmen. Aber die Garantie muß geschaffen werden, daß diese Fürsorgezentrale nach dem Verhältnisse zusammengesetzt ist, wie der Landtag, das heißt, nach dem Verhältnisse, wie die Parteien in der Bevölkerung überhaupt, damit der Wille der Bevölkerung dort zum Ausdruck kommt, und damit dem vorgebeugt wird, daß mit den öffentlichen Steuergeldern ungleich gewirksamter werde, nicht nach dem Willen der Bevölkerung, sondern nach Parteizwecken. Unsere Minderheitsanträge sind also sowohl nach dem, was Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz gesagt hat, als nach dem, was ich vorgebracht habe, so motiviert, daß ich doch gewiß auf Ihre Bereitwilligkeit rechnen kann, wenn nun der Herr Vorsitzende über die Minderheitsanträge abstimmen läßt, daß Sie diese Minderheitsanträge aus Recht und Billigkeit und aus einem letzten Rest von Demokratie annehmen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter **Hartleb**: Hohes Haus! Ich bin von meinem Klub beauftragt, zu diesem Gegenstande, als Punkt 10, einen Zusatzantrag zu stellen, derselbe lautet:

„Diese Maßnahmen sind nur dann durchzuführen, wenn durch eine Vereinfachung des Fürsorgewesens, eine rationellere Verwendung der zur Verfügung stehenden Beträge und keine Neuansetzung von Beamten oder Mehrauslagen notwendig werden.“

Ich glaube, die Begründung des Antrages kann ich mir ersparen. Ich bitte das hohe Haus, diesen Zusatzantrag anzunehmen.

Vorsitzender Präsident **Kölbl**: Ich schreibe zur Abstimmung und stelle zunächst für den Minderheitsantrag A die Unterstützungsfrage. (Geschieht.) Die Unterstützung ist gegeben. Ich bringe nun den Antrag der Minderheit unter A zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, welche für denselben sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

Nunmehr kommt der Eventualantrag unter B zur Abstimmung. Ich lasse über Punkt 1, 2 und 3 besonders abstimmen, zuerst über den Antrag der Berichterstatterin, Punkt 1. Ich ersuche die Abgeordneten, welche für den Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Zu Punkt 2 wurde von der Minderheit der Zusatzantrag beantragt:

„Je ein Vertreter des Arbeitervereines ‚Kinderfreunde‘, des Allgemeinen Fürsorgevereines für Graz und Umgebung, der Gewerkschaftskommission, des Landesverbandes der Arbeitervereine Steiermarks, des Verbandes der jugendlichen Arbeiter, der Vereinigung sozialistischer Hochschüler, des sozialdemokratischen Verbandes der Lehrer und Lehrerinnen Steiermarks, der Fachorganisation der geprüften Krankenpflegerinnen und Fürsorgerinnen.“

Die Organisationen der Kriegesbeschädigten entsenden im Verhältnisse ihrer Stärke Vertreter in die Fürsorgezentrale.“

Ich fasse diesen Zusatzantrag so auf, daß derselbe am Schlusse des Punktes 2 beigefügt wird.

Ich bringe den Absatz 2 ohne Zusatzantrag zur Abstimmung und darnach den Zusatzantrag. Ich ersuche die Abgeordneten, welche für den Punkt 2 in der vorliegenden Fassung sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Annommen. Ich bringe nun den Zusatzantrag Punkt 2 der Minderheit zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag erscheint abgelehnt.

Zu Punkt 3 beantragt die Minderheit eine vollständige Änderung in dem Sinne, daß der Punkt 3 heißen soll:

„Den Vorsitz führt der Fürsorgereferent der Landesregierung (Landhaus) oder der vom Beiräte gewählte Stellvertreter.“

(Der Antrag wird abgelehnt.)

Wir kommen nun zur Abstimmung über Punkt 3 in der von der Berichterstatterin vorgeschlagenen Fassung.

(Punkt 3 wird angenommen.)

Da gegen die Punkte 4, 5, 6, 7, 8, 9 keine Einwendung erhoben wurde, bringe ich dieselben unter einem in der von der Frau Berichterstatterin vorgeschlagenen Fassung zur Abstimmung.

(Punkte 4 bis einschließlich 9 werden angenommen.)



Als Punkt 10 kommt nunmehr der Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten **Harleb** zur Abstimmung.

(Der Zusatzantrag wird angenommen.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Folgende Anfragen wurden eingebracht:

(Verliest die Überschriften, siehe Verzeichnis Seite 840.)

Beide Anfragen werden unverzüglich zugestellt werden.

Folgende Ausschüsse wurden angemeldet:

Straßen- und Brückenbauausschuß  
Mittwoch um 2 Uhr nachmittags;

Finanzausschuß  
Dienstag um 10 Uhr vormittags;

Unferriehausausschuß  
Dienstag um halb 10 Uhr vormittags.

Die nächste Sitzung findet statt Mittwoch, den 22. November, um 4 Uhr nachmittags mit folgender

#### Tagesordnung:

1. Neuwahl eines Erfahrmannes in die Kommission der Heeresverwaltungsstelle (infolge Niederlegung dieser Stelle durch Major Franz **Krafochwill**).

2. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht der steiermärkischen Landesregierung, Beilage Nr. 270, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Einhebung von Gemeindeabgaben für öffentliche Ankündigungen.

3. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Bericht der steiermärkischen Landesregierung, Beilage Nr. 284, betreffend das Ansuchen der Stadtgemeinde Graz um Bewilligung zur Einhebung einer Steckschilderabgabe.

4. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Anfrage des Bezirksgerichtes Voitsberg um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten **Peter Friepertinger**, wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre. (Präs. Nr. 74/22.)

5. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Petition Nr. 101 der Gemeinde **Buch** usw., Bezirk **Hartberg**, wegen Auflassung der Landes-Siechenanstalt **Hartberg**.

6. Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten **Zenz**, **Peinlinger**, **Dr. Enge**, **Zingl**, **Fink** und **Genossen**, Beilage Nr. 281, betreffend die Erklärung der Bezirksstraße **Graz—Weiz—Birkfeld** und

**Birkfeld—Fischbach—Stanz—Kindberg** einerseits und **Birkfeld—Reifenegg—Steinhaus** am **Semmering** andererseits als Bundesstraßen.

7. Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten **Eirelberger**, **Regner**, **Pigl** und **Genossen**, Beilage Nr. 288, betreffend die Erklärung des Straßenzuges **Zeltweg—Weißkirchen—Obdach—Landesgrenze** und der Straße **Pölsbals—Thalheim—Furt** als Bundesstraße.

8. Mündlicher Bericht des Straßen- und Brückenbauausschusses über den Antrag der Abgeordneten **Gföllner**, **Regner**, **Leichin** und **Genossen**, Beilage Nr. 217, betreffend die Entlohnung der Bezirksstraßenwärter in **Steiermark**.

Hat jemand gegen die Feststellung des Zeitpunktes und der Tagesordnung etwas einzuwenden? (Nach einer Pause.) Die Tagesordnung ist somit genehmigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 9 Uhr 10 Min. abends.)

#### Anhang.

##### I.

#### Anfrage

der Abgeordneten **Wihany**, **Garkner**, **Ferner** und **Genossen** an die Landesregierung, betreffend Änderung der Gemeindegrenzen von **Untervogau**.

Aus der Gemeinde **Untervogau** wurde ohne Zustimmung der Gemeindevertretung aus einer Häuserzeile ein Haus ausgeschieden und der Gemeinde **St. Veit** am **Vogau** einverleibt. Die Grenzänderung wurde scheinbar nicht nach sachlichen Gesichtspunkten durchgeführt.

Die Gefertigten stellen daher an die Landesregierung die

#### Anfrage:

„ob sie bereit ist, die Grenzänderung in der Gemeinde **Untervogau** aufzuheben und erneut zu untersuchen.“

**F. Wihany**,

**K. Garkner**,

**Dr. Erich Klusmann**,

**Thomas Ferner**,

**Johannes Schreckenthal**,

**Karl Hartleb**

**Norbert Kahr**.



